

— Sechszundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 37.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen

Posen, den 19. September 1917.

Inhaltsangabe: Inland: Das polnische Problem. S. 1539. — Der Ausbau des polnischen Staats und die Polenpolitik in Preußen. S. 1541. — Die Nationaldemokraten und die Vorgänge in Polen. S. 1541—1542. Die nationaldemokratische Obstruktion. S. 1543. — Der Konflikt zwischen der nationaldemokratischen Presse und dem Fürsten Radziwiłł. S. 1543 bis 1548. — Die polnische Sprache in Oberschlesien. S. 1549. — Schulangelegenheiten aus Posen und Westpreußen. S. 1549 bis 1550. — Neue polnische industrielle Unternehmungen. S. 1550—1551. — Die Rechte der Arbeiter aus dem Königreich im Bereich des V. Armeekorps. S. 1551. — Befestigtes Gebiet: Aktive Politik. S. 1552. — Zum inneren Ausbau des polnischen Staats. S. 1554—1560. — Legionenangelegenheiten. S. 1561. — Zur Einführung der polnischen Gerichtsbarkeit. S. 1561. — Ausland: Das galizische oberste Nationalkomitee und die Beratungen des galizischen Polenklubs. S. 1561—1573. — Die russische Orientierung der Nationaldemokratie. S. 1573. — Die Moskauer Polentagung. S. 1574. — Die polnische Division. S. 1575. — Die Petersburger polnische Presse. S. 1575. — Kirchliche Sammlungen für Litauen. S. 1575. — Das polnische Heer in Frankreich. S. 1576. — Gajtorowstis und Paderewstis Versuche, in Amerika ein polnisches Heer für die Entente zu werben. S. 1577.

Die polnische Sache in Deutschland.

Aus Nr. 201 und Nr. 202 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 5. und 6. September 1917.

Das polnische Problem.

(Fortsetzung.)

II.

Die bekannte Erklärung der Kommissare der Okkupationsregierungen, die am 30. August als Antwort auf den Rücktritt des Staatsrats abgegeben worden ist, beweist, daß das grundsätzliche politische Programm Bethmann Hollwegs hinsichtlich Polens, wie es im Manifest vom 5. November niedergelegt ist, auch für den neuen Kanzler die orientierende Richtlinie blieb. Dieses hauptsächlich von der Zentrums-, freisinnigen und sozialdemokratischen Presse unterstützte Programm zielt darauf ab, auf dem Gebiet des Königreichs einen selbständigen polnischen Staat mit vor der Hand nicht umrissenen Grenzen und mit einem noch nicht vorgezeichneten äußeren und inneren Organismus zu bilden. Jedenfalls sollte dieser Staat in enger Verbindung mit den Mittelmächten verbleiben, und der gewissermaßen letzte Ausdruck sollte eine polnische Armee sein, die unter der Obhut der militärischen Oberbehörden der Mittelmächte stehen und als verbündete Armee für den Kampf gegen Rußland bestimmt sein sollte.

Diese militärische Frage eben ist nach der Proklamierung des Novemberabkommens in den Vordergrund gerückt worden. Schon am 12. November wurde in Warschau ein Aufruf bekanntgegeben, welcher Freiwillige zum Eintritt in die Reihen des zu bildenden polnischen Heeres aufforderte. Das zeugt davon, daß die Besatzungsregierungen darauf vertraut haben, daß es hinreiche, die Ankündigung der Bildung eines polnischen Heeres unter die Massen zu werfen, um einen Masseneintritt von Polen ins Heer hervorzurufen. Indes hat sich die Allgemeinheit der Volksgemeinschaft auf den Standpunkt gestellt, daß nur eine polnische Regierung mit dem polnischen Blute schalten und walten dürfe, es wurde die Forderung „Zunächst eine Regierung, dann ein Heer!“ ausgegeben.

Entgegen dem Willen der Volksgemeinschaft boten die Aktivisten den Besatzungsregierungen ihre Dienste an, und sie erklärten sich bereit, eine Armee aufzustellen, indem sie sich mit dem rein repräsentativen Schein einer Regierung zufrieden gaben, den man dem provisorischen Staatsrat verlieh. Es gelte nur, so sagten die Aktivisten, — die Legionen nach Warschau zu bringen — als Kadres der künftigen Armee, dann würden rings um sie zahlreiche neue polnische Militärscharen entstehen.

Die Aktivisten stellten sich als die Vertreter der Mehrheit der Volksgemeinschaft hin, und sie führten auf diese Weise die Besatzungsbehörden hinsichtlich der im Lande herrschenden Stimmung irre. Der Generalgouverneur von Breslau hat wiederholt, neuerdings auch in seiner Rede anlässlich des zweiten Jahrestages der Bildung des Generalgouvernements Warschau sich bitter darüber beklagt, daß man den polnischen Versprechungen getraut habe und daß diese getäuscht hätten. Auch der politische Redakteur der „Woj. Ztg.“ beruft sich in seinem, den Angelegenheiten der besetzten Gebiete gewidmeten Montags-Artikel auf das Protokoll in der Heeresfrage, in welchem die polnischen Delegierten die J. Z. in Berlin verhandelt hatten, also die Aktivisten — durchaus sichere Versprechungen gegeben hätten. Diese Versprechungen — so führt Bernhard aus — seien nicht gehalten worden, und daher seien die Hauptvoraussetzungen der bisherigen Politik in Fortfall gekommen.

In der Tat steckt in diesen Verhandlungen und Verpflichtungen auf dem Hintergrunde der militärischen Frage, welche die Aktivisten im Namen der Volksgemeinschaft ohne deren Ermächtigung eingegangen sind, die Hauptursache der späteren Enttäuschungen und Konflikte. Die deutschen Behörden haben den mit der Unkenntnis der Verhältnisse im Lande zu erklärenden Fehler begangen, daß sie allzu eilig die Aktivisten als die berufenen Vertreter der Volksgemeinschaft anerkannt haben. Es war das zweifellos vom deutschen Gesichtspunkte aus der leichteste und am wenigsten kostspielige Weg zum Suchen einer Fühlung mit den Polen; aber in der Politik bringen gerade solche allzuglatten Formen des Handelns oft eine

Enttäuschung. Die Aktivisten haben eine unverzeihliche Sünde begangen, indem sie sich als die Vertreter der Mehrheit der Volksgemeinschaft hinstellten und Versprechungen gaben, die sie nicht halten konnten. Infolge dieses Umstandes geriet die ganze Politik im Königreich auf einen absolut bröckeligen Boden, der bei jeder Gelegenheit zu weichen begann. Die revolutionäre Umwälzung in Rußland und der Umstand, daß die provisorische russische Regierung die Selbständigkeit Polens anerkannte, haben die militärische Angelegenheit in eine noch ausgangslösere Lage gebracht; denn nun fiel die Hauptparole fort, welche vorher die Linke zur Tat gedrängt hatte — die Lösung des Kampfes gegen das Jartum. Die Entsendung der Legionen an die Front bildete den Abschluß dieses ersten, nicht allzu heiteren Abschnitts betreffend die Angelegenheiten des polnischen Heeres im Königreich.

Die Erklärung der Regierungs-Kommissare vom 30. August besagt, daß die Bildung einer polnischen Armee nicht fallen gelassen werden soll. Da jedoch der Termin für die Rückkehr der Legionen „zu ihrem eigentlichen Zweck des Bildens von Kadres der polnischen Armee“ nicht bezeichnet worden ist, ist eine schnelle Verwirklichung dieses militärischen Werkes nicht zu erwarten. Dagegen sagt die Erklärung, daß „in kurzem“ politische Einrichtungen ins Leben gerufen werden sollen, mit Hilfe deren Polen in die Reihe der selbständigen Staaten Europas eintreten werde. Man könnte das als eine Anerkennung des von allen polnischen Kreisen angenommenen Grundsatzes: „Zunächst eine Regierung, dann eine Armee“ auffassen. Im Verhältnis dazu, wie die Frage nach der Proklamierung des Aktes vom 5. November gestellt wurde, wäre das zweifellos ein bedeutender Fortschritt.

Außer dieser günstigen Änderung weiß man nichts Bestimmtes darüber, welches die weiteren konkreten Absichten der Okkupationsregierungen in der Realisierung der Politik sind, deren allgemeine Richtlinien die Erklärung der Kommissare in Warschau vorzeichnet. Dagegen finden wir in der deutschen Presse, welche die von der Regierung im Königreich befolgte Politik unterstützt, gewisse Bemerkungen, die darauf hinweisen, daß die Möglichkeit besteht, die Frage der Grenzen nach Osten hin aufzuklären. In dem gestern von uns angeführten Artikel der „Köln. Volksztg.“ lesen wir den Satz, daß die Deutschen die Bedeutung einzelner Teile Litauens für Polen zu wenig würdigten. Denselben Gedanken der Vereinigung Polens mit Litauen, mindestens aber mit dem südlichen weißrussischen Landstrich, ventiliert die „Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg.“ in zwei Artikeln, deren einen wir vor kurzem besprochen haben. (Es folgt eine Skizze des einschlägigen Artikels des genannten Blattes; dann fährt der „Kurjer“ weiter fort:)

„Es sind das natürlich mehr oder weniger willkürliche Kombinationen; aber die Tatsache an sich, daß gegenwärtig in der deutschen Presse Erwägungen über den Anschluß Litauens, mindestens aber der südlichen Gouvernements Grodno und Wilna an das Königreich einsetzen, ist ziemlich bedeutungsvoll. Wie sich auch die Sachen entwickeln mögen, so ist in jedem Falle eine klare und unzweideutige Kennzeichnung der beiderseitigen Bedingungen bei der gegenwärtigen Neuordnung der Verhältnisse im Königreich das Wichtigste, — und zu diesen Bedingungen gehört vor allem auch die militärische Frage. „Clara pacta boni amici“ das ist eine Wahrheit, die auch in der Praxis am weitesten bringt. Es ist nicht unsere Sache, diese Fragen zu entscheiden. Wenn wir aber einen klaren Blick über die Situation haben wollen, dann müssen wir auch den zweiten einflußreichen Teil der deutschen öffentlichen Meinung berücksichtigen, der aus grundsätzlichen Gründen gegen die Bildung eines polnischen Staates während des Krieges ist. Der Standpunkt dieser Gruppe, der sich auf die heute in Deutschland immer

weiter verbreitete Anschauung gründet, daß es durchaus nötig sei, gute Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, ist ein Faktor, der polnischerseits nicht unterschätzt werden darf und der auf das Problem der deutsch-polnisch-russischen Verhältnisse ein etwas anderes Licht wirft, als die landläufigen Vorstellungen vom Aufbau der polnischen Sache auf den deutsch-russischen Gegensatz. Hiervon noch einige Worte in einem dritten und letzten Artikel.

III.

Die deutsche Rußenfreundschaft.

Bei der Erörterung des Verhältnisses des entstehenden polnischen Staatsorganismus zu Deutschland einer- und zu Rußland andererseits kann für die Polen die Tatsache nicht gleichgültig sein, daß in Deutschland beachtenswerte und einflußreiche politische Gruppen bestehen, die grundsätzlich dagegen sind, daß die polnische Frage während des Krieges gelöst werde, und die jeden Schritt, welcher die Bildung eines polnischen Staates präjudiziert, vom Gesichtspunkt der deutschen Interessen aus als einen schweren Fehler betrachten. Diese Gegner des politischen Aufbaus Polens und überhaupt jedweder definitiven Regelung der polnischen Frage vor Friedensschluß rekrutieren sich keineswegs ausschließlich aus hafatistischen Kreisen, und der Beweggrund ihres Standpunkts ist — wenigstens nicht in entscheidendem Grade — nicht die Abneigung gegen die Polen und gegen deren nationale Aspirationen. Das entscheidende Moment, welches diese Politiker bewegt, unausgesetzt vor der Erledigung der polnischen Frage und vor dem ganzen Programm der Befreiung der fremden Völker von der Herrschaft Rußlands zu warnen, ist eher die Rücksicht auf die Gestaltung der künftigen deutsch-russischen Verhältnisse.

Der Hauptgrundsatz, von denen sich jene einflußreichen, verschiedenen politischen Lagern angehörenden deutschen Kreise leiten lassen, ist die Anschauung, daß Deutschland um jeden Preis zu gefestigten freundlichen Beziehungen zu Rußland kommen müsse, und daß darum die deutsche Politik heute schon alles tun müsse, was nach dem Kriege die Entwicklung einer fest gegründeten deutsch-russischen Freundschaft gestalten werde, daß sie aber andererseits alles meiden müsse, was den jetzigen Gegensatz zu dem östlichen Nachbar zu einem ewigen gestalten könnte. Diese Anschauung verbreitet und begründet besonders mit großer Konsequenz die freisinnige, aber ihre eigenen Wege gehende „Vossische Ztg.“, und eine fleißige Beobachtung der deutschen Presse zeigt, daß das Echo dieser Strömungen in den Zeitungen verschiedener Richtungen ein sehr kräftiges ist. Interessant ist es, daß auch unter den Sozialdemokraten noch zur Zeit des Bestehens des Jartums solche Stimmen nicht selten waren, welche für eine dauernde Verständigung mit Rußland eintraten. Jetzt gegenüber dem demokratischen Rußland ist die Neigung zu einem freundschaftlichen Zusammenleben mit dem russischen Staate in diesen Kreisen naturgemäß umso größer.

Als Sachwalter dieser Politik trat dieser Tage in den Spalten der „Voss. Ztg.“ der sozialdemokratische Abgeordnete Max Cohen in einem Artikel mit der Überschrift „Die Fremdvölker in Rußland und die deutsche Politik“ hervor. (Es folgt eine Skizze des Artikels; dann schreibt der „Kurjer“ weiter:)

„.... Wir sehen hier das klare und konsequente Programm der deutschen Rußenfreunde im Sinne der tiefen Überzeugung von der absoluten Notwendigkeit, gute deutsch-russische Beziehungen nach dem Kriege zu ermöglichen.

Den gleichen Standpunkt nimmt auch der ständige Mitarbeiter der „Voss. Ztg.“ „Bernhard“ ein. (Es folgt eine Skizze des Bernhardschen Artikels, worauf das Blatt seinerseits fortfährt:)

... „Noch bedeutend weiter gehen diejenigen deutschen Politiker, welche grundsätzlich die Konzeption des selbständigen Polens mit ähnlichen Prämissen, wie die genannten, ablehnen. Diesen Standpunkt hat der frühere deutsche Gesandte in London, Fürst Sichnowski, im „Berliner Tageblatt“ eingenommen. (Es folgt eine Skizze des Sichnowskyschen Artikels; dann schließt der „Kurjer“:)

... „Nachdem wir die Strömungen in Deutschland dargestellt haben, die um jeden Preis — sowohl aus politischen, wie auch aus wirtschaftlichen Gründen — nach einer dauernden Verständigung mit Rußland streben, brauchen wir nicht hervorzuheben, wie wichtig es ist, dieses Moment bei der Umreifung der Politik des entstehenden polnischen Staates gegenüber Rußland zu berücksichtigen. Wenn Deutschland absolut nicht daran denkt, Rußland gegenüber alle Brücken abzubauen, dann darf sich umsoweniger das schwache Königreich in eine Politik verrennen, welche es der beständigen Drohung der Wiedervergeltung von Seiten der östlichen Macht her aussetzen würde. Mit Recht ist polnischerseits gesagt worden, und es deckt sich das völlig mit den Plänen der deutsch-russischen Freundschaft — daß Polen nicht ein Schutzwall, sondern eine Brücke zwischen dem Osten und dem Westen sein muß.

Aus Nr. 206 der Gazeta Poznańska (Posen)
vom 11. September 1917.

Zu der Mitteilung des „Berliner Tageblatts“ betreffend den **weiteren Ausbau der polnischen Regierung** in Warschau bemerkt die „Gazeta Poznańska“:

... „Soweit das Berliner Blatt. Inwieweit seine Informationen richtig sind, ist natürlich abzuwarten, heute dürfen wir bestimmt ihnen gegenüber gewisse Zweifel äußern. Vor allem wollen wir nicht an die Möglichkeit glauben, daß der Erzbischof Szepthycki in den Regentenschaftsrat berufen werden sollte. Ist doch allgemein bekannt, daß der Erzbischof eine gewisse Zeit hindurch sogar nicht für einen Polen galt, indem er sich unverblümt zur ruthenischen Nation bekannte. Nicht wenig Licht auf seine Tätigkeit im Interesse der Ruthenen warfen z. B. die Enthüllungen über die hakatistisch-ruthenische Freundschaft. Inwieweit Erzbischof Szepthycki, der Bruder des früheren Kommandanten der Legionen, in den letzten Jahren seine Anschauungen geändert hat, ist uns nicht bekannt.

Auch bezüglich des Restes der Informationen des „Berl. Tageblatts“ müssen wir vor der Hand Vorsicht beobachten bis zu dem Augenblick, in welchem die angekündigte amtliche Rundgebung der beiden Kaiser bekanntgegeben sein wird. Für uns speziell wird es interessant sein, ob die Rundgebungen in Sachen des Königreichs Polen auch unterstützt werden wird durch eine politische Tat, welche uns Polen im preußischen Teilgebiet betrifft, ebenso wie das Manifest vom 5. November seitens des verstorbenen Kaisers Franz Josef durch das Versprechen der Autonomie für Galizien unterstützt war. Ein derartiger Schritt im Verhältnis zu uns wäre zweifellos in hohem Grade politisch, und er müßte kräftig zu einer Besserung der polnisch-deutschen Verhältnisse auch auf dem Boden des Königreichs Polen beitragen.

Somit dürfen wir uns jedoch nicht allzusehr täuschen. Sogar Politiker, welche dem bekannten Friedrich Naumann nahestehen, scheinen in letzter Zeit zu vergessen, daß nicht nur im Königreich Polen Polen leben, sondern auch im Bereich der Grenzen Preußens, und zwar in Zahl von 4 Millionen. Ein Beweis hierfür ist der Eckardt'sche Artikel in der Wochenschrift „Mitteleuropa“, worin die letzte Warschauer Krisis d. h. der Rücktritt des Staatsrats besprochen wird. Der Verfasser bespricht die Gründe dieser Krisis

kritisch und objektiv und gibt zu, daß die deutschen Behörden in bedeutendem Maße zu ihr beigetragen hätten, indem sie die dem Staatsrat zugestandenen Rechte zurückzogen; der Verfasser erwähnt jedoch mit keinem Wort, daß zu dem Mißtrauen, das auf polnischer Seite im Königreich herrscht, auch der Mangel an Taten in der Polenpolitik innerhalb Preußens hat beitragen müssen.

Und solche Taten erwarten wir immer noch vergeblich, besonders auf dem Gebiet des Schulwesens, auf welchem wir lediglich das große bekannte „Zugeständnis“ in Sachen des Religionsunterrichts auf der Unterstufe der Volksschule erfahren haben.

Aus Nr. 125 der Prawda (Posen)
vom 6. September 1917.

Sie freuen sich.

In gewissen Kreisen der „Kaffeehaus“-Politiker wurde mit Genugtuung begrüßt, daß die Mitglieder des Staatsrates im Königreich Polen ihre Mandate niedergelegt haben. Es herrscht darüber in diesen Kreisen besondere Freude.

Aber es sind nicht diese hausbackenen Politiker allein, die darüber frohlocken, die deutsche Presse nennt nämlich außerdem noch eine ganze Reihe anderer Kreise, die mit dieser Wendung der Dinge besonders zufrieden sind. Vor allem freuen sich alle Gegner des Aktes vom 5. November, durch den von Seiten der Mittelmächte die Unabhängigkeit Polens proklamiert wurde. Dazu gehören in erster Linie die Alldutschen und die Hakatisten. Sie glauben nämlich, daß es ihnen jetzt leichter gelingen werde, den Nachweis zu führen, daß die Polen überhaupt nicht fähig seien, einen eigenen Staat aufzubauen und daß sie der östlichen d. h. der russisch-englischen Orientierung huldigen. Auf diese Weise hoffen sie es auch so weit zu bringen, daß der Akt vom 5. November rückgängig gemacht und Polen entweder von neuem geteilt oder als Handelsobjekt bei den künftigen Friedensverhandlungen mit Rußland dienen werde.

Eine besondere Freude herrscht auch bei den Ententemächten, denn sie brauchen jetzt nicht mehr in der Großmut Polen gegenüber als Nebenbuhler Deutschlands aufzutreten. Je geringere Fortschritte nämlich der Aufbau des polnischen Staates gemacht hat, desto leichter wird es diesen Mächten fallen, den Plan der Autonomie Polens im Sinne des Auftrufs des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch wieder aufzunehmen und die polnische Frage nur als eine innerpolitische Frage Rußlands zu betrachten.

Schließlich freuen sich darüber auch noch die treuen Bundesgenossen der Koalitionsmächte und der Hakatisten, nämlich unsere Nationaldemokraten, die übrigens in hohem Maße an einer solchen Wendung der Dinge die Schuld tragen.

Sie haben nämlich auf das, was jetzt eingetreten ist, nur gelauert, denn das entsprach vollständig ihren Wünschen. Deswegen freuen sie sich darüber, ja, sie freuen sich!

Aber der Staatsrat ist, trotzdem seine Mitglieder ihre Mandate niedergelegt haben, — doch noch nicht zurückgetreten, denn er hat eine Kommission eingesetzt, welche die Regierung in Polen weiter führt.

Die Herren Nationaldemokraten freuen sich aber trotzdem, denn sie glauben, daß jetzt endlich der Augenblick gekommen sei, wo sie ihre eigene „polnische Regierung“ ins Leben rufen könnten, — eine Regierung, wie sie von ihren geistigen Führern in der Agentur in Lausanne, nämlich von den Herren Dmowski, Pilski, Seyda und Genossen geplant wurde. Mit einer solchen Regierung haben sich ja auch bereits England, Frankreich, Amerika usw. einverstanden erklärt.

Die Nationaldemokraten freuen sich also darüber, daß sie dazu beigetragen haben, die Grundlagen für die Bildung eines polnischen Staates auf polnischem Boden zu erschüttern. Sie wünschen nämlich kein freies und unabhängiges Polen im Anschluß an die bis dahin siegreichen Mittelmächte, sondern sie träumen von einem mächtigen Polen im Bunde mit Rußland, England, Frankreich, Italien, den Vereinigten Staaten von Amerika, mit Japan, China, dem Negervolk in Liberia, mit Siam und vielen anderen „Beschützern“ der schwachen und unterdrückten Nationen.

Deswegen freuen sie sich also heute. Aber ihre Freude ist trotzdem verfrüht, denn aus dem Staatsrat wird sich in Kürze eine legale polnische Regierung herausbilden, die selbst die Herrschaft in ihrem Lande führen wird. Mögen also die Herren Dmowski, Pils und Seyda jetzt noch vor der Tür ihrer eigenen „Freunde“ stehen! Mögen sie sich weiter freuen!

Aus Nr. 127 der Prawda (Posen)
vom 8. September 1917.

Und Ihr werdet Euch aus dem Todesschlaf erheben!

„Zwei Jahre lang kämpften wir uns, nur ein Ziel im Auge haltend, durch die Greuel des Krieges nach dem Herzen Polens, nach Warschau, hindurch. Wir hofften dieses Herz in Wallung zu bringen und in ihm das Gefühl der Begeisterung zu wecken, aus dem eine große Tat unseres Volkes entstehen würde. Wir glaubten auch, selbst der Anfang und der Angelpunkt zu sein. Denn wir hofften, daß Ihr unsere Begeisterung teilen und unseren Willen in Euch selbst aufnehmen und durch diesen Willen Euch aus Eurem Todesschlaf erheben werdet.“

Welches polnische Herz erzittert nicht bei dieser Abschiedsklage unserer polnischen Soldaten, die sie uns nachsandten, als sie in diesen Tagen das Herz Polens, Warschau, verließen?

In unserer Donnerstagsnummer haben wir diese Abschiedsworte unserer Soldaten an ihre Landsleute ausführlich mitgeteilt. Unsere Krieger zogen dann von neuem in den Kampf, in einen Kampf für ihr heiligstes Gut, — nämlich für Polen. Sie gingen als wohl-disziplinierte Soldaten auf einen höheren Befehl, aber sie gingen zugleich mit einem Stachel gegen ihre eigenen Landsleute im Herzen.

Sie zogen — in ein fremdes Land, — um für Polen weiter ohne Polen zu kämpfen.

Das Los des Soldaten ist heute überhaupt sehr schwer, aber am schwersten ist wohl das Los des polnischen Soldaten. Jeder andere Soldat zieht nämlich ins Feld, von einem herzlichen Händedruck und von einem inbrünstigen Gebet für eine glückliche Heimkehr begleitet, dem polnischen Soldaten folgen dagegen nur grenzenlose Wehmut und Enttäuschung, denn seine eigenen Landsleute haben sich nicht aus ihrem Todesschlaf erhoben.

Polen und ebenso auch das polnische Volk muß sich jetzt aber wirklich im Todesschlaf befinden, wenn der ins Feld rückende polnische Soldat ihm eine solche Klage nachsenden mußte.

Werden wir aber noch lange in dieser Todesstarre verharren? Wird uns die schwere Anklage des polnischen Soldaten aus dieser Starre nicht endlich aufrütteln? Wird sie uns nicht die Augen darüber öffnen, wohin uns diejenigen führen, welche die Parole: „Ruhig sitzen, nichts tun!“, — „Neutralität vor allem!“ — und — „Je schlimmer, desto besser!“ ausgegeben haben? Wird uns der letzte Abschiedsfeuer des polnischen Kriegers nicht darüber belehren, daß diejenigen, welche diese Losungen verkündet haben, nämlich unsere Nationaldemokraten und ihre Blätter, Polen ins Verderben

stürzen? Werden diese ruchlosen Losungen das polnische Volk stets von neuem in einen Todesschlaf versenken?

Als die berüchtigte Konföderation von Targowica zum Verderben unseres Vaterlandes ins Leben gerufen wurde, da freuten sich darüber zunächst die Mitglieder dieser Konföderation selbst und dann unser Todfeind — Rußland. In gleicher Weise freuen sich heute über die Klagen der polnischen Soldaten die Nationaldemokraten und ihre Blätter, sowie die Hatzisten und außerdem noch Rußland, England und Frankreich.

Es höre also jeder, wer Ohren hat zu hören! Früher freuten sich gemeinsam „Targowica“ und Rußland, und heute freuen sich in derselben Weise die Nationaldemokraten, die Hatzisten, England, Rußland und Frankreich. Jene wie diese freuen sich aber über unser eigenes Unglück.

Über das Unglück anderer kann sich aber nur ein Feind, und zwar ein unverföhlicher Feind freuen.

Tue also die Augen auf, polnisches Volk, und erfahre, daß du auch heute in deinen eigenen Reihen einen Feind beherbergst! Du beherbergst in deiner Mitte heute ein neues „Targowica“, nämlich die Nationaldemokraten. Ihre Losungen sind es nämlich, die dir jetzt nicht erlauben, dich aus der Todesstarre zu erheben.

Die Nationaldemokraten erklären jeden, der für Polen arbeitet, für einen bestochenen Verräter. Dasselbe taten früher auch die Männer von „Targowica“.

Ebenso behaupten die Nationaldemokraten und ihre Hezer von jedem braven Polen, daß er preußische Taler in die Tasche stecke, daß er sich an Preußen verkauft habe usw. „Targowica“ suchte mit ähnlichen Lügen das polnische Volk zu betören.

Wer wird jedoch von einem polnischen Soldaten und von den polnischen Legionen zu behaupten wagen, daß auch sie preußische Taler in die Tasche stecken?

Sind etwa die polnischen Soldaten in den Kampf gegangen, weil sie ihr eigenes Blut für preußische Taler verkauft haben? Hat sich der polnische Soldat etwa auch selbst an Preußen verkauft?

Nie und nimmer! Er ist in den Kampf gegangen, „obwohl er einen blutigen Weg vor sich sah“. Er betrat diesen Weg, weil er überzeugt war, daß er, wenn er dort auch fallen sollte, nicht den geringsten Teil von seiner Ehre verlieren wird.

Der polnische Soldat ist also, wenn auch mit Wehmut im Herzen, von neuem in den Kampf für Polen gegangen, weil ihm dieses Polen eben das Teuerste von allem ist.

Das hat er nicht wegen „preußischer Talerstücke“ und auch nicht deswegen getan, um sich für Deutschland aufzuopfern, sondern nur, um seinem Vaterlande zu dienen.

Möge deshalb die Abschiedsklage der polnischen Soldaten von Haus zu Haus, von Dorf zu Dorf und von Hof zu Hof gehen! Möge sie dort überall das polnische Volk aus seinem Todesschlaf wecken und uns allen die Augen darüber öffnen, von welcher Seite her uns Gefahr droht.

Die Nationaldemokraten freuen sich jetzt zwar über die Verwirrung in Warschau, deren Zeugen wir in den letzten Tagen waren. Ebenso freuen sie sich über den Abmarsch der polnischen Soldaten, — aber ihre Freude ist doch verfrüht. Denn die Klagen, die uns aus den Reihen der polnischen Soldaten zum Abschied nachgesandt wurden, werden Widerhall in den Herzen aller derjenigen finden, die der Liebe zum Vaterlande noch nicht bar sind. Sie werden schließlich auch schon das ganze polnische Volk aus dem Todesschlaf erwecken!

Aus Nr. 205 des Kraj (Lissa)
vom 9. September 1917.

Obstruktion.

In der letzten Versammlung des galizischen Landtagsklubs wandte die von der Nationaldemokratie geführte Linke, um die ihr unbequemen Mehrheitsbeschlüsse unmöglich zu machen, ein bei uns neues Mittel an, das allerdings in der Wiener parlamentarischen Arena wohl bekannt ist, das Mittel der Obstruktion. Es handelte sich um die Liquidation des Obersten Nationalkomitees. Eine konservativ-demokratische Mehrheit war gegen diese Liquidation. Man konnte annehmen, daß die Parteien, die gewöhnlich die nationale Solidarität so viel im Munde führen, im Namen dieser Solidarität den Willen der Mehrheit achten würden. Indessen haben die Beratungen des galizischen Landtagsklubs deutlich gezeigt, daß die Nationaldemokratie den Grundsatz der Solidarität nur insoweit anerkennt, als er ihren eigenen Interessen dient, darüber hinaus pfeift sie auf ihn. Da die Nationaldemokratie von vornherein fühlte, daß sie geschlagen sei, beschloß sie, die Beschlüsse in der strittigen Frage um jeden Preis zu verhindern. Sie vermied — sei es infolge Mangels an Beweisgründen, oder darum, weil das System, den Gegner zu überzeugen, überhaupt nicht ins Bereich der politischen Methoden dieser Partei gehört, eine sachliche Diskussion, entfesselte mit um so größerer Schneidigkeit eine formale Debatte, sparte im Verlauf derselben nicht an Drohungen und sogar an persönlichen Beschimpfungen gegenüber den verdienstlichsten Mitgliedern der Rechten und brach schließlich nach heftigen und lärmenden Szenen die Versammlung ab.

Der eigenartige Triumph der Nationaldemokratie war ein vollkommener. Die Partei hatte bewiesen, daß nicht die Anzahl und noch weniger die Qualität der Stimmen im Klub entscheide, sondern die Fähigkeit, recht laut zu schreien, und die größere Fertigkeit im Aufspeitschen der Leidenschaften. Die Nationaldemokratie trug einen vollkommenen Sieg davon, wenn nicht über den Gegner, so doch jedenfalls über den Grundsatz des politischen Anstandes. Im Grunde genommen gewann sie hingegen nur so viel, daß es, wenngleich das Oberste Nationalkomitee in Übereinstimmung mit dem Willen der Mehrheit des Klubs weiter bestehen wird, zu formellen Beschlüssen bezüglich seiner Zukunft nicht gekommen ist.

Wir haben oben gesagt, daß das von der Nationaldemokratie in Krakau angewandte Mittel in unserer Volksgemeinschaft neu sei. Und das ist richtig. Unser Volk hatte sich in der letzten schwierigsten Epoche seines Kampfes um die Existenz daran gewöhnt, größeren Ernst und mehr Reife von seinen parlamentarischen Vertretungen zu fordern, und es hatte hierzu das Recht. Wenn wir noch weiter in die Tiefe seiner Geschichte hinreichen, dann werden wir dort mit Leichtigkeit das Urbild der Methoden finden, zu denen die Nationaldemokratie in Krakau gegriffen hat. Auf allen letzten Landtagen des Freistaats vor dessen Teilung lastete wie ein Alp die Drohung des unglückseligen liberum veto, welches die besten Absichten der Mehrheit zuschanden machte. Es wundert uns nur, daß die Herren Glabinski und Genossen in der an wahrhaft großen Leuten und an löblichen Taten so reichen Geschichte der polnischen Nation kein nachahmenswerteres Muster für sich gefunden haben, als das des Abg. Sicinski aus Upita (der die einstigen polnischen Landtage mittels des liberum veto sprengte).

Noch etwas anderes wundert uns sehr, der Umstand nämlich, daß die Nationaldemokratie, indem sie die Sezession und das Abbrechen der Beratungen des Krakauer Klubs inszenierte, nicht an den Eindruck gedacht hat, den ihr Vorgehen in den übrigen Landes-

teilen, z. B. bei uns im Großherzogtum hervorrufen muß. Die Verhältnisse in unseren Fraktionen erinnern einigermaßen an die ganze Anlage der Kräfte im galizischen Landtagsklub, jedoch mit dem Unterschiede, daß bei uns nicht die Nationaldemokratie, sondern die Vertreter der maßvollen Richtungen sich in der Minderheit befinden. Die Nationaldemokratie nützt ihr Übergewicht in der Fraktion dahin aus, die These zu verteidigen, daß die der Minderheit angehörenden Abgeordneten, ohne Rücksicht darauf, ob die Verteilung der Mandate tatsächlich der Stärke der politischen Gruppe im Lande entspricht, sich absolut den Weisungen der nationaldemokratischen Fraktionsmehrheit anzupassen und die Politik dieser Mehrheit zu unterstützen hätten. Nimmt die Nationaldemokratie an, daß sie nach dem Beispiel der Geringschätzung des Willens der Mehrheit, wie sie es uns im galizischen Landtagsklub gegeben hat, ihre alte Forderung werde aufrecht erhalten können, daß auch künftighin die konservative Minderheit in den Berliner Fraktionen unbedingt nachzugeben habe? Es muß das klar und deutlich gesagt werden. Nach dem, was in Krakau vorgegangen ist, hat die Nationaldemokratie kein Recht mehr, die Abgeordneten-Solidarität zu verteidigen. Jedes ihrer Worte in dieser Hinsicht würde nach einer Ironie klingen. Eine Partei, welche im benachbarten Landesteil sich der Waffe der Obstruktion bedient und deren hiesige Organe diese Waffe billigen, setzt sich zum mindesten der Lächerlichkeit aus, wenn sie bei uns in der Rolle des Sittenpredigers auftritt.

Unsere völkischen und konservativen Abgeordneten werden die galizischen Methoden der Nationaldemokratie auf unserem Boden nicht zur Einführung bringen. Sie werden das nicht tun, denn sie sind gewohnt, ihre Überzeugungen nicht mittels Schreiens und Drohens, sondern durch klares und entschiedenes Aussprechen ihrer Meinung zu verteidigen. Für die tatsächliche Einigkeit der Fraktion — nicht für den Terrorismus einer Partei — werden sie auch künftig nach Möglichkeit eintreten ungeachtet aller Schwierigkeiten. Sie haben aber heute mehr als je die Hände frei gegenüber den Versuchen der Nationaldemokratie, jede Regung der politischen Selbständigkeit unmöglich zu machen.

Aus Nr. 203/205 des Dziennik Kujawski (Posen)
vom 6./8. September 1917.

Fürst Radziwill antwortet.

Fürst Radziwill hat uns, wie wir bereits am Sonnabend mitgeteilt haben, eine Art von Aufklärung mit der Bitte um Veröffentlichung übersandt:

Dieser Bitte des Fürsten kommen wir selbstverständlich nach und geben hier sein Schreiben wörtlich wieder:

Geehrte Redaktion! Nachdem ich die Anfrage gelesen habe, die in Nr. 193 des „Dziennik Kujawski“ vom 25. d. Mts. unter dem Titel: „Und der Fürst Radziwill?“ an mich gerichtet worden ist, halte ich mich für berechtigt und verpflichtet, die Herren darauf aufmerksam zu machen, daß diese Anfrage sich auf eine Information stützt, die in ihren wesentlichen Punkten dem wirklichen Tatbestand nicht entspricht.

Ich appelliere deshalb an die Höflichkeit der geehrten Redaktion, wenn ich sie jetzt ersuche, sie möchte diese meine Berichtigung zur Kenntnis ihrer Leser bringen und diesen meinen Brief in den Spalten des „Dziennik Kujawski“ veröffentlichen.

Ich stelle hier zunächst fest, daß die Behauptung, ich hätte durch mein Auftreten im Herrenhause, an das der erwähnte Artikel erinnert, die Solidarität der polnischen Fraktion verletzt, auf Irrtum beruht. Des

wegen muß ich gegen diese Behauptung feierlich protestieren.

Ich handelte im Herrenhause auf Grund meiner Zugehörigkeit zu dieser Kammer. Ich benutzte zu meinem Auftreten die Gelegenheit der Budgetdebatte, die sich selten bietet, die aber zur Verteidigung unserer nationalpolitischen Rechte von uns benutzt zu werden pflegt. Ich habe diese Rechte in demselben Geiste verteidigt, wegen dessen bis dahin während meiner langjährigen parlamentarischen Tätigkeit keine negative Kritik von Seiten unserer Volksgemeinschaft an mich gelangt ist.

Das beweisen die stenographischen Berichte aus der betreffenden Sitzung.

Wenn der „*Dziennik Rujawski*“ in seinem Artikel weiter darauf hinweist, daß diese Angelegenheit zwischen der polnischen Fraktion und mir noch nicht ausgetragen sei, so stelle ich hier fest, daß die polnische Reichstagsfraktion sich offiziell bis dahin in dieser Hinsicht noch gar nicht an mich gewandt hat, und zwar höchstwahrscheinlich deswegen nicht, weil ich mehrere Monate verreist war. Dazu wird sich aber beim nächsten Zusammentreten des Reichstages Gelegenheit wohl finden.

Der Verfasser des Artikels in Nr. 193 des „*Dziennik Rujawski*“ scheint aber besonderes Gewicht auf das zu legen, was sich nach meiner Rückkehr in der Sitzung des Hauptausschusses am 21. d. Mts. zugetragen hat.

An diesem Tage war ich nämlich im Reichstage noch vor Beginn der Sitzung des Ausschusses anwesend. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stand die Wahl eines neuen Vorsitzenden anstelle des gegenwärtigen Ministers Spahn. Es konnten somit jeden Augenblick Angelegenheiten erörtert werden, bei denen die Anwesenheit eines Vertreters der polnischen Fraktion sich als notwendig erweisen konnte. Da aber der Abgeordnete v. Trampeczynski bei Beginn der Sitzung noch nicht anwesend war und ich überhaupt nicht wußte, ob er in Berlin schon eingetroffen sei, so bat ich den neugewählten Vorsitzenden in der besten Absicht, damit dem Interesse unserer Fraktion zu dienen, mich vorläufig als Mitglied der Kommission einzutragen.

Eine solche Übernahme der Vertretung während der Debatte kann im Nothfalle immer vorkommen, und sie vollzieht sich dann auch ohne weitere Schwierigkeiten. Wenn also der Verfasser des erwähnten Artikels mir deswegen jetzt diktatorische Anwandlungen zuschreibt, so spreche ich ihm jedes Recht hierzu ab.

Der ganze Vorfall trug übrigens auch nicht den Stempel einer parteilichen Tendenz. Ebenjowenig hat darunter mein kollegialisches Verhältnis zu dem Abgeordneten v. Trampeczynski gelitten. Das beweist schon die Tatsache, daß ich den Abgeordneten v. Trampeczynski am folgenden Tage auf seinen Wunsch in der vertraulichen Konferenz der einzelnen Parteien mit dem Reichskanzler vertrat, zu der er eingeladen war.

Ich verbinde hiermit den Ausdruck meiner Verehrung.

Fürst Ferdinand Radziwill.

Soweit der Fürst Radziwill. Sein Brief erfordert in seinen wesentlichsten Teilen einige Worte der Erwiderung von unserer Seite.

I.

Fürst Radziwill protestiert zunächst gegen den Vorwurf, „daß er die Solidarität der polnischen Fraktion verletzt habe“. Diesen Protest können wir leider als berechtigt nicht anerkennen. Im Gegenteil, wir halten an unserer früheren Behauptung auch heute noch fest, daß der Fürst im Herrenhause gegen den Grundsatz der Solidarität der polnischen Fraktion gehandelt hat.

Denn wie verhielt sich die Sache denn damals? Die polnische Reichstagsfraktion sowie die polnische

Fraktion im Abgeordnetenhause haben sich während des Krieges eine besondere Richtlinie für ihre Politik vorgezeichnet, die sie die ganze Zeit hindurch konsequent befolgten. Diese Richtlinie fand auch Anerkennung von Seiten der ganzen polnischen Gesamtheit mit Ausnahme eines kleinen Bruchteils, zu dem die politischen Freunde des Fürsten Lubeki und die Herren Napieralski, Dombek, v. Jackowski usw. gehörten.

Diese Kreise beschloßen, ohne Wissen des polnischen Volkes „eigene“ Politik zu betreiben, und zwar an einer Stelle, wo sie sich durch nichts gebunden fühlten und keine ungelegene Kritik zu befürchten hatten, nämlich im preußischen Herrenhause. Aber die Herren, die dem Herrenhause angehören, sind zugleich Mitglieder der polnischen Fraktion im Abgeordnetenhause (mit Ausnahme des Fürsten Lubeki, der aus dieser Fraktion ausgetreten ist). Was mußten sie also tun, wenn sie mit der Politik der polnischen Fraktion im preußischen Abgeordnetenhause nicht einverstanden waren? Sie mußten die Einberufung einer Sitzung der polnischen Fraktion verlangen, sie mußten dort weiter die Mehrheit der Fraktion von der Notwendigkeit einer Änderung der polnischen Politik zu überzeugen suchen und von der Entscheidung der Fraktion ihre weitere Haltung abhängig machen. Das wäre dann wirklich noch eine Politik der Solidarität gewesen, eine Politik, durch welche die Mitglieder des Herrenhauses bewiesen hätten, daß sie zugleich Vertreter des polnischen Volkes waren und sich als solche an die Wünsche dieses Volkes gebunden fühlten. Das haben aber diese Herren nicht getan, und damit haben sie von neuem gezeigt, daß sie das polnische Volk nicht repräsentieren. Die ganze Aktion, die zu dem Auftreten im Herrenhause geführt hat, wurde nämlich ganz heimlich betrieben. Die rechtmäßigen Vertreter des polnischen Volkes wurden in diese Aktion gar nicht eingeweiht. Fürst Radziwill suchte in dieser Hinsicht keine Fühlung, sei es mit seinen Kollegen aus dem Reichstage oder aus dem Abgeordnetenhause; er hielt nur Beratungen mit solchen Politikern ab, wie der Fürst Lubeki, der Abgeordnete Dombek und der Herausgeber der „*Gazeta Gruzdzka*“, Rulerski. Diese Herren waren in alles eingeweiht. Das bewiesen die Angriffe, die sie damals beinahe jeden Tag entweder selbst oder durch ihre Blätter gegen die polnische Fraktion richteten. Sie suchten in diesen Angriffen das polnische Volk von der angeblichen Verfehrtheit der Politik unserer Fraktionen zu überzeugen und priesen gleichzeitig als eine „politische Tat“ das isolierte Auftreten des Fürsten Radziwill und seiner Genossen im Herrenhause, das dem Willen der polnischen Volksgemeinschaft keineswegs entsprach.

Deswegen erübrigt sich eigentlich schon jede Diskussion darüber, ob Fürst Radziwill die Solidarität verletzt hat. Die Tatsachen liegen hier nämlich so klar, daß die Verletzung der Solidarität sich aus ihnen von selbst ergibt. Der Fürst hat aber die Solidarität nicht nur als Mitglied der polnischen Fraktion im Abgeordnetenhause, sondern auch als Vorsitzender der polnischen Reichstagsfraktion verletzt. Denn er wußte doch oder er durfte es nicht vergessen, daß die polnische Fraktion schon oftmals ihren Standpunkt der Regierung gegenüber klargelegt hatte.

Fürst R. durfte somit als Vorsitzender der polnischen Reichstagsfraktion diese Politik nicht durchkreuzen und sie nicht auf ein anderes Terrain verlegen. Er behielt nämlich auch im Herrenhause seinen Charakter als Vorsitzender der polnischen Reichstagsfraktion. Als Politiker mußte er sich aber auch Rechenschaft davon ablegen, daß nicht nur das polnische Volk, sondern auch die nicht polnische öffentliche Meinung in seinem Auftreten eine Paralyse der Politik der beiden polnischen Fraktionen und somit auch eine

Verletzung des wichtigsten Grundsatzes, auf den sich diese Fraktionen stützen, nämlich des Grundsatzes der Solidarität, erblicken würden.

Fürst Radziwill legte sich also keine Rechenschaft über die Tragweite einer solchen Verletzung der Solidarität ab, oder er wollte sich keine Rechenschaft darüber ablegen. Wir haben uns jedoch darüber gar nicht gewundert, denn wir wußten, daß der Fürst schon früher in den Sitzungen der polnischen Fraktion im Februar oder März — ausdrücklich erklärt hatte, daß er gegebenenfalls von der Rednerbühne herab seine abweichenden Anschauungen zum Ausdruck bringen werde. Am meisten haben wir uns dabei darüber gewundert, daß die polnische Fraktion aus dieser Erklärung nicht ihre Schlüsse zog und ihrem Vorsitzenden, dem Herrn Fürsten, seine Aufgabe nicht durch ein entsprechendes Auftreten von ihrer Seite erleichtert hat.

Fürst Radziwill schreibt weiter, daß „ihm bis dahin eine negative Kritik von Seiten der polnischen Volksgemeinschaft nicht zugegangen sei“. Da muß der Fürst aber die Stimmen der polnischen Presse nicht gelesen haben, welche sein Auftreten im Herrenhause mit der ausdrücklichen Erklärung beantwortet haben, daß er gegen den Willen der polnischen Bevölkerung gehandelt habe. Wenn der Fürst jedoch diese Stimmen der polnischen Presse übersehen hat, da er vielleicht nur die Meinungsäußerungen der Herren Lubceki, Napieralski, Kulerski und Dombek, also nur solche Stimmen liest, die keinen Widerhall in der polnischen Volksgemeinschaft haben, so müssen wir ihn fragen, ob er, der Vorsitzende der polnischen Fraktion, sich noch an den Verweis erinnert, der ihm auf Veranlassung des Wahlbezirks, in dem er gewählt ist, erteilt worden ist? Das ist ja noch nicht lange her. Die Wähler aus den Kreisen Ostrowo, Adelnau, Schildberg und Kempen werden wohl nicht zu sehr erbaut sein, wenn sie jetzt erfahren, daß ihr Abgeordneter diese Kundgebung so schnell vergessen hat.

Fürst Radziwill schreibt außerdem noch, ihm sei davon nichts bekannt, daß die polnische Fraktion an ihn offiziell herangetreten sei. Dem gegenüber stellen wir fest, daß sowohl die polnische Fraktion im Abgeordnetenhaus, als auch die polnische Reichstagsfraktion sich mit dem Auftreten des Fürsten im Herrenhause vom Gesichtspunkt der Verletzung der Solidarität aus bereits beschäftigt haben. Die polnische Fraktion hat jedoch noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt, weil der Fürst damals in Berlin nicht anwesend war. Der Fürst war nämlich kurz nach seinem Auftreten im Herrenhause verreist, ohne seine Adresse näher anzugeben. Deswegen konnten ihn die polnischen Fraktionen — trotz eingekriebener Briefe und trotz Telegrammen mit bestimmter Bestellfrist — nirgends erreichen. Das ist ebenfalls charakteristisch für die Handlungsweise des Fürsten, daß er als Vorsitzender der polnischen Fraktion in einer so bedeutungsvollen Zeit seinen Posten verläßt, ohne über seinen Aufenthalt auch nur die geringste Auskunft gegeben zu haben.

Kann also unsere Volksgemeinschaft unter solchen Umständen Vertrauen zu der Politik des Vorsitzenden der polnischen Reichstagsfraktion haben? Die Pflicht des Fürsten, als des Vorsitzenden dieser Fraktion, war es doch vor allem, Fühlung mit der polnischen Bevölkerung zu gewinnen, um die in ihr herrschende Stimmung kennen zu lernen, zumal er sich vorher lange Zeit außerhalb des Landes aufgehalten hat. Der Fürst hat es sich aber nicht angelegen sein lassen, diese Fühlung in irgendwelcher Weise zu suchen, sondern er zog sich, nachdem er sogar gegen den Willen der polnischen Volksgemeinschaft im Herrenhause aufgetreten war, aus der politischen Arena wiederum auf längere Zeit zurück und gab dadurch neuen Anlaß dazu, daß man sich mit seiner Person wiederum beschäftigte.

Deswegen gehört wirklich eine große Dosis von politischer Verkehrtheit von Seiten der „Gazeta Narodowa“ und des „Kraj“ dazu, um in unserem gegenwärtigen Standpunkt dem Fürsten als dem Vorsitzenden der polnischen Fraktion gegenüber parteiliche Tendenzen zu wittern. Solche Tendenzen liegen uns so fern, wie groß unsere Liebe zu unserer nationalen Sache und wie stark unser Pflichtgefühl im öffentlichen Dienste ist. Dieses Pflichtgefühl gibt uns aber zugleich das Recht, unsere Volksgemeinschaft darauf aufmerksam zu machen, daß die Wege, die der Vorsitzende der polnischen Reichstagsfraktion geht, dem Willen des polnischen Volkes zuwiderlaufen, daß dieser Vorsitzende die Grundsätze der Solidarität nicht beachtet, die unser vornehmstes politisches Gebot bilden, daß er die öffentliche Meinung unterschätzt oder mißachtet und daß er infolgedessen deswegen in einen so trassen Gegensatz zu der polnischen Bevölkerung geraten ist, daß diese Bevölke-ung, zumal in der gegenwärtigen Zeit, kein Vertrauen mehr zu ihm haben kann. Und das ist nicht allein unsere Meinung. Das ist, wie uns viele Stimmen und Briefe beweisen, die Meinung weiter Kreise, die sich auch am deutlichsten in der Kundgebung jener Kreise kristallisiert hat, die Fürst Radziwill als Abgeordneter vertritt.

So viel für heute. In der nächsten Nummer werden wir das Auftreten des Fürsten Radziwill aus der vergangenen Woche näher beleuchten.

II.

Am Schlusse unseres vorigen Artikels haben wir unter der Adresse der „Gazeta Narodowa“ und des „Kraj“ bemerkt, daß „viel politische Verkehrtheit dazu gehört, um aus unseren Ausführungen, die gegen den Fürsten gerichtet waren, eine parteiliche Aktion zu konstruieren. Das müssen wir heute um so mehr hervorheben, als die „Gazeta Narodowa“ in unseren ruhigen und sachlichen Ausführungen einen Angriff gegen den Fürsten Radziwill erblicken will, der von großer Abneigung gegen den Fürsten aus Anlaß seiner politischen Tätigkeit zeugen soll.

Wir werden uns nicht die Mühe geben, dem Organ des Herrn v. Jackowski und des Grafen Adam Zoltowski besondere Aufklärungen darüber zu geben. Wir werden uns ebenfalls den Nachweis ersparen, wie wahrheitsliebend dieses Organ ist. Es weiß nämlich selbst, und ebenso wissen es diejenigen, die hinter ihm stehen, daß unsere Gründe anderswo liegen, und daß wir den Fürsten Radziwill aus prinzipiellen Motiven bekämpfen. Wir sind nämlich der Ansicht, daß auch die Tätigkeit eines Fürsten in objektiver Weise beurteilt und erörtert werden muß, zumal wenn sie gegen die Grundsätze der Solidarität verstößt. Daß wir aber mit unserem Urteil nicht vereinzelt dastehen, daß unsere Anschauung im Gegenteil den Anschauungen der polnischen Allgemeinheit entspricht, beweisen nicht nur die besonderen Zustimmungskundgebungen zu unseren Ausführungen, sondern auch die elementaren Stimmen des Protestes gegen die Handlungsweise des Fürsten Radziwill. Wenn aber irgendjemand, so verstehen wir sowohl die Verdienste, wie das hohe Alter des Fürsten zu achten. Aber diese elementaren Rücksichten können uns nicht abhalten, mit einer Kritik da einzugreifen, wo das allgemeine Wohl es verlangt. In diesem Punkte nehmen wir keine Rücksicht, weder auf die Person, noch auf das Alter, noch auch auf Verdienste.

Denn wir dürfen keine Politik der Glacéhandschuhe treiben, zumal die gegenwärtige Zeit es verlangt, daß jeder Bürger, der in der öffentlichen Arena auftritt, in derselben Weise behandelt werde. Deswegen unterliegt auch der Fürst, der trotz seines Alters und seiner unbestreitbaren Charaktervorteile — öffentlich auftritt, den allgemeinen Regeln der Kritik. Eine solche Kritik

tut auch seiner Person keinen Abbruch, denn sie erstreckt sich nicht auf den persönlichen Charakter des Fürsten, sondern auf seine politische Tätigkeit. Wir zweifeln auch nicht daran, daß der Fürst als Vorsitzender der polnischen Fraktion unsere Kritik nicht anders auffassen wird.

Nach diesen kurzen Vorbemerkungen allgemeiner Art gehen wir nun zum zweiten Teil des Briefes des Fürsten über. Wir müssen hier sofort mit aller Offenheit gestehen, daß die vom Fürsten geschilderten näheren Umstände bei seiner Eintragung in die Liste der Mitglieder der Kommission ohne Wissen des offiziellen Vertreters der polnischen Fraktion das Vorgehen des Fürsten in einem sanfteren Lichte erscheinen lassen. Dadurch läßt sich dieses Vorgehen jedoch keineswegs rechtfertigen oder entschuldigen.

Vor allem hat nämlich der Fürst daran nicht gedacht, daß schon seine erste Streichung des Vertreters der polnischen Fraktion aus der Liste der Mitglieder der Kommission — (das geschah im Monat Februar oder März) — in der polnischen Fraktion Anlaß zu einer Reihe kritischer Bemerkungen unter seiner Adresse gegeben hat. Der Fürst hatte also schon eine Lehre aus der Vergangenheit dahin, daß er in Zukunft nur in Übereinstimmung und mit Wissen der polnischen Fraktion bzw. ihrer Vertreter handeln dürfe.

Fürst Radziwiłł behauptet weiter, er sei in den Reichstag schon vor der Sitzung der Kommission gekommen, als der Vertreter der polnischen Fraktion noch nicht anwesend war. Es hätte in diesem Falle jedoch eine Anfrage im Büro des Reichstages oder der Kommission genügt, um den Fürsten zu überzeugen, daß der Abgeordnete v. Trampezyński in Berlin anwesend war und daß er sich höchstens um einige Minuten verspäten werde. Die Übernahme der Vertretung war also jedenfalls vorzeitig, zumal die Wahl des Vorsitzenden keine größere Rolle spielte; denn es wußte die ganze politische Welt, daß zum Vorsitzenden auch ohne die polnische Stimme — ein Mitglied des Zentrums, Herr Fehrenbach, werde gewählt werden.

Der Fürst hebt des weiteren hervor, daß er in der besten Absicht gehandelt habe, weil jeden Augenblick Fragen zur Erläuterung gelangen konnten, bei denen die Anwesenheit des Vertreters der polnischen Fraktion sich als notwendig hätte erweisen können. Wir wollen hier nicht näher darauf eingehen, wie notwendig in einem solchen Falle die vorherige Einberufung der polnischen Fraktion zu einer Sitzung gewesen wäre. Wir möchten nur feststellen, daß gerade dieses Motiv, das der Fürst zu seiner Verteidigung anführt, dazu angetan ist, unsere Kritik herauszufordern.

Der Fürst scheint sich nämlich keine Rechenschaft darüber abzulegen, welche Stimmung gegen ihn in der polnischen Bevölkerung herrscht. Wir sind auch überzeugt, daß er, wenn er diese Stimmung gekannt hätte, sich sicherlich gestraubt hätte, — sich auch nur in Vertretung — als Mitglied der Kommission eintragen zu lassen, wohl wissend, daß das polnische Volk seine ganze öffentliche Tätigkeit mißtrauisch beurteilt. Zu welcher Gärung hätte es nämlich in der Volksgemeinschaft kommen können, wenn der Fürst in der Kommission in einer prinzipiellen Frage wirklich das Wort ergriffen und ev. persönliche Anschauungen zum Ausdruck gebracht hätte, die wiederum mit der öffentlichen Meinung im Widerspruch gestanden haben würden?! Und auf einen solchen Schritt von seiten des Fürsten mußte man doch gefaßt sein, wenn man in Betracht zieht, daß er schon früher der polnischen Fraktion erklärt hatte, er behalte sich das Recht vor, seine eigenen Anschauungen auch im Gegensatz zu dem Grundsatz der Solidarität zum Ausdruck zu bringen.

Hier ruht aber der Grundton des Mißklanges zwischen der polnischen Volksgemeinschaft und dem

Fürsten. Der Fürst unterschätzt nämlich ebenso als Mitglied wie als Vorsitzender der polnischen Fraktion die Bedeutung der Harmonie zwischen der polnischen Fraktion und der polnischen Volksgemeinschaft. Auf einer solchen Grundlage schafft er auch solche Situationen, wie die gegenwärtige. Es ist betäubend, daß solche Situationen überhaupt entstehen können. Daran ist jedoch die polnische Fraktion selbst schuld. Sie hat es nämlich bis dahin nicht verstanden, ihr Verhältnis zu ihrem Vorsitzenden klar und deutlich zu präzisieren.

Wir hoffen jedoch, daß die gegenwärtigen Ereignisse zu einer Klärung in dieser Hinsicht führen werden. Wir erwarten, daß nicht nur die polnische Fraktion, sondern auch der Fürst selbst als Vorsitzender eine solche Lösung suchen werden, die eine Krisis, wie die gegenwärtige, nicht mehr möglich machen wird.

Denn ebenso die Solidarität, wie die Übereinstimmung mit dem Willen des polnischen Volkes sind in der gegenwärtigen Zeit zu wichtige Forderungen, als daß man die Leitung unserer Politik unter Mißachtung dieser beiden Forderungen nach persönlichen Anschauungen einrichten könnte.

Wir haben ja alle Achtung vor dem Fürsten. Diese sind wir ihm auch wegen seines hohen Alters und wegen seiner hohen Würde als Vorsitzender der polnischen Fraktion schuldig. Aber diese Achtung, die ihm aus diesem Grunde vor allem gebührt, weist zugleich darauf hin, daß die Verantwortung heute eine große ist, als daß man sie auch nur zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion machen sollte.

Nächstens wird nun die Reichstagsfraktion zu einer Sitzung zusammentreten. Diese Fragen werden dann auf der Tagesordnung stehen. Wir wollen dem Ergebnis dieser Sitzung nicht vorgreifen. Aber wir haben das Vertrauen ebenso zu unseren Abgeordneten wie zu dem Vorsitzenden der polnischen Fraktion, daß sie mit Rücksicht auf das allgemeine Wohl den richtigen Ausweg finden werden. Nach einem solchen Ausweg sehnt sich die polnische Volksgemeinschaft schon mit Rücksicht auf ihre Einheitlichkeit, der sie in dieser Umschwungszeit so sehr bedarf, seit langer Zeit.

Aus Nr. 203 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 7. September 1917.

Zu dem Briefe, den Fürst Radziwiłł an den „Dziennik Kujawski“ auf dessen Angriffe gerichtet hat, bemerkt der „Kurjer Poznański“ seinerseits:

„Wir bemerken unsererseits, daß wir uns mit der Anschauung des Fürsten Radziwiłł betreffend sein bekanntes Hervortreten vom 28. März im preußischen Herrenhause nicht einverstanden erklären können. Die Sache hat j. Zt. starken Eindruck gemacht, sie ist somit noch gut in Erinnerung. Wie damals, so verharren wir auch heute — trotz des jetzigen Briefes des Fürsten Radziwiłł — dabei, daß sein Auftreten im preußischen Herrenhause ohne Verständigung mit der polnischen Landtags- und Reichstagsfraktion den Grundsatz der Solidarität sowie dessen Sinn verletzt hat, wie er nach der mehrere Jahrzehnte langen Periode seiner Geltung für unsere Vertreter in Berlin aufzufassen ist. Ohne auf die Absichten einzugehen, welche Fürst Radziwiłł bei jenem Auftreten gehabt hat, und ohne uns in eine sachliche Prüfung dieses Auftretens einzulassen, stellen wir fest, daß es programmatisch, hochpolitisch war, da es die ganze Volksgemeinschaft binden sollte. In solchen Fällen hat kein Mitglied einer der beiden Fraktionen das Recht, auf eigene Faust aufzutreten. Jedes Mitglied darf dies nur nach Ver-

ständigung mit der Fraktion tun, der es angehört. Fürst Radziwill hat damals im Oberhause des preussischen Landtags gesprochen; er hätte sich somit in erster Linie mit der polnischen Landtagsfraktion verständigen sollen. Das hat er jedoch nicht getan, sondern in dieser Sache mit durchaus anderen Persönlichkeiten, u. a. mit nur manchen Mitgliedern des Herrenhauses beraten, die der Landtagsfraktion angehören, sogar mit dem Fürsten Drucki-Lubecki, der als einziger Pole bei uns den Grundsatz der Solidarität so gering schätzt, daß er — was in unserem Teilgebiet wohl beispiellos ist, aus der polnischen Fraktion austrat.

Fürst Radziwill ist außerdem Mitglied der Reichstagsfraktion, ja sogar deren Vorsitzender. In diesem Falle hätte er somit, gerade als Vorsitzender, sich mit der Reichstagsfraktion verständigen sollen. Diese Pflicht geht, wenn nicht aus den Satzungen der Fraktion, so doch aus deren Sinn hervor. Denn das Auftreten des Fürsten Radziwill im Herrenhause war nicht etwas Gewöhnliches, Alltägliches, Unverbindliches, was naturgemäß eine Verständigung mit den Fraktionskollegen nicht zur Voraussetzung gehabt hätte, sondern eben, — wie oben gesagt — eine programmatische Erklärung. Keiner unserer Vertreter in Berlin kann eine Doppelperson sein — eine andere im Landtage als im Reichstage. Unsere Politik in Berlin muß eine einzige und gleichmäßige sein; das Auftreten eines dieser Volksvertreter im Landtage darf die Politik nicht durchkreuzen, die von der Reichstagsfraktion betrieben wird.

Wir präjudizieren nicht, welcher Anschauung die Reichstagsfraktion bezüglich der Erklärung des Fürsten Radziwill gehuldigt hätte, wenn er sie ihr vorgelegt hätte, ehe er sie abgab. Das ist in diesem Falle eine Angelegenheit von untergeordneter Bedeutung. Es handelt sich hier um den Grundsatz, und gegen diesen hat Fürst Radziwill, indem er sich mit seinen Kollegen aus der Reichstagsfraktion nicht verständigte, verstoßen. Das ist klar, und darüber können zweierlei Meinungen nicht obwalten: keine Sophistik und keine Argumentation eines Advokaten wird daran etwas ändern.

Wenn Fürst Radziwill weiter sagt, die Reichstagsfraktion sei in dieser Sache noch nicht offiziell an ihn herangetreten, so ist das zweifellos wahr. Es muß aber dabei darauf aufmerksam gemacht werden, daß Fürst Radziwill dies selbst unmöglich gemacht hat. Kurz nach seiner Herrenhausrede ist er nämlich in die Schweiz gereist, woselbst er sein Infognito in dem Grade gewahrt hat, daß man ungeachtet eifriger Bemühungen nicht an ihn heranzukommen vermochte. Soweit unsere Informationen reichen, war weder im Büro des Reichstags, noch in der Berliner Wohnung des Fürsten, noch in seinem Wohnsitz in Antonin seine Schweizer Adresse zu erfahren.

So viel bemerken wir gegenüber dem Briefe des Fürsten Radziwill. Wir meinen, daß die polnische Fraktion jetzt im September diese Sache endgültig aufklären wird, damit endlich einmal diese Streitigkeiten, Kommentare und Vorwürfe aufhören, die in den heutigen Zeiten so unerwünscht sind, umsomehr, als es sich hier um die Autorität des Fraktionsvorsitzenden handelt, an deren Aufrechterhaltung uns so viel gelegen sein muß."

Die Ostrower „Gazeta Ostrowska“ vom gleichen Tage zitiert die — obige Auffassung des „Kurjer“ und setzt Folgendes hinzu:

„Wir können unsererseits nur unserer Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß den Fürsten Radziwill offenbar sein Gedächtnis im Stich läßt. Er behauptet nämlich, niemals seien Befundungen der Unzufriedenheit über sein Vorgehen aus dem Schoße der Volksgemeinschaft heraus an ihn herangelangt. Wir erinnern ihn daher an die Hauptwählerversamm-

lung für den Kreis Adelnau, die anlässlich der Wahl des Abgeordneten Dr. v. Miegolewski stattgefunden hat. Damals hat man dem Fürsten, als er den Saal betrat, einen Ausruf ausgehändigt, in welchem eine Anzahl Wähler die Versammlung aufforderte, sich gegen den Fürsten Radziwill zu erklären wegen seiner undeutlichen Stellungnahme. Nach der Rede des Fürsten Radziwill fand eine sehr hitzige Diskussion statt, in deren Verlauf sowohl er, als auch der Leiter der Wählerversammlung, der verstorbene Geistliche Kleber, ganz im stillen die Versammlung verließen und dem verstorbenen Geistlichen Chmielewski aus Pogrzebow die Vertretung überließen. Auch der Vorsitzende des Ostrower Kreiswahlkomitees, der zu Hilfe kam, vermochte die Situation nicht zu retten. Die Versammlung hat damals ungeachtet aller gegnerischerseits gemachten Anstrengungen die Kandidatur des Dr. v. Miegolewski beschlossen, um ihn der Person des Fürsten Radziwill — mit der man unzufrieden war, entgegenzustellen."

Die Posener „Gazeta Narodowa“ vom gleichen Tage sagt in ihrer Polemik gegen den „Dziennik Kujawski“:

„... Das kujawische Organ nennt seine Leser beständig „Die Volksgemeinschaft“, hingegen die Anhänger abweichender politischer Anschauungen „einen nicht zahlreichen Bruchteil“. In ähnlicher Weise argumentieren auch manche Deutsche, indem sie z. B. dartun, daß die „Gesamtheit“ die Verlängerung des Krieges verlange. Allgemeine Wahlen würden unwiderlegbar zeigen, wo die „Volksgemeinschaft“ bei uns sich befindet, und wo der „Bruchteil“. Ähnlich verhält sich die Sache bei uns mit den Ausnahmegelesen. Handelte es sich um die Feststellung der Tatsache, wer für und wer gegen ihre Aufhebung ist, dann würde sich der „Dziennik Kujawski“ überzeugen, daß seine „Volksgemeinschaft“ in der Minderheit ist. Indessen behauptet er immer noch, daß diejenigen in der Minderheit seien, die das kluge Hervortreten des Fürsten Radziwill im Herrenhause anerkennend begrüßt haben.

Es ist das eine fruchtlose Diskussion, denn sie beweist nur, daß dieses Hervortreten dem „Dziennik Kujawski“ und dessen Freunden mißfallen hat. Wenn das Blatt sich fortgesetzt auf die Tatsache beruft, daß man „auf Veranlassung des Wahlkreises“ an den Fürsten Radziwill eine „Kügel“ anlässlich seiner Herrenhausrede gesandt habe, so erkennen wir diesen Schritt polnischer Bezirkswahlbehörden nicht als den Ausdruck der Meinung der Wähler des Wahlbezirks Ostrowo-Adelnau-Schildberg-Kempen an, und natürlich noch weniger als den Ausdruck der Meinung der Volksgemeinschaft, natürlich nicht in dem engen Sinne, wie sie der „Dziennik Kujawski“ auffaßt. Übrigens ist es klar, daß ein Wahlkomitee als solches ohne Verständigung mit der breiten Allgemeinheit der Wähler nicht dazu berufen ist, eine maßgebende Meinung über die Tätigkeit des einschlägigen Abgeordneten oder Herrenhausmitgliedes abzugeben.

Die Ausführungen des Fürsten Radziwill sind klar und für jeden verständlich, wer sie verstehen will. Sie beweisen seine Loyalität gegenüber der eigenen Volksgemeinschaft und den heißen Wunsch, daß von dieser Volksgemeinschaft das schwere Joch der Ausnahmegelese genommen werde — als erster Schritt auf dem Wege zur Erreichung der erwünschten Freiheit. Wer diesen Schritt nicht anerkennen will, mit dem ist schwer, über Solidarität zu diskutieren."

Der Lissaer „Kraj“ vom gleichen Tage knüpft an den Brief des Fürsten Radziwill folgende Bemerkung:

„Heute wollen wir nur kurz feststellen, daß der „Dziennik Kujawski“ gelegentlich der Veröffentlichung des Briefes des Fürsten Radziwill Einzelheiten aus vertraulichen Beratungen der Fraktion verrät. Es verlohnte sich, zu untersuchen, wer das Blatt über diese Einzelheiten unter Verletzung des Fraktionsgeheimnisses unterrichtet hat.“

Aus Nr. 207 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 11. September 1917.

Der Dziennik Kujawski beschäftigt sich zum wiederholten Male mit der Person des Fürsten Radziwill und führt aus Anlaß seines Auftretens im Herrenhause folgendes aus:

Das Recht und die Pflicht, seine Überzeugungen zu verteidigen, um seine Grundsätze zu kämpfen, dürfe unter keinen Umständen die Grenze überschreiten, auf welcher der Wegweiser mit der Aufschrift: die Gewissenhaftigkeit und die Pflicht, die Wahrheit zu sprechen — aufgestellt sei. Gewisse Bruchteile der polnischen Volksgesamtheit sündigten gegen die hauptsächlichsten Gebote des Gesetzes der nationalen Politik. Die letzten Vorkommnisse im österreichischen Teilgebiete, die Geschichte des vorläufigen Staatsrats im Königreich, die Tätigkeit eines gewissen Bruchteils der Rechte des preussischen Teilgebiets — gerichtet gegen die Politik der polnischen Parlaments-Vertreterenschaft, seien offenkundige Sünden gegen die Gewissenhaftigkeit und Wahrhaftigkeit.

Die Früchte dieser Gewissenlosigkeit und des Mangels an Wahrhaftigkeit sehe man sowohl in Berlin wie in Warschau, sowohl in Wien wie in Galizien. Und zu demselben Umstande führten die politischen Aktionen der polnischen Diplomaten von der Art Kulerskis, Rapierskis, Drucki-Lubeckis u. a., in deren Gesellschaft leider auch der altherwürdige Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Fürst Radziwill, zu finden sei. Die Polen wollten ihn zwar nicht beschuldigen, bewußt gegen die Hauptgebote der nationalen Politik aufzutreten. Der Greis scheine aber das Werkzeug in der Hand anderer zu sein. Seit seiner Rückkehr aus Rußland verschwinde sein Name nicht mehr aus den Spalten der polnischen Blätter, und in den Kreisen der Abgeordneten schienen seine politischen Schritte, wie aus den Zeitungen hervorleuchte, Unwillen und Mißheiligkeiten hervorzurufen. Der Standpunkt des Fürsten zum ehemaligen vorläufigen Staatsrate habe im schroffen Gegensatz zur programmatischen Politik der Fraktionen gestanden. Seine Drohung, er werde entgegen der Meinung der Fraktion seinen persönlichen Meinungen bei seiner Tätigkeit als Abgeordneter Ausdruck geben, sei eine Verletzung der Grundfesten des Gebäudes der polnischen nationalen Vertreterenschaft, deren Beschützung und Festigung gerade in diesen schweren Zeiten Hauptpflicht des Vorsitzenden der Fraktion sei. Das programmatische Auftreten des Fürsten Radziwill im Herrenhause ohne Willen der Fraktion, das auf ausdrücklichen Wunsch der Regierung vor den Fraktionen geheim gehalten worden sei, und das nicht nur mit den polnischen „Diplomaten und politischen Weisen“, sondern sogar mit Vertretern der Regierung und deutschen Politikern abgekartet gewesen sei, sei so etwas Unerhörtes, daß es die öffentliche Meinung im höchsten Maße habe entrüsten müssen. Die plötzliche Abreise des Fürsten aus Berlin nach dem Auslande ohne Zurücklassung der Anschrift sei den Fraktionen bei der Prüfung und Beurteilung dieses unerhörten Vorkommnisses hinderlich gewesen. Das eigenmächtige Streichen des Delegierten der Fraktion aus der Budgetkommission und die Einnahme seiner Stelle durch den Fürsten habe wiederum im höchsten Maße die öffentliche Meinung, welche seine Ansichten, die mit den Ansichten der Fraktion im Widerspruch stünden, kennen, beunruhigen müssen. Und das sei bereits zum wiederholten Male

geschehen. Die Polen zweifelten nicht an der Aufrichtigkeit der Worte der Fürsten, daß er diesmal nicht die Absicht gehabt habe, die Politik der Fraktion zu durchkreuzen aber die öffentliche Meinung habe sich im Hinblick auf die früheren politischen Schritte Radziwills beunruhigen müssen — und es sei Pflicht des „Dziennik Kujawski“ gewesen, Alarm zu schlagen.

Die Politik des Fürsten Radziwill verrate daß er das Polentum nach der früheren Art der polnischen Magnaten vertrete. Er habe gegen die Solidarität der Fraktion gesündigt. Die Fraktion repräsentiere nicht eine Provinz oder eine Volksschicht — sondern das ganze Volk. Deshalb müsse nach außen hin auch nur eine polnische Fraktion existieren. Unbedingte Solidarität nach außen hin und damit unbedingtes Sichunterordnen der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit sei harte Notwendigkeit. Das habe sehr wohl Fürst Drucki-Lubecki verstanden, als er aus der Fraktion ausgetreten sei, weil er gefühlt habe, daß er nicht den Repräsentanten nach dem Willen des Volkes darstelle; das habe auch Herr Dombek begriffen, der es vorgezogen, über sich selbst das härteste Urteil zu fällen, als die Solidarität zu brechen. Nur durch eine wohlgeordnete und solidare Fraktion könnten die Polen ihre politische Abgesondertheit und geistige Selbständigkeit bewahren.

Aus Nr. 207 des Kuryer Śląski (Gleiwitz)
vom 9. September 1917.

Die politische Richtschnur der polnischen Fraktionen in Berlin zur Zeit des Krieges — laut „Dziennik Kujawski“.

Es ist bekannt, daß der Fürst Radziwill seinerzeit im Herrenhause für den Schutz der Rechte der polnischen Volksgesamtheit eingetreten ist. Sein Auftreten hatte solchen Erfolg, wie ihn schon seit Jahren keine Rede eines polnischen Abgeordneten gehabt hat.

Man darf sagen, daß seit Jahrzehnten alle Anstrengungen der polnischen Fraktionen sich in der Richtung bewegten, die polnische Politik der preussischen Regierung zugunsten der polnischen Volksgesamtheit zu ändern. Die Fraktionen haben mehrfach erklärt, daß das ihr Hauptziel sei. In der Praxis war das sogar nur ihr einziges Ziel, denn mit anderen Angelegenheiten des Reichstages und des Landtages haben sie sich im allgemeinen wenig beschäftigt. In Vereinsversammlungen haben sie den Wählern gewöhnlich nur über polnische Angelegenheiten Vortrag gehalten und ihnen dargestellt, wie heiß sie für die Rechte der Volksgesamtheit gesprochen haben und mit Bedauern unter Vorwürfen festgestellt, daß ihre Stimme kein Gehör gefunden hat.

Auf einmal trat etwas Unerwartetes ein; infolge einer Rede des Fürsten Radziwill im Herrenhause erklärte die preussische Regierung, daß sie in den Sachen ein Entgegenkommen eintreten lassen werde, über die die Polen schon seit langen Jahren Klage führen.

Aber gleichzeitig trat noch ein zweiter unvermuteter Fall ein. Die nationaldemokratischen Zeitungen im Posenschen griffen den Fürsten Radziwill dafür, daß er die Fraktion nicht befragt hatte, ob er zum Schutze der polnischen Volksgesamtheit auftreten dürfe, in rücksichtslosster Weise an, anstatt — wie man erwartet hätte, über das Geschehene ihrer Freude Ausdruck zu geben. Sie sind sogar so weit gegangen, daß sie verlangen, daß der Fürst bestraft und ihm die Würde des Vorsitzenden der Fraktion entzogen werde.

Der „Dziennik Kujawski“, der den Feldzug gegen den Fürsten Radziwill hauptsächlich führt, wirt ihm vor, daß er „den Grundsatz der Solidarität der Fraktion verletzt“ habe, daß er durch sein Auftreten im Herrenhause zum Schutze der Rechte der polnischen

Volksgesamtheit „geradezu gegen den Willen der Allgemeinheit gewirkt habe“ und daß er „in solch anstößiger Weise in einen Widerspruch zu der Volksgesamtheit getreten sei, daß diese gegenwärtig kein Vertrauen haben könne“.

Ein einigermaßen logisch denkender Mensch wird sich an den Kopf fassen und fragen, was das alles zu bedeuten hat. Es steht doch fest, daß der Schutz der polnischen Volksgesamtheit in jedem Augenblicke und überall die höchste Weisung und Richtschnur ist. Einen höhern Grundsatz als diesen gibt es wohl nicht. Irgendwelche Rücksichten politischer oder parteilicher Natur können seine Wichtigkeit nicht vermindern und aus dieser Pflicht nie und nimmer ein Vorgehen gegen die polnische Sache machen.

Der Grundsatz der Solidarität der Fraktion ist nicht Sache einer prinzipiellen, sondern einer taktischen Bedeutung. Er ist seiner Zeit offenbar nur deshalb aufgenommen worden, um den Bemühungen der Abgeordneten vor allem um die nationale Sache einen möglichst hohen Grad der Kraft zu bieten. Es wäre aber ein Unsinn, wenn diese Solidarität den polnischen Abgeordneten dermaßen fesseln sollte, daß er von einer sich anbietenden Gelegenheit nicht Gebrauch machen und der polnischen Sache nicht einen reellen Dienst erweisen sollte.

Hat der Fürst Radziwill der polnischen Sache solchen Dienst erwiesen? Wer kann darüber der Tatsache gegenüber im Zweifel sein, daß er mit seiner Rede das erreicht hat, um das sich die Fraktionen Jahre lang vergeblich bemüht haben? Wie man angesichts solchen Erfolges wegen seines Auftretens ihm überhaupt einen Vorwurf machen kann, das kann ein vernünftig und real angelegter Mensch nicht verstehen. Wir tragen kein Bedenken, es offen zu sagen, daß er wenn er die nationale Solidarität auch gehemmt, unbeachtet gelassen hätte dadurch, daß es ihm gelungen ist, die Aufhebung der antipolnischen Gesetze zu veranlassen, eine große und nützliche Tat vollbracht hat, für die ihm für immer die Dankbarkeit der Volksgesamtheit gebührt.

Der „Dziennik Kujawski“ schreibt, daß die Berliner Fraktionen, „in der Zeit des Krieges der Ausdruck einer gewissen politischen Richtschnur geworden seien, die die Anerkennung der ganzen Volksgesamtheit gefunden habe“. Und weil es angeblich so ist, war das Auftreten des Fürsten Radziwill gegen diese Richtschnur gerichtet. Wir haben allerdings nicht wahrgenommen, daß die Fraktion „in der Zeit des Krieges“ eine gewisse politische Richtschnur hätte. War diese Richtschnur im Falle ihres Bestehens aber eine solche, daß sie einem polnischen Abgeordneten nicht gestattete, die Aufhebung der antipolnischen Gesetze zu fordern? Gestattete sie nicht, die Verbesserung der Lage der Polen in Preußen anzustreben? Die ganze Logik des „Dziennik Kujawski“ führt zu solcher Schlußfolgerung. Aber in solchem Falle wäre unserer Ansicht nach jeder Abgeordnete, der seiner höchsten Pflicht genügen will, verpflichtet, die Solidarität der Fraktion zu durchbrechen, weil ihre gefesselte Form für das Wohl der Sache ein Hindernis ist. Wir hoffen aber, daß die Ansicht des „Dziennik Kujawski“ nicht die Ansicht der Fraktion ist.

Aus Nr. 204 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 8. September 1917.

Die Entstellung der polnischen Sprache.

Es gibt wohl in Europa, ja sogar in der ganzen Welt kein Land, wo die Sprache der Ortsbevölkerung in der Weise entstellt würde, wie in Oberschlesien. Für diese Entstellung der polnischen Sprache sorgen dort die Behörden und ihre Organe, die Staats- und Kommunalbeamten, die Privatbeamten sowohl auf dem

Land, als auch in den Hütten, Fabriken und Bergwerken, sowie in den vielen anderen großen industriellen Unternehmungen. Am empfindlichsten und am schädlichsten wirkt jedoch diese Entstellung, wenn sie von Geistlichen ausgeht. Und es schrecken vor ihr mit wenigen löblichen Ausnahmen weder die deutschen, noch diejenigen Geistlichen zurück, die geborene Oberschlesier sind. Die Entstellung von dieser Seite her wirkt deswegen am schädlichsten, weil das obereschlesische Volk nur wenig darauf acht gibt, wie sich ein Beamter, ein Gendarm oder ein Steiger ausdrückt, dafür aber um so mehr Gewicht darauf legt, wie ein Geistlicher zu ihm spricht, der nicht nur in Versammlungen Reden hält, sondern auch in der Kirche von der Kanzel her und im Beichtstuhl das Wort Gottes verkündet. Von der obereschlesischen Geistlichkeit muß man im allgemeinen sagen, daß sie aus Furcht oder Bequemlichkeit für die nationale Ausbildung des schlesischen Volkes nur sehr wenig tut. Darüber hat sich schon Lompa beklagt, und seit der Zeit hat sich die Lage bis heute nicht viel zum Bessern verändert. Es gibt zwar in dieser Hinsicht löbliche, allgemein bekannte Ausnahmen, aber sie vermögen an der allgemeinen Lage grundsätzlich nichts zu ändern. Die obereschlesischen Geistlichen bilden auch nach dieser Richtung hin einen gewaltigen, geradezu beispiellosen Gegensatz zu den polnischen Geistlichen in den polnischen Landesteilen Preußens, vor allem in der Provinz Posen und in Westpreußen. Das ist eine betäubende, aber auf Wahrheit beruhende Tatsache. Die Verhältnisse sind nämlich sogar in Ermaland besser als in Oberschlesien.

Die obereschlesischen Geistlichen geben dadurch, daß sie die polnische Sprache nicht korrekt sprechen lernen und sie auf jedem Schritt und Tritt entstellen, nicht nur dem obereschlesischen Volke Ärgernis und ein schlechtes Beispiel, sondern sie bieten zugleich auch Gelegenheit zur Verhöhnung der polnischen Sprache von seiten solcher Elemente, die zu diesem Zwecke sogar einen besonderen obereschlesischen Jargon konstruiert haben. Wir besitzen nämlich von solchen Elementen Fabrikate, die in sprachlicher Hinsicht geradezu Monstra sind.

Aus Nr. 202 des Oredownik (Posen)
vom 6. September 1917.

Aus welchem Grunde?

Wir erhalten folgendes Schreiben: Der polnische Schüler Marjan Laszkowski, der die VI. Klasse der Comenius-Schule in Posen besucht, wird in dieser Schule als Deutscher behandelt, und er muß deswegen am deutschen Religionsunterricht zusammen mit den deutschen Kindern teilnehmen. Wir fragen nun: Aus welchem gesetzlichen Grunde geschieht das? Dieser Knabe ist doch polnischer Nationalität; er betet zu Hause sein „Vater unser“ polnisch, und ebenso verrichtet er alle seine Gebete in der Kirche in der polnischen Sprache. Deutsch versteht er nur so viel, als er sich eben an den Sätzen, die er seinem Lehrer und seinen deutschen Mitschülern hat nachhaken müssen, gemerkt hat. Selbst manche von diesen Sätzen versteht er gar nicht. Nach dem Lehrplan für die Posener Volksschulen, der ja doch von der Regierung in Posen bestätigt ist, hat „der katholische Religionsunterricht die Aufgabe, die Kinder zu befähigen, mit Verständnis am kirchlichen, wie am häuslichen Gottesdienste teilzunehmen“. Diese wichtige Verordnung der Schulbehörde findet auf den Schüler Marjan Laszkowski keine Anwendung. Dadurch wird aber die religiöse Erziehung dieses Schülers in hohem Grade benachteiligt. In dem gegenwärtigen Vierteljahr wird z. B. mit den deutschen Kindern der VI. Klasse im Katechismus gerade die Lehre von den Geboten Gottes durchgenommen. Da muß sich doch

jeder unparteiisch denkende Mensch sagen, daß ein polnischer Schüler, der sich sogar über die einfachsten Dinge in der deutschen Sprache nicht auszudrücken vermag, die Bedeutung der Gebote Gottes nicht begreifen wird, wenn sie ihm in einer fremden Sprache erklärt werden. Denn ein rein mechanisches Wiederholen derselben Worte kann diesen Zweck unmöglich erreichen. Vor einer solchen Lehrmethode warnt übrigens der Ministerialerlaß vom 31. Januar 1908, der i. Z. an alle untergeordneten Schulbehörden unter dem Namen „Weisungen“ erlassen wurde. Die betreffende Stelle in dieser Verfügung lautet kurz: „Geistloses Erlernen soll nicht Platz greifen.“

Befügt aber die Comeniuschule in Posen etwa noch über einen anderen ministeriellen Erlaß, auf den sie sich hätte stützen können, als sie den erwähnten Schüler im Religionsunterricht einer deutschen Abteilung überwies? Sicherlich wohl nicht. Die Sache verhält sich also in Wirklichkeit in folgender Weise: Im Jahre 1914 hat der Stadtschulinspektor in Posen im Einverständnis mit dem Posener Magistrat den Religionsunterricht in der polnischen Sprache für den zweiten Jahrgang im stillen aufgehoben. Der Kultusminister hat dagegen nachher angeordnet, daß diese Verfügung zurückzunehmen sei. Diese ministerielle Verfügung wurde nun im Prinzip befolgt. Da aber einige Lehrer, die der polnischen Sprache mächtig waren, von der Erteilung des polnischen Religionsunterrichts überhaupt befreit wurden, und da man bei anderen Lehrern den Nachweis zu führen suchte, daß sie die polnische Sprache nicht genügend beherrschten, so sind jetzt infolgedessen alle Abteilungen für den katholischen Religionsunterricht, in denen sich polnische Schüler auf der untersten Stufe befinden, außerordentlich und derart überfüllt, daß in ihnen die von der Schuldeputation und vom Magistrat für eine Abteilung bestimmte normale Höchstzahl von Schülern (52,5) bei weiten überschritten wurde. Um nun angeblich in dieser Hinsicht einen Ausgleich zu schaffen, fing man an, beim Religionsunterricht hier und da polnische Kinder den auf der untersten Stufe sehr schwach besuchten deutschen Abteilungen einzureihen. Darauf stützt sich eben jene „rechtliche“ Grundlage, daß jetzt dem polnischen Schüler Marian Laszkowski die Lehre von den Geboten Gottes in einer ihm fremden, nämlich in der deutschen Sprache erklärt wird. In gut unterrichteten Kreisen, denen dieser Vorfall ebenfalls bekannt ist, wird übrigens erzählt, daß dasselbe Schicksal auch anderen polnischen Kindern aus ähnlichen Gründen beschieden ist, wobei ebenso eigenmächtig verfahren wird.

Allerdings ruht die Ortschulaufsicht über die Comeniuschule in den Händen eines Protestanten. Ebenso ist auch der Kreisschulinspektor, dem sämtliche Volksschulen in Posen unterstehen, evangelisch. Er stammt aus Westfalen. Aber selbst die Protestanten achten doch sehr darauf, daß ihren eigenen Kindern der Religionsunterricht, der für die Erziehung der Kinder von so großer Wichtigkeit ist, in ihrer Muttersprache erteilt werde. Die Absicht, mit welcher man gerade bei der Behandlung der polnischen Kinder von diesem üblichen Grundsatz abgeht, ist durchsichtig. Ist sie aber auch gerecht? Geistlicher M.

Aus Nr. 205 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 9. September 1917.

Aus Westpreußen.

Aus Tuchel wird uns mitgeteilt, daß von dem dortigen Pfarrer beim Vorbereitungsunterricht für die hl. Sakramente diejenigen Kinder, welche die Normalschule am Lehrerseminar besuchen, der deutschen Abteilung überwiesen werden. Das geschieht zweifellos

auf Wunsch des Seminardirektors. übrigens suchen die Schulinspektoren und die ihnen gefügigen Lehrer und Inspektoren, vor allem aber diejenigen unter ihnen, die deutsch und protestantisch sind, die polnischen Kinder schon seit vielen Jahren dazu zu bewegen, daß sie sich beim Beichtunterricht den deutschen Abteilungen anschließen. In einem Dorf hat sogar ein Lehrer, der selbst Pole und Katholik ist, eine Remuneration dafür erhalten, daß in seiner Schule viele polnische Kinder sich der deutschen Abteilung angeschlossen haben. In welcher Sprache aber die Kinder zu den Sakramenten vorbereitet werden sollen, darüber haben nur die Eltern dieser Kinder zu bestimmen. In einer Stadt bin ich selbst dabei gewesen, wie ein Schulinspektor während des Religionsunterrichts in die Klasse trat und sich bei den Kindern besonders erkundigte, welche von ihnen am polnischen Beichtunterricht teilnahmen. Es meldete sich der größere Teil der Kinder. Als der Schulinspektor dann weiter fragte, warum sie an diesem Unterricht teilnahmen und auch den Beichtunterricht nicht in derselben Weise, wie in der Schule lernten, antwortete unverzagt ein kleines Mädchen: „Mein Vater wünscht, daß ich polnisch lerne.“ Ebenso antworteten auch die anderen Kinder. Weitere Fragen des Herrn Schulinspektors erwiesen sich dann als zwecklos. Wenn der Seminardirektor polnische Kinder in die Normalschule nur unter der Bedingung aufnehmen will, daß sie sich später am deutschen Beichtunterricht beteiligen, so mögen die Eltern auf diese Schule verzichten und ihre Kinder lieber in die städtische Schule schicken. Dabei mögen sie ihre Kinder selbst polnisch lesen und schreiben lehren. Ich bürgte dafür, daß dann kein Geistlicher, wenn er auch ein noch so eifriger Deutscher wäre, sich weigern wird und auch nicht weigern kann, die polnischen Kinder in polnischer Sprache zu den Sakramenten vorzubereiten. Mir kommt es übrigens auch sehr unwahrscheinlich vor, daß der Pfarrer Wegner aus Tuchel ein so eifriger Germanisator sein sollte. Ich habe nämlich selbst seine Trauerrede bei der Beerdigung des Geistlichen Frydrychowicz in Oliva gehört, da sprach er fließend und korrekt polnisch.

Aus Nr. 202 des Ogródnik (Posen)
vom 6. September 1917.

Ein neues industrielles Unternehmen.

Am 3. September nachmittags wurde von einem Kreise von Landwirten und Industriellen ein neues industrielles Unternehmen ins Leben gerufen, das den Namen: „Centrala Drzewna, G. m. b. H.“ (Holzentrale, G. m. b. H.) trägt, und sich mit Holzhandel befassen wird. Die erste Versammlung fand in der Verbandsbank der polnischen Genossenschaften statt. Den Vorsitz führte Dr. Thaddäus Szuldrzynski aus Bolechow, der zugleich Vorsitzender des landwirtschaftlichen Zentralvereins ist. Den Justizrat Eichowicz vertrat als Notar Rechtsanwalt Dr. Slawski. Es wurden Referate gehalten von Herrn Paczynski, Oberförster in Babki und von Dr. Englisch. Nach der Diskussion, die sich diesen Referaten anschloß, wurde die Gründung einer Genossenschaft beschlossen. An der Diskussion haben sich folgende Herren beteiligt: Kammerherr Roman v. Komierowski aus Niezychowo, Zuckerfabrik-Direktor Stefan Grabski aus Kruschwitz, Graf Marzell v. Zoltowski = Godurowo, Rechtsanwalt Ratajski = Posen, Miecislau v. Chlapowski-Sobiechuch, der Kurator des Verbands der Erwerbsgenossenschaften Geistlicher Adamski aus Posen, Graf Dambski = Dobieszewice, Rivoli aus Posen, v. Loffow = Grabonog, Dr. Sigismund Celichowski = Kurnik, der Vorsitzende der Versammlung und die Referenten. Das Aktienkapital beträgt 100 000 Mark,

und zur Zeit wurde ein Umsatzkapital von einer halben Million Mark zugesichert. — Das Interesse an dem neuen Unternehmen war sehr groß. So wurde das Aktienkapital in der Weise vergriffen, daß diejenigen Herren, welche größere Summen gezeichnet haben, einen Teil derselben an andere Reflektanten abtreten mußten, damit auch diese sich an dem neuen Unternehmen beteiligen könnten.

Zu Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden gewählt: der Kurator des Verbands der Genossenschaften, Adamski, Kammerherr v. Komierowski, Oberförster Paczynski und Dr. Thaddäus Szuldrzynski. Zum Leiter des neuen Unternehmens wurde Boleslaus Kurzynski aus Bromberg bestimmt, der seit mehr als 30 Jahren sich als Fachmann mit dem Verkauf von Wäldern und mit Holzhandel beschäftigt. Das neue Unternehmen wird am 1. Oktober d. J. in Tätigkeit treten. Seinen Sitz wird es in Posen haben. Wir rufen dem neuen Unternehmen, das uns so erwünscht kommt, ein „Glück auf!“ zu.

Aus Nr. 206 des Orędownik (Posen)
vom 11. September 1917.

Die Gründung der Handwerker-genossenschaft „Hurtownia Skór“ (Leder-Engros-lager) e. G. m. b. H. in Posen.

In der Delegiertenversammlung des Verbandes der Industrievereine wurde schon früher die Notwendigkeit der Gründung von Genossenschaften zum Ankauf von Rohstoffen anerkannt und ein dementsprechender Beschluß gefaßt. Im Sinne dieses Beschlusses hat der Vorstand des Verbandes der Industrievereine am Sonntag eine Versammlung der Schuhmacher und der ihnen verwandten Handwerker zwecks Gründung eines Leder-Engros-lagers einberufen. Die Versammlung fand im „Hause der Königin Hedwig“ statt. Sie wurde von dem Vorsitzenden des Verbandes-vorstandes der Industrievereine Filipowicz eröffnet. Die Leitung der Versammlung übernahm Rechtsanwalt Cyrill Ratajski. Nach einer entsprechenden Ansprache erteilte dieser das Wort dem Verbandsvorsitzenden Filipowicz. Dieser lud zunächst den Kurator des Verbandes der Erwerbsgenossenschaften Kanonikus Adamski an den Vorstandstisch und begrüßte ihn als den erfahrenen Organisator der Erwerbsgenossenschaften. Dann wies er in einem längeren Vortrage darauf hin, daß es notwendig sei, Genossenschaften zum Ankauf von Rohstoffen schon jetzt zu gründen. Nach dem Kriege werde man nämlich sofort an die Arbeit herantreten müssen. Die Handwerkerkreise, mit denen der Vorstand des Verbandes in dieser Hinsicht konferiert habe, hätten sich auch bereitwillig erklärt, den betreffenden Organisationen beizutreten. Die polnische Volksgemeinschaft habe bis dahin die Bedeutung der Genossenschaften unterschätzt. Deswegen sei es jetzt die höchste Zeit, auf diesem Gebiete mit der Arbeit zu beginnen. Redner erklärte weiter, daß die Genossenschaften zum Ankauf von Rohstoffen sowohl aus moralischen, als auch aus finanziellen Gründen sich dem Kuratorium des Verbandes der Erwerbsgenossenschaften anschließen würden. Zum Schluß mahnte Redner noch daran, zu Leitern der Genossenschaft erfahrene und zuverlässige Männer zu wählen. An der Diskussion beteiligte sich eine ganze Reihe von Rednern sowohl aus der Stadt selbst, als auch aus der Provinz. Sie waren alle mit der Gründung einer Genossenschaft einverstanden. Der Kurator Adamski machte außerdem noch auf die Mängel der früheren Handwerker-genossenschaften aufmerksam. Er wies nach, daß jene Genossenschaften diesen Mängeln zu verdanken hatten, daß sie sich nicht länger halten konnten. Sie hätten nämlich vor allem

keine genügende finanzielle Grundlage gehabt; die Anteile wären zu niedrig bemessen gewesen, und den Genossenschaften hätten sich überwiegend nur kleine Handwerker angeschlossen. Eine Handwerker-genossenschaft müsse nicht allein aus guten Handwerkern bestehen, sondern sie müsse zugleich in kaufmännischer Hinsicht vorzüglich organisiert sein. Solche Genossenschaften könnten dann allen Handwerkern Nutzen bringen, selbst wenn letztere ihnen nicht angehören sollten.

Dr. Hacia fügte noch hinzu, daß an dem Nichtgelingen unserer Handwerker-genossenschaften früher auch ihr lokaler Charakter sowie die gegenseitige Mißgunst schuld waren.

Nachdem noch einige Reden gehalten waren, wurde beschlossen, eine Genossenschaft mit dem Sitz in Posen zu gründen. Die Anteile sollen 1000 Mark betragen und ebensoviel die Haftpflicht. An der Zeichnung haben sich 31 Personen beteiligt. Die Firma der Genossenschaft wird lauten: „Hurtownia Skór (Leder-Engros-lager), e. G. m. b. H.“ Das offizielle Organ der Genossenschaft wird der „Orędownik“ sein. In den Aufsichtsrat wurden von den Anwesenden folgende Herren gewählt: Cyrill Ratajski als Vorsitzender, — Theodor Filipowicz als Stellvertreter des Vorsitzenden, — Johann Jamara als Schriftführer, und außerdem folgende Herren: Johann Zablocki, Johann Przybylski, Eduard Mazurkiewicz, Sawarzynski aus Schrimm, Szulczynski aus Pleschen und Bock aus Samter. Der Vorstand setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Maximilian Zablocki, Stanislaus Poprawski und Ludwig Miklajzewski.

Aus Nr. 203 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 7. September 1917.

Die Rechte der Arbeiter aus dem Königreich gegenüber dem Arbeitgeber im Bereich des V. Armeekorps.

Aus juristischen Kreisen erhalten wir den nachstehenden Artikel:

Von vornherein bemerken wir, daß wir in dem nachstehenden Beitrage nur die zivilrechtliche Seite des Verhältnisses des Arbeiters aus dem Königreich Polen gegenüber dem Arbeitgeber behandeln werden. Das Verhältnis zu den Militärbehörden, das keine rechtliche Grundlage besitzt, schließen wir aus unseren Betrachtungen aus.

Jedes Bestreben, das rechtliche Verhältnis unseres Arbeiters, soweit er Untertan des Königreichs Polen ist, aufzuklären, muß sich naturgemäß darauf beschränken, die Sache gemäß den im Bezirk jedes einzelnen Korps herrschenden Verhältnissen darzustellen, da jeder der 25 kommandierenden Generäle, welche heute im deutschen Reiche die höchste Gewalt ausüben, in dieser Hinsicht abweichende Bestimmungen getroffen hat. Das Recht, die Arbeiterfrage zu regeln, schöpfen die Generäle aus dem preussischen Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juli 1851, das in die Reichsverfassung übernommen worden ist. Wenngleich das erwähnte Gesetz, welches die Exekutivgewalt den militärischen Chefs überträgt, im § 9 b die von diesen Chefs erlassenen Verbote nur beiläufig erwähnt, so schreibt nichts destoweniger die Praxis der Militär- und in der Folge auch der Gerichtsbehörden den Kommandierenden Generälen direkt gesetzgeberische Rechte und die daraus resultierende Berechtigung zu Änderungen an den bisher durch die Gesetze verbürgten rechtlichen Verhältnissen zu treffen. Mit einem Worte, es ist tatsächlich mit dem Augenblicke der Verkündung des Kriegszustandes eine militärische Diktatur der Kommandierenden Generäle ins Leben getreten, wie sie im Wortlaut des Gesetzes keineswegs vorgesehen ist.

Mit diesem tatsächlichen Zustande muß man rechnen, und das Anfechten der Gültigkeit der Anordnungen, die übrigens von bedeutenden Juristen in Frage gestellt wird, hat keine Aussicht auf Erfolg.

Das stellvertretende General-Kommando des V. Armeekorps hat unterm 24. Januar 1917 (Amtsblatt der Pos. Reg. S. 55) in Sachen der Arbeiter eine kurze Verfügung erlassen, die wir nachstehend wiedergeben. (Es folgt der Wortlaut der § 1 und 2 dieser Verfügung; dann schreibt der „Kurjer“ weiter:)

„Von den ersten Worten der Verfügung an erwachen Zweifel, ob die Arbeiter aus dem Königreich streng genommen dieser Verfügung unterliegen.“

Das russische Recht hat eine besondere Untertanenschaft des Königreichs Polen (§ 3 des Bürgerl. Gesetzbuchs für das Königreich Polen) anerkannt, und das deutsche Reichsgericht hat durch Erkenntnis vom 26. April 1917 (Jurist. Wochenschr. 1917 S. 722) ausdrücklich dem beigestimmt. Das Königreich Polen ist — vom Gesichtspunkt des deutschen Rechts aus — heute schwerlich als feindlicher Staat zu betrachten. Zieht man die Sonderstellung der Untertanenschaft des Königreichs Polen in Betracht, dann kann die Verfügung vom 24. Januar 1917 auf die Belgier, Franzosen usw., nicht jedoch auf die polnischen Untertanen des Königreichs Polen bezogen werden. Leider muß zugegeben werden, daß die Verfügung offenbar gegen die polnischen Arbeiter gerichtet ist, und daß die Behörden sie entgegen dem Buchstaben, aber im Sinne der Intention anwenden.

Was den Inhalt der Vorschrift selbst betrifft, so verbietet er die „Einstellung einer Arbeit, zu welcher die Arbeiter gesetzlich verpflichtet sind“. Wenn man die Bedeutung dieses Satzes aufklären will, so muß man prüfen, welche gesetzlichen Grundsätze auf die Verpflichtungen der Arbeiter aus dem Königreich Polen gegenüber dem Arbeitgeber anzuwenden sind. Nun, im Grunde genommen keine anderen, als bezüglich des Arbeitsvertrages eines Arbeiters, welcher Untertan des Deutschen Reiches ist, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die Arbeiter, welche Untertanen des Königreichs Polen sind, dem Gesetze betreffend den „Hilfsdienst für das Vaterland“ nicht unterliegen. In der Theorie — überwiegend nur in der Theorie — sind sie freie Arbeiter geblieben, welche nach Belieben Arbeitsverträge abschließen. Die Verträge der Industriearbeiter fallen somit unter die deutsche Gewerbeordnung. Soweit somit ein Arbeitsvertrag keine abweichenden Vorschriften enthält oder nicht für längere Zeit geschlossen ist, kann man ihn mit 14 tägiger Frist kündigen. (§ 122 der Gewerbeordnung.) Ohne Aufkündigung darf der Arbeiter die Arbeit einstellen aus den im § 124 d. Gew.-Ordn. aufgezählten Gründen, von denen wir die Bedrohung des Lebens und der Gesundheit des Arbeiters hervorheben, oder auf Grund des § 123 der Gew.-Ordn., welcher die Aufkündigung aus wichtigen Gründen zuläßt, in der Annahme, daß der Arbeitsvertrag mindestens auf 4 wöchentliche oder auf längere als 14 tägige Kündigung geschlossen wurde. Das Unrecht, das dem Arbeiter allgemein geschieht, beruht darauf, daß der Arbeitgeber den Arbeiter nicht aus dem Dienst entläßt, ungeachtet dessen, daß der Arbeitsvertrag gemäß den oben angeführten Grundsätzen der Gewerbeordnung als abgelaufen zu betrachten ist.

Am öftesten kommt gewiß der Fall vor, daß ein Arbeiter nach 14 tägiger Kündigung die Arbeit aufgibt; der Arbeitsvertrag ist im Sinne des § 122 der Gewerbeordnung als erloschen zu betrachten. Es fällt somit gemäß der Verordnung vom 24. Januar 1917 ein Arbeiter nicht unter sie, der, nachdem er nach 14 Tagen die Arbeit gekündigt hat, sich weigert, weiter zu arbeiten, da er nur eine Arbeit verweigert, zu welcher er nach dem Erlöschen des Arbeitsvertrages nicht mehr verpflichtet ist. Unseres Erachtens darf in

diesem Falle das Einschreiten der Polizei im Sinne des § 2 Absatz 1 nicht mehr platzgreifen.

Denn der erste Absatz der Verordnung verbietet, wie wir gezeigt haben, nur die Einstellung der Arbeit ohne hinlänglichen Grund während der Dauer des Kontraktes, der zweite Absatz beläßt den Polizeibehörden die Entscheidung darüber, ob der Grund ein ausreichender war. Die Polizeibehörde entscheidet somit nur dann, wenn der Arbeiter während der Dauer der Geltung des Arbeitsvertrages ohne einen in der Gewerbeordnung anerkannten Grund die Arbeit einstellt.

Soweit es sich somit um die Feststellung handelt, ob der Arbeitsvertrag auf Grund der Gewerbeordnung erloschen ist, unterliegt dies der Zuständigkeit der ordentlichen bürgerlichen oder Gewerbegerichte.

Daß die Arbeiter aus dem Königreich Polen in einem Prozesse die Zubilligung des Armenrechts verlangen können, daran ist nicht zu zweifeln, da die Untertanen des Deutschen Reiches sich heute im Königreich Polen des entsprechenden Rechtes erfreuen.

Wenn somit ein Arbeitgeber von vornherein erklärt, daß er die Kündigung nicht anerkenne, so empfehlen wir, um sich den Beweis zu erleichtern, dem Arbeitgeber nochmals mittels eingeschriebenen Briefes zu kündigen und sodann einen vorläufigen Gerichtsbeschluß zu beantragen, welcher die Einstellung der Arbeit gestattet. (§ 930 der Zivilprozeßordnung.) Die Notwendigkeit eines vorläufigen Gerichtsbeschlusses ist mit der Tatsache zu begründen, daß die Polizeibehörden die Gewohnheit angenommen haben, jeden Arbeiter aus dem Königreich Polen zu verhaften, sobald der Arbeitgeber mitteilt, daß der Arbeiter gegen seinen — des Arbeitgebers — Willen die Arbeit eingestellt habe.

Wir wollen uns ins Bewußtsein rufen, daß es sich nicht immer als möglich erweist, klagbar zu werden, jedoch meinen wir, daß, — sei es auch nur eine mehrmalige Durchführung solcher Sachen, eine gewisse Remedur schaffen kann.

Ein Arbeitgeber, welcher trotz Kündigung in brutaler Weise mittels Drohung den Arbeiter zwingen will, im Dienste zu verbleiben, macht sich der Nötigung schuldig. (§ 231 Strafges. B.) In krassen Fällen gilt es, den Strafantrag nicht zu unterlassen.

Durch obige Ausführungen wollten wir zeigen, welche Wege die Vertretung der Rechte der Arbeiter in einem übrigens engen Bereich gehen kann.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus Nr. 430 des Goniec (Warschau)
vom 30. August 1917.

Aktive Politik.

Am 31. Juli d. Js. ist dem Vorstand der Liga des polnischen Staatswesens folgende Erklärung überreicht worden:

„Die Liga für das polnische Staatswesen hat sich in ihren Äußerungen und in den Anträgen, die im Hauptausschuß des „Zentrums“ am 29. Juli d. J. gestellt worden sind, vollständig von den Grundlinien ihres Programms entfernt.“

Die Entfernung von dem obengenannten Programm sehen wir in der obstruktiven Haltung gegenüber der Bildung des Heeres, im Übergang zu der Politik der sog. „Neutralität“ und in dem ungenügenden Widerstand gegen die Anarchie und Zerstörungssucht.

Die Unterzeichneten, die dem Programm der Liga des polnischen Staatswesens treu geblieben sind und die Fortführung dieses Programms in der Tätigkeit des Nationalen Zentrums und in den Beschlüssen seines Hauptausschusses erblicken, haben sich entschlossen, aus

der Liga auszutreten und sich mit dem Nationalen Zentrum zu gemeinsamer Arbeit organisch zu verbinden.

Diesjenigen, die im Sinne obiger Erklärung aus der Liga ausgetreten sind, haben sich zu einer Gruppe unter der Bezeichnung „Gruppe der aktiven Politik“ auf Grund folgender programmatischen Grundsätze zusammengeschlossen:

1. Wir streben nach Vereinigung der schöpferischen Kräfte des polnischen Volkes zum Zwecke des Aufbaues eines unabhängigen, mächtigen polnischen Staates.
2. Indem wir eine Dynastie für einen Faktor halten, der — namentlich in entstehenden Staaten — das Staatsleben einheitlich gestaltet, erklären wir uns für eine erbliche, konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage mit einer starken Regierung.
3. Indem wir das polnische Heer für die einzige tatsächliche Bürgschaft sowohl des Daseins des Staates, als auch des Einflusses des Volkes auf die staatliche Gestaltung und des Ansehens in den internationalen Beziehungen halten, erklären wir uns für eine sofortige Bildung des polnischen Heeres.
4. Wir streben nach einer möglichst baldigen Bildung einer polnischen Regierung aus staatschöpferischen Elementen, die zu energischem Aufbau des Staates und kräftigem Widerstande gegen die Anarchie fähig sind.
5. Indem wir auf dem Boden des Aktes vom 5. November stehen, befinden wir uns im Bündnis mit den Mittelmächten, ohne die der Bau des polnischen Staates gegenwärtig nicht möglich ist.

„Indem wir uns zu einer politischen Gruppe zusammenschließen“ — heißt es in der Erklärung weiter — „treten wir nicht mit einem neuen Programm hervor. Wir halten fest an dem Programm, das zu Anfang des Krieges in der Bildung der Legionen mit der Lösung des bewaffneten Kampfes gegen Rußland und im engen Bündnis mit den Mittelmächten seinen Ausdruck gefunden hat. In folgerichtiger Fortentwicklung sollte sich die Legionenat auf dem Hintergrunde des großen europäischen Krieges ausbreiten und vertiefen. Mit der Vertreibung der Russen aus den polnischen Gebieten hat unser Volk die Möglichkeit der Beteiligung an dem riesigen geschichtlichen Spiel unter gleichzeitiger Umgestaltung der Legionen zu einem polnischen Heere und mit der Aussicht auf weitere Beteiligung schon als selbständige Kraft im Anschluß an das mitteleuropäische Bündnis erlangt. Von den Legionen, die formell ein Teil des österreichischen „Landsturms“ waren, bis zum polnischen Heere, das gegen den alten Feind um seine östlichen Grenzen zu kämpfen hätte, war die Entfernung anfangs riesig groß. Aber diejenigen, die schon seit einigen Jahren vor dem Kriege das polnische Volk zu einem bewaffneten Kampfe gegen Rußland vorbereiteten und nur in einer solchen Stellung den Weg zur künftigen Befreiung und zur Wiedererweckung des Volkes sahen, zweifelten nicht daran, daß die Ereignisse selbst diese Entfernung in blitzartigem Tempo durchmessen werden, daß dasjenige, was in den ersten Tagen des Krieges in weiter, kaum erreichbarer Ferne zu liegen schien, sich später als die Konsequenz des heutigen Sieges über den jahrhundertlangen Feind Polens erweisen wird.“

Solche Hoffnungen leuchteten der Legionenat voran, und obwohl die Ritter dieser Tat ohne Versprechungen und Bürgschaften in den Krieg zogen, mußten und fühlten sie, daß sie um den Wiederaufbau Polens, um die Wiedererlangung der Freiheit und um die Verwirklichung dessen kämpfen werden, was dem bedrängten Volke das große europäische Ungewitter bringen konnte.

Der Verlauf der Ereignisse auf dem großen Schauplatz hat diese Hoffnungen im vollen Umfange bestätigt und den unwiderleglichen Realismus der Legionenat und seiner politischen Voraussetzungen gezeigt. Die Mittelmächte haben nach einjährigem Kampfe den Russen das Königreich Polen und einen bedeutenden Teil des historischen Polens abgenommen. Diese selben Staaten sind jetzt, entgegen den tatsächlichen oder heuchlerischen Befürchtungen, nicht den Weg der Annexion und der Teilung des eroberten Landes gegangen, sondern sie haben sich zu einer Politik entschlossen, deren Ausdruck der Akt vom 5. November gewesen ist.

Die Tatsachen haben der Richtigkeit und Zweckmäßigkeit der mitteleuropäischen und russenfeindlichen Orientierung recht gegeben. Sie haben bewiesen, daß nur auf diesem Wege der polnische Staat aufgebaut werden kann und daß es unmöglich ist, ihn auf irgend einem anderen Wege aufzubauen. Ohne wohlwollendes Einverständnis und ohne die Hilfe der Mittelmächte ist es unmöglich, ein polnisches Heer zu bilden oder auch nur das geringste staatliche Organ zu schaffen. In passivem Abwarten würde man nur die entscheidende Zeit nutzlos vorübergehen lassen und die Entscheidung dem zukünftigen Kongreß überlassen nachdem man diesem Kongreß einen deutlichen Beweis der mangelnden nationalen Lebensfähigkeit gegeben hat.

Aus Nr. 432 des Goniec (Warschau)
vom 21. August 1917.

Aktive Politik.

II.

Wie soll man sich die traurige Erscheinung der Ohnmacht der aktivistischen Gruppen und Parteien erklären und wo soll man den Grund suchen, der diese Parteien der klaren Richtlinie beraubt und auf Abwege gedrängt hat, wenn der antirussische Aktivismus aus der laufenden Wirklichkeit Rechtfertigung und Bestätigung schöpft?

Diese Ursache ist die geistig-moralische Atmosphäre der polnischen Volksgesamtheit. Außer den offenen russenfreundlichen Elementen, die offen bekennen, daß sie die russische Herrschaft einer Unabhängigkeit aus der Hand der Deutschen und Österreicher vorziehen, — hat die Mehrheit unserer Allgemeinheit sich schon daran gewöhnt, die politische Passivität nicht bloß als einen normalen Zustand, sondern als einen Beweis nationaler und bürgerlicher Tugend zu betrachten. Der naturgemäß mit den russenfeindlichen Mächten verbundenen bewaffneten Aktion stellte sie den „wahrhaft polnischen Standpunkt“ entgegen, d. h. die untätige Sehnsucht nach dem Frieden, nach einem Kongreß und nach einer internationalen Gerechtigkeit.

Auch in unserer Volksgesamtheit fehlt es nicht an politischen Scheinpolitikern, die der Ansicht sind, daß man sich auf waghalsige Unternehmungen nicht einlassen dürfe, sondern daß man den Krieg und sein unsicheres Schicksal abwarten und eine bestimmte Richtung erst dann einschlagen müsse, wenn sich die Lage hinlänglich geklärt hat.

Diese Passivität stellte der Tat der Legionen und den mit ihr verbundenen aktivistischen Richtungen von Kriegsbeginn an stillen Widerstand entgegen.

Diese gerieten schließlich in eine sehr schwierige Lage.

Um erfolgreich zu arbeiten, müssen die betreffenden Gruppen an der Volksgesamtheit eine Stütze haben. Sie müssen zahlreiche Kreise von Anhängern gewinnen und ringsherum eine wohlwollende Atmosphäre schaffen. Sie müssen jedoch eine grundsätzliche politische Richtungslinie innehalten, und sie dürfen ihre grundlegenden Bestrebungen nicht zu gunsten augenblicklicher Popularität opfern. Ihre Aufgabe ist, die Volksgesamtheit

samtheit zu führen und sich nicht von ihr drängen zu lassen.

Unsere aktivistischen Gruppen wollten sich ihre Aufgabe zu leicht machen. Sie wollten zu den breiten sozialen Kreisen eine Brücke schlagen, sie gingen mit der Passivität unserer Volksgemeinschaft ein Kompromiß ein, sie suchten in dieser Passivität die Merkmale einer tiefen Staatsraison und änderten, um ihr zu schmeicheln, den Inhalt ihrer eigenen Programme. Es fanden sich Politiker, die mit Erfolg die Ansicht verbreiteten, daß die Neutralität und die Passivität unser bester Trumpf seien, weil sie statt einseitiger Bürgschaft um die polnische Frage eine internationale Vizitation veranstalten, die ohne unser Zutun günstige Ergebnisse zeitigt.

Es hält nicht schwer, in dieser optimistischen, aber bequemen Auslegung Reminiszzenzen an die politischen Träumereien der Adelsmenge zur Zeit des Niederganges des polnischen Freistaates zu erkennen.

Man begann mit dem Kompromiß, aber man ging zugleich weiter. In dem Haschen nach billiger Popularität raunten sich die ehemaligen aktivistischen Gruppen so fest, daß sie ihre unsprüngliche Voraussetzung, ihre Hauptaufgabe vergaßen und vor der Passivität der Allgemeinheit kapitulierten. In dem Morast der Passivität versank der frühere Aktivismus der Gruppen, die sich mit der Legionenart solidarisierten.

Wir unterziehen uns der Arbeit des Wiederaufbaus des polnischen Staates und werden sie in der Richtung weiterführen, deren Voraussetzungen als zutreffend und deren Ergebnisse sich als fruchtbar erwiesen haben.

Da wir ausschließlich die nationale Sache im Auge haben und keinerlei Parteiaussichten suchen, wollen wir unsere leitenden Gedanken nicht den Aussichten einer billigen Popularität opfern und der polnischen Allgemeinheit offen sagen, was wir für unsere Sache als heilsam und verderblich erachten.

Jede Obstruktion ist verderblich, die im gegebenen Augenblick den Bau des polnischen Staates hemmt, sei es, daß sie einem vorsätzlich bösen Willen entspringt, sei es, daß sie eine Folge des Mangels an Entschiedenheit oder der Feigheit ist.

Gut ist, jede schöpferische Arbeit, die die Tätigkeit des polnischen Staates anregt und seine Organe bildet.

Allein entgegen der verbreiteten Meinung und den populären Weisungen behaupten wir entschieden, daß für uns nicht auf den Gebieten eine besondere Begeisterung und Eile geboten ist, „die zum Kriege in keiner Beziehung stehen“, sondern gerade auf denjenigen, die mit dem Kriege in enger und unmittelbarer Verbindung stehen.

Der Kriege hat die polnische Frage aufgerollt, seine erregten Wogen tragen sie weiter und sind ihre treibende Kraft. Die Bildung des polnischen Schul- und Gerichtswesens ist zweifellos eine notwendige und nützliche Sache, aber der eigentliche Hebel der polnischen Frage wäre der tätige Anteil der Polen am Kampfe zur Verteidigung und Befreiung des Vaterlandes. Dieser ist mit der Schaffung eines polnischen Heeres eng verbunden, welches das Fundament unseres Staatsgebäudes ist. Das Bewußtsein dieser Wahrheit war bei Beginn des Krieges ungleich lebendiger und ausdrucksvoller, als es jetzt ist. In den kleinlichen parteiischen Intrigen ist es stumpf und verdunkelt geworden.

Obgleich inzwischen drei Jahre des Krieges und zehn Monate unersetzlicher Arbeit verflossen sind, so ist es doch auch heute durchaus noch nicht zu spät, von der Notwendigkeit des Heeres zu sprechen. Es ist dies so zu verstehen, daß die Zivilverwaltung in das Gebiet der lokalen Autonomie gehören kann, aber das Fundament eines wirklichen Staates das eigene

Heer ist. Der unentbehrliche, kristallisierende Mittelpunkt aber, der das Volk sammeln, die Reife und Mannbarkeit der politischen Aufklärung beschleunigen kann, ist die eigene Dynastie. Die traurige Lage unserer innern Zersplitterung und unserer kollektiven Ohnmacht beweisen am besten, wie notwendig dieser Mittelpunkt ist.

Wir tragen keine Bedenken zu sagen: „Wer für Polen keinen Monarchen haben will, der will auch keinen polnischen Staat haben.“

Für die Entwicklung der polnischen Sache sind dies zutreffende kluge und praktische Weisungen, nicht wie die anderen, die zur Verwirrung der Sache, zum Vorteil Rußlands und der Entente dienen.

Mit Befriedigung muß unterstrichen werden, daß sich von der Liga die politisch intelligente und aktivistische Gruppe abgezweigt hat, die hoffentlich nicht politische Kunststücke machen, noch die Allgemeinheit mit bloßen Phrasen und demagogischen Schwänken speisen wird, um dadurch zum Schaden der nationalen Sache Popularität zu erlangen.

3.

Nr. 245 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 8. September 1917

bringt einen Leitartikel unter dem Titel „Vollendete Tatsachen“. Die Einnahme Warschaus und Rigas bedeute für Rußland den Verlust von Polen und des sogenannten Baltischen Landes. Von den Zentralmächten hänge heute einzig und allein ab, ob für die okkupierten Nationen Bedingungen geschaffen werden, welche sie voll befriedigen und ihnen jede Lust zur Rückkehr nach Rußland benehmen. Der Akt vom 5. November weist den Weg, den man beschreiten müsse. Dieser Akt habe Rußland gezwungen, sich mit dem Gedanken an die Unabhängigkeit Polens auszusöhnen, aber dieser Akt sei bis jetzt noch nicht realisiert. Infolgedessen könne Rußland immer noch hoffen, daß der polnische Staat mit ihm eine enge militärische Union schließen werde. Heute nach der Einnahme von Riga können die Zentralmächte einige prinzipielle politische Schritte vorwärts tun, damit Rußland sehe, daß auf den ihm entrissenen Territorien ein energischer Bau neuer Staaten beginne und täglich vorwärts schreite. Ein solcher Bau könne jedoch nur dann gelingen, wenn ihn die Landesbevölkerung mit eigenen Händen ausführt, also dann, wenn ihre Wünsche berücksichtigt werden. „Die Zentralmächte befinden sich in der Lage, daß sie mit dieser historischen Arbeit an dem Bau des neuen Europas bereits beginnen können. Polen, Weiß-Ruthenien, Litauen und Kurland — das sind Worte, hinter denen unbegrenzte Möglichkeiten und eine große Anzahl dieser oder anderer Kombinationen stecken... Die Zentralmächte können auf die Arena der Geschichte neue Völker führen, welche bis dahin nur die Rolle eines stummen Zeugen der geschichtlichen Ereignisse gespielt haben.“ Es ist anzunehmen, daß die Zentralmächte dieses tun werden. So bringt z. B. ein Telegramm die Nachricht, daß die Wünsche des ethnographischen Litauen und Kurlands berücksichtigt werden sollen. Die deutschen und österreichischen Regierungen haben schließlich erklärt, daß die Frage der polnischen Regierung bald gelöst werden und daß somit Polen in die Reihe der selbständigen und gleichberechtigten Staaten Europas treten werde. Die Zentralmächte wissen schon, daß das ganze Geheimnis der Politik darauf beruhe, daß diejenigen Völker, mit welchen sie friedlich zusammenleben wollen, erkennen müssen, daß man ihnen traue und daß sie selbst Veranlassung zum Vertrauen in Gestalt vollendeter realer Tatsachen besäßen.

(Aus Nr. 192 des Warschauer Tagesberichts vom 10. September 1917.)

Nr. 245 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 8. September 1917

bringt einen längeren Artikel über die Regentschaftsfrage und die Regierung und sucht in demselben die oft vertretene Meinung zu bekämpfen, die Regentschaft werde eine Regierung sein und müsse als solche mit der Parteigunst rechnen. Die Regentschaft — schreibt der Verfasser W. R. — werde keine eigentliche Regierung, sondern eine oberste Staatsbehörde sein, wie in anderen Ländern der Monarch oder der Präsident. Als solche müsse sie allerdings populär sein, doch dürfe sie gerade zu diesem Zwecke keine politische Verantwortung auf sich laden. Irrig sei auch die Meinung, der Regentschaftsrat werde mit dem zurücktretenden Staatsrate nichts zu tun haben. Ein den Passivisten so sympathisches „Vacuum“ dürfe und könne hier nicht eintreten, wie ja auch der Regentschaftsrat vom Staatsrat einberufen werde. Ihn selbst werde ein neuer Staatsrat und eine neue aus Ministern zusammengesetzte Regierung ersetzen. Um ihren Pflichten nachzukommen, werde die Regierung ein Einvernehmen mit den politischen Parteien und Gruppen herbeizuführen suchen; da aber eine Einstimmigkeit der öffentlichen Meinung, wenn sie überhaupt erwünscht ist, nur ein unerreichbares Ideal sei, so müsse sich die Regierung mit der Mehrheit, mit der „pluralitas“ begnügen, einem Begriff, den auch die polnische Verfassung vom 3. Mai als Grundstein ihrer reformatorischen Werke eingeführt habe. Die Frage steht offen, ob diese Mehrheit bei der bisherigen passiven Opposition, dem „Zwischenparteilichen Klub“, zu suchen sei. Seine bisherigen Lösungsworte „Nein“ und „Gar nichts“ würden dazu nicht ausreichen. „Entweder werden die Passivisten ihre bisherige Haltung beibehalten und eine neue Regierung würde ohne ihre Beteiligung entstehen, oder sie müssen ihre jetzige Stellung aufgeben.“ (Aus Nr. 192 des Warschauer Tagesberichts vom 10. September 1917.)

Nr. 237 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 3. September 1917

schreibt unter dem Titel „Zeitgemäße Betrachtungen“ u. a.: Seit dem Rücktritt des Staatsrats beginnt ein neuer Zeitraum in der polnischen Politik. Bei einem Rückblick auf den verfloffenen Zeitraum tritt das gegenseitige Verhältnis Polens und der Zentralstaaten in den Vordergrund. Den Polen wird Undankbarkeit vorgeworfen. Das ist ein Mißverständnis, das der Staatsrat hätte beseitigen können, wenn er eingesehen hätte, daß nur durch eine klare und kategorische Aufstellung der Forderungen der Gesellschaft das erwünschte Ziel in der Politik erreicht werden könne und daß nur auf diesem Wege ein gegenseitiges Einvernehmen möglich sei. Der Staatsrat hat dies nicht getan (Zensurlücke). Nun kommen wir zu dem neuen Zeitraum und hier muß vor allen Dingen der Legende von der „Undankbarkeit“ Polens ein Ende gemacht werden. Kein deutscher Politiker wird wohl ernsthaft behaupten wollen, daß die Zentralmächte den Novemberakt nur deshalb proklamiert haben, um der Idee der Gerechtigkeit zu genügen. Nein! Nur das wohlverstandene, eigene Interesse ist dabei maßgebend gewesen. Von diesem Standpunkte ausgehend, muß man auch bei anderen dieses wohlverstandene Interesse suchen und es mit den eigenen Interessen in Einklang bringen. Die polnische Gesellschaft erblickte in dem Novembermanifest nicht nur das Interesse der Zentralstaaten, sondern auch ihr eigenes und setzte auch bei der anderen Seite ein Verständnis dafür voraus. Leider ist dies nicht der Fall gewesen, denn die allgemein erwartete und angekündigte Übergabe der Regierung in die Hände der Gesellschaft kam nicht. (Zensurlücke) Es stiegen also Zweifel darüber auf, ob die Zentral-

staaten unsere Interessen verstehen, und die demokratische Linke zog sich vom Staatsrat zurück. Und hier entstand ein neues Mißverständnis. Dieser Schritt wurde so aufgefaßt, als ob er die vollständige Liquidierung der bisherigen Politik bedeuten würde. Dabei ist er lediglich eine Feststellung der Tatsache, daß die Politik in den bisherigen Bedingungen nicht geführt werden könne. Sollten sich jedoch die Bedingungen insofern grundsätzlich ändern, als unsere Interessen nicht nach der Auffassung Fremder berücksichtigt werden, sondern danach, was die Gesellschaft selbst verlangt, dann ist die Wiederaufnahme der gemeinsamen Arbeit durchaus möglich.

(Aus Nr. 190 des Warschauer Tagesberichts vom 7. September 1917.)

Nr. 239 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 5. September 1917

bringt unter dem Titel „Die goldene Brücke der Versöhnung“ einen Artikel, als dessen Motto folgendes Zitat aus der „Woss. Ztg.“ vom 2. d. M. angeführt wird: „Wir müssen aufrichtig sein und erklären, daß im Interesse Deutschlands ein starkes Rußland liegt, innerhalb dessen die fremden Völker sich ihres eigenen nationalen Lebens erfreuen, aber politisch im allrussischen Staate bleiben sollen.“

Dann heißt es weiter: „Das ist der letzte Ton, der deutlich durch die Gedanken der deutschen Politiker hindurchklingt. . . Die Revision der bisherigen Haltung Deutschlands in der Polenfrage steht im Vordergrund der deutschen Politik und erlebt eine ganze Odysee: Vom äußersten Liberalismus Polen gegenüber, durch die Politik der „eisernen Hand“ bis zu den frisch auftauchenden Vorschlägen der Rückgabe Polens an Rußland, was der obige Auszug aus der „Woss. Ztg.“ deutlich beweist. . . Der Verfasser dieses Artikels, Max Cohen-Meuß, befindet sich in idealer Übereinstimmung mit dem Fürsten Sichnowsky, der im „Berl. Tgbl.“ bescheiden bemerkt, daß eine Verständigung Deutschlands wohl mit den Polen, aber niemals mit dem Polentum möglich sei und der zu beweisen sucht, daß weder die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates, noch die Teilung Polens, noch seine völlige Angliederung an Deutschland oder Österreich im Interesse dieser Mächte liege, sondern daß eine dritte Lösungsmöglichkeit bestehe, die der Fürst nicht nennt, die aber unschwer zu erraten sei, nämlich: Polen an Rußland zurückzugeben. (Der Schluß des Artikels, ungefähr 26 Zeilen, ist von der Zensur gestrichen.)

(Aus Nr. 191 des Warschauer Tagesberichts vom 8. September 1917.)

Nr. 229 des Glos (Warschau)
vom 8. September 1917

bringt einen Leitartikel unter dem Titel „Res publica“. Bereits Kollontaj habe die Polen kurz nach der Teilung Polens vor der Anarchie gewarnt, welche die Polen zu Fall gebracht habe und bei ihnen eine Neigung zum Ungehorsam gegenüber dem Gesetz, zum Privathaber und zur Hintanhaltung des Staatswohls, der Res publica erzeugt habe. Der negative Patriotismus habe während der jahrhundertelangen Knechtschaft den positiven fast gänzlich unterdrückt. Auch heute noch ziehe man das Privatinteresse dem Interesse der Allgemeinheit vor. Jenes suche man mit der sogenannten Neutralität, mit Passivismus, politischer Vorsicht, mit hoher Diplomatie, internationaler Verbündung, Antimilitarismus und dergl. zu verschleiern aber im Grunde genommen liege darin nur die Selbstsucht. Das demokratische und unabhängige Polen

werde nur in dem Sinne verstanden, daß jeder frei von Opfern, Staatslasten und allem Zwang sein solle. Polen ohne Polizei, ohne Gerichte, ohne Strafe und Urteile und ohne Zwangsdienst, ja sogar ohne Bundesgenossen, denen man zu gegenseitigen Dienstleistungen verpflichtet wäre, und ohne Feinde, gegen die man sich wehren müsse das wäre für viele das Ideal eines unabhängigen, freien Lebens in Polen.

(Aus Nr. 192 des Warschauer Tagesberichts vom 10. September 1917.)

Aus Nr. 106 des Katolik (Beuthen)
vom 4. September 1917.

Die polnische Frage im gegenwärtigen Augenblicke.

Der „Katolik“ knüpft an die bekannte nach dem Rücktritt des Staatsrats abgegebene Erklärung der beiden Kommissare der Okkupationsbehörden folgende Bemerkungen:

In Wirklichkeit haben sich also in Sachen des Aufbaues des polnischen Staates die Verhältnisse gar nicht geändert. Die Bemühungen der Mittelmächte bewegen sich nach wie vor in der positiven Richtung der Bildung des Staates. Der polnische Aktivismus ist weder unterbunden noch vernichtet und darf seine Arbeit weiter führen wie bisher. Höchstwahrscheinlich wird er sie gegenwärtig noch freier und besser verrichten können.

Der sehr schnell und unter einer irrigen Voraussetzung erfolgte Rücktritt des Staatsrates kann, selbst wenn er an seinem Entschlusse festhalten sollte, die positive Arbeit an der Errichtung des Staates nicht unterbrechen. Denn er hat sein Amt in die Hände des Regentschaftsrats gelegt, der also das Recht hat, in der vom Staatsrate eingeschlagenen Richtung weiter zu wirken. Und überdies wird auch bald die polnische Regierung, eine wichtigere Körperschaft als der Staatsrat, entstehen. Während dieser nur die Aufgabe hatte, die Schaffung des polnischen Staates vorzubereiten, wird die polnische Regierung als eine nach innen und außen anerkannte Vertreterin dieses Staates regieren. Der wichtigste Zweck des Staatsrats war gerade, die Regierung vorzubereiten. Mit dieser Vorbereitung des Staates, mit der Bearbeitung der grundlegenden Staatsgesetze und deren Weitergabe an die Mittelmächte hatte der Staatsrat seine Hauptaufgabe erfüllt. Aus den Erklärungen der Vertreter der Mittelmächte ersehen wir auch, daß der Rücktritt des Staatsrates die Errichtung des Staates durchaus nicht aufhält.

Der Ruf der Nationaldemokraten und Sozialisten, daß der polnische Aktivismus Bankrott gemacht habe, ist also verfrüht. Wir haben sogar den Eindruck, daß alle diese Ereignisse den Aktivismus eher stärken als schwächen können.

Der „Kurjer Poznański“ stellt die Sache so dar, als ob der Staatsrat nach dem Ausscheiden der Linken an Ansehen und Einfluß bei dem Volke verloren habe. Wir sind dagegen der Ansicht, daß das Ausscheiden der Linken aus dem Staatsrate eine Wohltat war. Ferner sind wir der Ansicht, daß die Berufung der Linken in den Staatsrat bei dessen Bildung ein erstklassiger Fehler war. Das geschah im Namen eines gewissen „Liberalismus“, der sich den Liberalismus des Westens zum Muster genommen und erwartet hatte, daß die polnische Linke bei einer realen Arbeit positive Formen annehmen werde. Diese Annahme erwies sich als irrig, weil die polnische Linke sich von vornherein negativ verhielt, da der Kern ihrer Anschauungen negativ war und ist. Deshalb lastete sie auf der Arbeit an der Bildung der Regierung wie ein Stein und verhinderte dadurch jede positive Reflexbewegung. Ihr Austritt aus dem Staatsrate war also für dessen Arbeit eine

Erleichterung. Ihre ganze Negation zeigte sich nach ihrem Ausscheiden im vollen Umfange. Die Sprengung und Vernichtung alles Positiven — ist ihre Tätigkeit und ihr Werk. „Die Inkonsequenzen dieser keineswegs zahlreichen, aber rührigen und vor keinem Mittel zurückschreckenden Gruppe — so schreibt die „Nowa Reforma“, — der Größenwahn ihrer Leiter, die Naivität ihrer Berater und im Hintergrunde alles dessen die ungezügelte Sucht, über die ganze Volksversammlung zu herrschen, haben aus diesem Faktor ein Element der Destruktion und Vernichtung gemacht.“

Die Nationaldemokratie teilt zwar nicht grundsätzlich die destruktiven Tendenzen der Linken, allein sie geht gegenwärtig bei der Hemmung der Entwicklung der Bildung des polnischen Staates mit ihr Hand in Hand, weil sie ein von den Mittelmächten geschaffenes Polen nicht haben will. Sie benutzt die Linke als Sturmbock zur Vernichtung des Werks in der Hoffnung, daß sie die Erledigung dieser Angelegenheit verschleppen werde und ihre Hoffnungen sich inzwischen durch den Sieg der Entente der Verwirklichung nähern würden und sie dann selbst — nicht die Linke — den polnischen Staat bilden werde. Bemüht sie sich doch im Ausland, in der Schweiz, schon heute um eine polnische Regierung, die usurpatorisch ist, aber von sich behauptet, daß sie mit dem Willen des Volkes entstehe. Wiewohl sie im Königreiche die Bildung des Staates theoretisch bekämpft, gestattet sie ihren Anhängern dennoch, in dem von den Mittelmächten gebildeten Staate Amt anzunehmen. In dieser Tendenz zeichnet sie sich sogar durch eine besonders eifrige und vorsichtige Praxis aus. In dieser Beziehung ist sie aktiver als alle andern Parteien.

Die letzten Ereignisse im Königreiche ändern an unserer Ansicht über die Notwendigkeit der Errichtung des polnischen Staates und seiner Anlehnung an die Mittelmächte gar nichts. Wir haben im Gegenteil die Hoffnung, daß sie die Sache munter in Fluß bringen und zur Schaffung eines Werkes beitragen werden, das weder die Nationaldemokratie noch die Linke umstoßen können und das weder für die Aktivisten, noch für die Passivisten — sondern für das polnische Volk die Erfüllung der Wünsche von Geschlechtern sein wird.

Aus Nr. 204 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 6. September 1917.

Gegen die Selbständigmachung des Königreichs.

Gegen die zu dieser Frage in dem „Berliner Tageblatt“ und in der „Wijschen Zeitung“ gebrachten Artikel des Fürsten Lichnowsky, Max Cohens und Georg Bernhards wendet sich der „Dziennik Berliński“ folgendermaßen:

Der sozialistische Abgeordnete Cohen weist darauf hin, daß die Rolle der deutschen den russischen Sozialisten gegenüber in Stockholm eine sehr schwierige sein würde, wenn die Deutsche Regierung zur Absonderung von Gebieten beitragen sollte, die ehemals zu Rußland gehörten, d. h. wenn sie gegebenenfalls die Bildung eines selbständigen polnischen Staates unterstützen würde. Der Abg. Cohen scheint nicht zu wissen, daß sich die russischen sozialistischen Elemente, die sich um den Soldaten- und Arbeiterrat gruppieren, schon einen Tag nach Ausbruch der russischen Revolution für eine wirkliche Unabhängigkeit Polens ausgesprochen und im Namen Rußlands auf alle Ansprüche auf dieses verzichtet haben. Deshalb ist kaum anzunehmen, daß die selben Elemente jetzt durch irgendwelche politische Schritte sich verletzt fühlen sollten, die die Lösung der polnischen Frage in diesem Sinne tatsächlich in Fluß bringen würden; man muß im Gegenteil meinen, daß es ihnen nicht genügen würde, wenn

den Polen innerhalb des russischen Gebiets eine „kulturelle Autonomie“ gegeben würde, die ihnen anscheinend auch der Abgeordnete Cohen gnädigst zu gewähren bereit wäre.

Ebenso stellen auch alle andern Stimmen, die gegen die staatliche Selbständigkeit des Königreichs — angeblich deshalb, um Rußland nicht zu reizen — bewußt oder unbewußt auftreten, den gegenwärtigen Stand der polnischen Frage falsch dar. Ist es doch Tatsache, daß die vorläufige russische Regierung schon in ihrem März-Manifeste die grundsätzliche Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt und daran nur die Bedingung einer freien „Militär-Union“ mit Rußland und der Bestätigung durch die russische Konstituante geknüpft hat. Zu diesen Zugeständnissen hinsichtlich Polens mußte sich sogar das Kabinett bequemen, an dessen Spitze damals noch der Kadett Miljukow und der Oktobrist Guczkow, Führer der liberalen imperialistischen und nationalistischen Bourgeoisie Rußlands standen, die für das polnische Volk keine besondere Sympathie hatten. Heute steht an der Spitze des russischen Kabinetts und damit an der Spitze Rußlands Kierenski, der schon zur Zeit des Zartums tatkräftig für eine volle Unabhängigkeit Polens eintrat und nach der Durchführung der Revolution mehrfach Gelegenheit hatte, diesen Standpunkt zu bestätigen. Wo ist also heute das Rußland, das nach der Ansicht einiger deutscher Politiker sich noch immer verlezt fühlen würde, wenn man schon jetzt an die Erfüllung der polnischen Wünsche und Forderungen herantreten würde, die auf die Erlangung einer vollen selbständigen staatlichen Selbständigkeit gerichtet sind? Weshalb wird also für diesen Fall immer die angebliche Gefahr einer ewigen Entzweiung mit dem russischen Volke vorgeführt? Wozu wird die sich nicht immer gut orientierende deutsche öffentliche Meinung mit dergleichen Argumenten irreführt?

Es scheint aber, daß die ängstliche Rücksichtnahme auf das revolutionäre Rußland, dessen militärische Ohnmacht in diesen Tagen aufs neue in die Erscheinung tritt, ebensovienig imstande ist, die politische Entwicklung der polnischen Frage aufzuhalten, wie sie bis jetzt die unaufhörlichen Angriffe seitens des Lagers der Kafatisten und Alldeutschen nicht aufgehalten haben. Deshalb macht die Redaktion des „Berliner Tageblattes“ zu dem von ihr gebrachten Artikel des Fürsten Tschernomysky die zutreffende Bemerkung, daß die Geschichte jetzt schon keinen Rückschritt machen könne. „Sobald die polnische Frage infolge des Krieges wieder aufgerollt worden ist und von einer neuen Teilung keine Rede sein kann, ist die Bildung eines selbständigen polnischen Staates jedenfalls heute unvermeidlich.“

Aus diesen Worten geht unzweifelhaft eine reale Auffassung der Lage hervor, und es wäre gut, wenn sich diese weitere deutsche Kreise aneignen würden, auch diejenigen, denen es so schwer fällt, sich der bisherigen Art der Auffassung der polnischen Sache zu entöhnen. Auf diesen einzig realen Standpunkt haben sich jetzt, wie es scheint, die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns gestellt. Obgleich im weiteren Verlauf über die gefaßten Beschlüsse in Sachen der Bildung der polnischen Regierung noch nichts Bestimmtes bekannt geworden ist, so kündigt doch schon eine Reihe halbamtlicher und amtlicher Berliner und Wiener Erklärungen in den letztern Tagen an, daß in allernächster Zeit Schritte erfolgen werden, die Polen wieder in die Reihe der „selbständigen europäischen Staaten“ stellen werden. Es erübrigt sich, hierzu noch besonders auszuführen, daß eine derartige Politik seitens der Okkupationsregierungen zur Beruhigung und zur Regelung der Verhältnisse im Königreich Polen am wirksamsten beitragen kann.

Aus Nr. 206 des Dziennik Kujawski (Hohenalza)
vom 9. September 1917.

Zu den Auslassungen Berliner Blätter über den Ausbau des polnischen Staatswesens bemerkt der „Dziennik Kujawski“ seinerseits folgendes:

Man muß abwarten, ob der Inhalt des Manifestes diese Linie innehalten wird. Wenn man aber alle Nachrichten vergleicht, die aus dem Hintergrunde der Beratungen über die polnische Frage aus Wien, Berlin und Warschau eingelaufen sind, fällt es nicht schwer, zu schließen, daß die Mitteilungen der „Bosnischen Zeitung“ im allgemeinen genau sind. Sie entsprechen auch den Einzelheiten, die die alldeutsche „Tägliche Rundschau“ aus dem Haushaltungs-Ausschusse brachte und dabei die Befürchtungen und ihre Unzufriedenheit über die angeblichen ferneren Zugeständnisse in der polnischen Frage unterstrich.

Offenbar erachten wir es einstweilen für geboten, mit einer Beurteilung der neuen Pläne zurückzuhalten, weil sie sich erst angesichts des Tageslichts deutlicher kristallisieren müssen. Das ist eins. Und dann muß man abwarten, wie das in dieser Beziehung maßgebende Königreich die betreffenden Anordnungen aufnehmen und welchen Standpunkt es ihnen gegenüber einnehmen wird.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß das Königreich die weitere Entwicklung der dortigen Ereignisse ebenso wie wir unter dem Gesichtspunkte der polnischen Interessen betrachten wird. Die Leser wollen sich dessen erinnern, was wir seiner Zeit über die Nachricht von dem Akte vom 5. November geschrieben haben. Wie wir damals darin einen der ersten Schritte zur Gestaltung der polnischen Sache erblickten, so betrachten wir auch den gegenwärtigen als einen weiteren Schritt, der wenigstens angesichts dessen nicht der letzte sein wird, daß die endgültige Erledigung der polnischen Frage nur auf dem Grunde des Kriegsverlaufs möglich ist. Deshalb unterliegt es für uns auch keinem Zweifel, daß die Volksgesamtheit das angekündigte Manifest mit größtem Interesse entgegennehmen, die nähere Bestimmung ihres Verhältnisses aber von dem Grade und der Beschaffenheit des Einflusses auf die endgültige Regulierung der polnischen Sache als solcher abhängen wird.

Aus Nr. 207 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 9. September 1917.

Zu den Ausführungen Berliner Blätter über den Ausbau des polnischen Staatswesens bemerkt der „Dziennik Berliński“ folgendes:

Es ist offenbar schwer zu beurteilen, wie viel Wahrheit hierbei ist und was man nur als aus galizischen Blättern entnommene Kombinationen über dieses Thema betrachten darf. Das eine ist aber sicher, daß schon in Kürze eine wichtige Rundgebung beider Regierungen erfolgen wird, die das Manifest vom 5. November vervollständigen und die Angelegenheit des Ausbaues des polnischen Staates einen Schritt fördern wird. Es ist zu erwarten, daß das erheblich zur Beseitigung aller derjenigen Erscheinungen des Unwillens und der Unzufriedenheit des polnischen Volkes des Königreiches beitragen wird, deren wir in letzterer Zeit Zeuge waren und die zu solchen unangenehmen Verdräglichkeiten geführt haben, wie die Eidesverweigerung der polnischen Legionäre, die Schließung der Universitäten und der Rücktritt des vorläufigen Staatsrates.

Aus Nr. 406 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 2. September 1917.

Ein Bild der Lage.

Warschau, den 31. August 1917.

Graf Adam Ronikier ist gestern für einige Tage aus Berlin eingetroffen, wo er bekanntlich als Anwalt der aktivistischen Kreise eine sehr eifrige politische Tätigkeit entwickelt hat. Graf Ronikier hat Ihrem Berichterstatter sehr wichtige Informationen erteilt, die die Lage beleuchten und im gegenwärtigen Augenblick besonders wichtig sind, in dem sich das Los des polnischen Staatswesens auf der Waagschale befindet. Auf meine Frage, welches das eigentliche Ziel der Reise und seines Aufenthalts in Berlin war, antwortete Graf Ronikier:

Ich war dorthin gereist, um mich und meine politischen Freunde zum letzten Male darüber aufzuklären, wie weit man mit den Deutschen gelangen kann, wenn es sich um die vollen Attribute des polnischen Staates handelt.

Welchen Stimmungen und Strömungen sind Sie in Berlin bezüglich der Lösung der polnischen Frage begegnet?

Ich traf einen Kampf unter den drei Gruppen: der Reichstagsmehrheit, der Regierung mit den Konservativen und den Militärbehörden an. Außerdem stellte ich fest, daß $\frac{9}{10}$ der Volksgesamtheit auf dem Standpunkte steht, diese komplizierte Sache jetzt am besten nicht zu berühren.

Welches Verfahren schlugen Sie diesen sich gegenseitig bekämpfenden Gruppen gegenüber ein?

Das Problem beruht auf dem Zustandekommen einer Verständigung zwischen der Regierung und der Reichstagsmehrheit hinsichtlich der Lösung der polnischen Sache. An die Parlamentarier wandte ich mich unmittelbar unter Darstellung der Lage, an die Regierungskreise dagegen zunächst durch Vermittlung der Stimmen der deutschen Presse. Und ich kann feststellen, daß diese Stimmen in den maßgebenden Regierungsfaktoren eine gewisse Bresche gelegt, jedenfalls aber die Durchführung des Programms verhindert haben, das uns bedrohte.

Und was war das für ein Programm?

Ein sehr einfaches und — ich brauche nicht hinzuzufügen — ein gefährliches: nämlich die Einführung des militärischen Regimes, was politisch die Durchstreichung des Aktes vom 5. November und wirtschaftlich die Vertreibung einiger Milliarden Mark aus dem Königreiche bedeuten würde. Glücklicherweise ist es gelungen, dieses Programm umzustößeln.

Womit?

Durch Gegenüberstellung eines anderen.

Worin bestand dieses?

Ich stellte den deutschen Gruppen des Reichstages den dunklen Hintergrund der bisherigen Behandlung der polnischen Sache und die Möglichkeit eines Auswegs dar. Als solche erachte ich und habe sie in Berlin an maßgebender Stelle auch dargestellt: Dem polnischen Staate mögen volle staatliche Attribute und eine volle Regierungsgewalt übertragen werden. Diese Staatsgewalt müßte aber keine formale, auf nichtsagenden Paragraphen beruhende, sondern eine tatsächliche sein.

Das ist das grundsätzliche Programm. Und die Einzelheiten? Wurden sie Berlin mitgeteilt?

Natürlich! Ich habe sie in eine Reihe von Punkten zusammengefaßt und jeden besonders begründet. Sie lauten: 1. Eine volle Regierung mit dem Grafen Adam Tarnowski an der Spitze; 2. eine für uns günstige Erledigung der Frage Weißrußlands; 3. Kontrolle der Anordnungen der Okkupationsbehörden; 4. Aufhebung der Okkupationslinie, die das Königreich durchschneidet; 5. Aufhebung der Requisitionen; 6. Übertragung der Fürsorge für die Arbeiter; 7. 500 Millionen Mark zum

Wiederaufbau des Landes. Das sind Forderungen, die die polnische Volksgesamtheit noch einmal auf den Weg einer Verständigung mit den Mittelmächten bringen können.

Und wie hat man sich zu diesen Forderungen gestellt?

Ich kann bestätigen, daß für sie die Kreise der Reichstagsmehrheit gewonnen sind, was aber die Regierungskreise anbetrifft, so muß ich feststellen, daß ich auch hier viel guten Willen für die Erledigung in diesem Sinne gefunden habe.

Und wie lassen sich damit die letzten Verordnungen in Sachen der Legionen vereinbaren?

Diese Verordnungen müssen als eine rein militärische Angelegenheit betrachtet werden, die auf eine uns bis dahin abgeneigte Quelle zurückzuführen sind, die es nicht einmal für nötig gehalten hatte, die deutschen Regierungskreise von den erlassenen Anordnungen in Sachen des polnischen Heeres rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

Und was besagen die Horoskope für die nächste Zukunft?

In dieser Beziehung verweise ich auf den Wortlaut der in der gestrigen Sitzung des Staatsrates seitens der Vertreter der Okkupationsregierungen abgegebenen Erklärung. Diese Erklärung bestätigt das, was ich Ihnen bereits gesagt habe. Sie weist darauf hin, daß die Regierungskreise die politische Bedeutung eines guten Verhältnisses mit Polen richtig einschätzen und daß es nur Sache einer beiderseitigen politischen Verständigung ist, der Vereinbarung zwischen Polen und den Mittelmächten eine solche Gestalt zu geben, die Polen auf eine des polnischen Volkes als Verbündeten würdige Stufe stellen und vor allem das erreichen müßte, daß unser Volk zur Zeit des Kongresses nicht geteilt und zersplittert, sondern mit seinem organisierten Staatswesen auftreten könnte.

Aus Nr. 408 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 4. September 1917.

Aus Warschau.

Warschau, den 1. Sept. 1917.

Von einer Persönlichkeit, die eine hervorragende Stellung einnimmt und dem Liquidations-Ausschusse nahesteht, habe ich über den heutigen Stand der Frage der Bildung der polnischen Regierung, bzw. darüber, was den hiesigen maßgebenden Kreisen über die Absichten der Okkupationsregierungen bekannt ist, Mitteilungen erhalten. Diese lauten:

In allernächster Zeit ist die Veröffentlichung einer Erklärung der Mittelmächte in Sachen der polnischen Regierung zu erwarten. Es soll dies eine vollständige Regierung sein, die aus einem Ministerpräsidenten und 9 Ministern bestehen und die Frage des polnischen Heeres und dessen Anlehnung an den Stamm der Legionen auf die Tagesordnung setzen wird. Daher ist auch in der Heeresfrage bis zur Entstehung der Regierung keine Aktion zu erwarten, also weder eine Entschließung über das Hilfskorps, noch eine positive Beschäftigung mit dem im Königreich verbliebenen Teilen des Heeres.

Der Zeitpunkt der Entstehung der Regierung ist nicht nur deshalb nahe, weil er — schon wegen des „Prestiges“ dieser Regierung der Allgemeinheit gegenüber — deren Entstehung beschleunigen und damit das Provisorium beseitigen muß, das nach dem Rücktritte des Staatsrates dessen Liquidations-Ausschuß eigentlich noch nicht beseitigt, sondern auch noch deshalb, weil es der bei den letzten Beratungen des Haupt-Ausschusses des Deutschen Reichstages zum Ausdruck gebrachte Wunsch der Berliner parlamentarischen Kreise ist, daß die polnische Regierung

noch vor dem 16. September d. J. vor dem Zusammen-
tritte des Deutschen Reichstages entstehe.

Ob es in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit
gelingen wird, diese erforderlichen Unterhandlungen
zu beendigen, — das ist die Frage!

Mit der Frage der Bildung der Regierung ist
auch der Gedanke der Regelung der Frage der östlichen
Grenzen des polnischen Staates entstanden. Das
ist natürlich nicht bloß eine der Hauptforderungen
der polnischen Volksgemeinschaft, sondern auch ein Er-
gebnis der letzten Beratungen des „Haupt-Ausschusses
des Deutschen Reichstages“, der bekanntlich beschlossen
hat, von der Regierung zu fordern, daß sie eine Ver-
tretung der Bevölkerung Litauens und Kurlands
schaffe.

Damit gelangt die Frage der Entscheidung über
die Grenzen des polnischen Staates auf die Tages-
ordnung, deren Regelung der Akt vom 5. November
in die Zeit der Liquidation des Krieges verschoben hat.

Nach den von meinem Gewährsmann erhaltenen
Nachrichten stellt sich die Sachlage vom Ge-
sichtspunkte der polnischen Interessen aus zwar nicht
schlecht dar, sie erfordert aber dennoch eine aufmerk-
same Pflege und Sorgfalt.

Die Entstehung der polnischen Regierung ist
mit der Frage des Regentchaftsrates verbunden.
Was den Standpunkt zu den einzelnen Persönlich-
keiten anbelangt, die in den Dreier-Ausschuß gelangen
sollen, waren verschiedene Gerüchte im Umlauf:
Fürst J. Lubomirski ist ein unbedingter Anhänger
des Ausbaues des Staatswesens, sowie der Bildung
der Regierung und strebt nach der Entstehung eines
Regentchaftsrates, der zur Entstehung der Regierung
sein placet geben würde. Erzbischof Rakowski
steht ebenfalls auf dem Standpunkte, daß die Regierung
schleunigst geschaffen werden müsse, die Entstehung
des Regentchaftsrates macht er jedoch von dem Um-
fange seiner Zuständigkeit nicht bloß in Sachen der
Berufung der Regierung abhängig. Kronmarschall
Niemojewski macht seinen Eintritt davon abhängig,
daß die Zwischenparteiliche Fraktion den gegen seine
Beteiligung am Regentchaftsrat eingenommenen Stand-
punkt aufgibt. Mithin ist es fraglich, ob Fürst Lubo-
mirski und Erzbischof Rakowski auf die Rechte einen
starken Einfluß ausüben und die Klippen beseitigen
werden, die der Kronmarschall fürchtet und deretwegen
er sich zur Teilnahme am Regentchaftsrat nicht
entschließen kann.

Heute reist Graf Adam Ronikier im Auftrage
des Nationalen Zentrums, mit umfangreichen Voll-
machten versehen, nach Berlin.

Aus Nr. 408 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 4. September 1917.

Um den Regentchaftsrat.

Warschau, den 2. Sept. 1917.

Ein die Berufung des Regentchaftsrates betref-
fendes Patent der beiden Kaiser — das ist das
Allerneueste in der hiesigen politischen Welt.
Gestern fanden Beratungen der ehemaligen Mit-
glieder des Staatsrates über den Text dieses Patents
statt, der nicht alle Kreise befriedigt haben soll. Die
Meinungsverschiedenheiten sollen die Bezeichnung
Polens als „selbständig“ und nicht als „unabhängig“
betreffen. Die Regierungskreise der Okkupations-
mächte haben sich gestern ebenfalls mit der Erforschung
der Stimmung der hiesigen politischen Faktoren hin-
sichtlich des geplanten Textes des Patents beschäftigt.

Die Hauptschwierigkeit bei der Berufung des
Regentchaftsrates ist jedoch nicht der Text des Patents,
für den sich bei beiderseitigem guten Willen wohl
im Wege des gegenseitigen Verständnisses ein ge-

meinschaftlicher Kenner finden ließe, sondern die
Haltung, die schließlich wieder die rechtsstehende
Zwischenparteiliche Fraktion eingenommen hat. Sie
verharrt bei ihrer Entschliebung, daß kein Mitglied
des Staatsrates in den Regentchaftsrat eintreten
dürfe, und schließt damit den Kronmarschall Niemo-
jewski aus dem Regentchaftsrat aus.

Dieser Beschluß der Zwischenparteilichen Fraktion
hat glücklicherweise auf die beiden andern Mitglieder
des Regentchaftsrates nicht eingewirkt und ihren
Entschluß nicht gelähmt, der — wie ich von gut
unterrichteter Seite höre — weiter zur unbedingten
Annahme der Mitgliedschaft im Regentchaftsrat
neigt.

Die aktivistischen Kreise bekunden — der guten
Sache wegen — eine weitgehende Nachgiebigkeit
und sind, um die Schwierigkeiten nicht zu vermehren
und die sofortige Berufung des Regentchaftsrates
und eine schnelle Entstehung der polnischen Re-
gierung zu erlangen, damit einverstanden, daß an Stelle
des Kronmarschalls eine andere Person in den Re-
gentchaftsrat berufen werde. Heute wird, wie ich
höre, der Staatsrat zusammentreten und ein außer-
halb des Staatsrates stehendes drittes Mitglied des
Regentchaftsrates bestimmen. Hierbei kommt ernstlich
Graf Joseph Ostrowski aus Maluszyn in Frage,
der heute höchstwahrscheinlich als drittes Mitglied
des Regentchaftsrates bestimmt werden wird.

Sollte aber die Zwischenparteiliche Fraktion auf
ihrem obstruktiven Standpunkte verharren und die
Schwierigkeiten auch noch fernerhin vermehren, dann
ist es klar, daß sie die Entstehung der polnischen Re-
gierung verzögern oder gar unmöglich machen wird.
Wenn die Zwischenparteiliche Fraktion das beabsichtigen
sollte, dann würde sie damit die wirklichen Absichten
dieser Vereinigung verraten.

Deshalb hat auch die Haltung der Zwischen-
parteilichen Fraktion in den hiesigen politischen Kreisen,
die der Ansicht sind, daß man unter den gegebenen
Verhältnissen alles tun müßte, daß eine polnische Re-
gierung schnelligst entstehe, begreifliche Erbitterung
hervorgeufen.

Aus diesem Grunde wird wohl die geplante
Erklärung aller Parteien für die Regierung und für
das Heer anscheinend nicht zustande kommen. In
den einleitenden beratenden Versammlungen, die
zwecks Festsetzung des Textes dieser Erklärung anbe-
raunt wurden, sind die Vertreter der Zwischen-
parteilichen Fraktion mit einem solchen Entwurf
hervorgetreten, daß ihn keine aktivistische Partei
unterschreiben konnte.

Falls also die Zwischenparteiliche Fraktion beab-
sichtigen sollte, ihre bisherige Haltung beizubehalten,
dann würde sie ein sehr gefährliches Spiel beginnen...

Aus Nr. 408 des Czas (Kraukau)
vom 4. September 1917

Um den Regentchaftsrat.

Die Konsolidierung der Parteien auf dem Boden
einer gemeinsamen Erklärung über die letzten Ereignisse,
eine Konsolidierung, die sowohl die Zwischenparteiliche
Fraktion, als auch alle anderen polnischen politischen
Parteien umfassen sollte, ist nicht zustande gekommen.
Die zweitägigen Beratungen vom Freitag und Sonn-
abend haben zu keinem positiven Ergebnis geführt,
weil die nationaldemokratischen Elemente der Zwischen-
parteilichen Fraktion eine negative Haltung einnahmen.
Zugleich wurde der neue Beschluß der Zwischen-
parteilichen Fraktion vom 1. September bekannt, welcher
besagt, daß dem Regentchaftsrat kein Mitglied des
Staatsrates angehören dürfe. Dieser Beschluß wurde
am Sonnabend gefaßt. Am demselben Tage hat ihn

Fürst Lubomirski in der Sitzung des Staatsrats mitgeteilt. Damit ist also zugleich auch der Plan, daß sich der Staatsrat aus dem Kronmarschall Niemcewicz, dem Erzbischof Rakowski und dem Fürsten Lubomirski zusammensetzen soll, infolge der ablehnenden Haltung der nationaldemokratischen Gruppe hinfällig geworden.

Die Mitglieder des Staatsrats haben diesen Beschluß der zwischenparteilichen Fraktion mit Empörung als Provokation aufgenommen. Der Ernst der Lage und die Sorge um das Schicksal des Landes am Vorabend der angekündigten Regierung haben jedoch das Übergewicht erlangt. In der nächstfolgenden Sitzung des Staatsrats, die nach Bekanntgabe des Beschlusses der Zw. Fr. abgehalten wurde, beschloß der Staatsrat noch einmal, den Weg des Kompromisses zu betreten. Man stellte den Grafen Joseph Ostrowski aus Maluszyn als Kandidaten auf.

Aus Nr. 210 des Głos Narodu (Krakau)
vom 6. September 1917.

Vor der Entstehung der polnischen Regierung.

Warschau, den 3. September 1917.

..... Die zukünftige polnische Regierung muß nach der Ansicht des Fürsten Lubomirski mit allen Attributen der Staatsgewalt ausgestattet sein. Eine Regierung ohne ein Heer kann sich der Fürst nicht vorstellen. Auf dem selben Standpunkte steht die Zwischenparteiliche Fraktion, weil sie der Meinung ist, daß zum Schutze des Landes ein Heer notwendig sei, und deshalb ist auch gegenwärtig in der Zwischenparteilichen Fraktion die Frage einer Volkswehr aktuell geworden.

Die Okkupationsbehörden sind grundsätzlich mit dem Regimentsrat einverstanden, und sie haben angeblich die Vorlegung einer Liste der Kandidaten der zukünftigen polnischen Regierung verlangt. Solche Listen sind schon aufgestellt, und manche laufen unter den verschiedenartigsten Kombinationen bei den einzelnen politischen Parteien um. Namen nenne ich nicht, weil sich die Kandidaturen von Stunde zu Stunde ändern. Die Berufung der polnischen Nationalregierung wird in den nächsten Tagen erwartet.

Es ist bezeichnend, daß seit einiger Zeit die Wogen des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Warschau sich immer öfter dem erzbischöflichen Palast nähern.

Erzbischof Rakowski empfängt sehr oft Abordnungen: der Legionen, politischer Parteien, des vorläufigen Staatsrates, mit einem Wort, ohne Wissen des Erzbischofs vollzieht sich keine hervorragende politische Tatsache. Den staatschöpferischen Arbeiten erteilt der Erzbischof seinen Segen und seine Approbation. So hielt er z. B. aus Anlaß des Beginns der Wirksamkeit der polnischen Gerichte in der Kirche des hl. Johannes einen Gottesdienst ab, dem Vertreter aller Schichten unserer Volksgemeinschaft beiwohnten.

Nr. 404 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 1. September 1917

bringt eine vom 30. August datierte Korrespondenz aus Warschau, in der auf das Wiedererscheinen des Organs der Linken und der Polnischen Heeresorganisation, „Rząd i Wojsko“ (Regierung und Heer) und auf den Leitartikel in diesem Organ hingewiesen wird, der in politischen Kreisen Aufsehen erregt hat. Die Argumentation in diesem Artikel stützt sich auf eine deutschfreundliche Ideologie. So schreibt „Rząd i Wojsko“: „Das deutsche Schwert, das seit 50 Jahren in Europa siegreich ist, brachte gleichzeitig den Völkern immer die Freiheit. Im gegenwärtigen Kriege

haben die Deutschen, in blutiger Mühsal Rußland aus Polen vertreibend, den Grund gelegt zum polnischen Staate, vor dem polnischen Volke breite Horizonte eröffnet.“ Woher — fragt „Rząd i Wojsko“ — kommt der allgemeine Haß von ganz Europa gegen das deutsche Volk, dessen Arbeitsamkeit, Patriotismus und hohe Kultur jedermann in die Augen fällt, dessen kriegerische Taten und geniale organisatorische Gabe, die Tapferkeit und Opferfreudigkeit des deutschen Soldaten, die Geduld und Ausdauer der deutschen Frauen zur tiefen Hochachtung und Bewunderung auch den größten Feind dieses Volkes nötigt.“ „Rząd i Wojsko“ erklärt diesen Haß durch den Mangel „an Fähigkeit, mit anderen Völkern zu verkehren“. Zu aktuellen Fragen übergehend, sagt das Organ der Linken, daß Piłsudski „um ein wirkliches Bündnis mit den Zentralstaaten“ kämpfte, und „daß er ein wirkliches Bündnis anstrebte“. Der Korrespondent der „Nowa Reforma“ macht die Bemerkung, daß dieser Artikel „eine wahre Sensation hervorgerufen hat“.)

(Aus Nr. 187 des Warschauer Tagesberichts
vom 4. September 1917.

Nr. 1 der Unja (Radomsk)
vom 18. August 1917.

führt in dem Programmartikel der Nr. 1 vom 18. 8. u. a. folgendes aus: „Drei Kriegsjahre haben uns gezeigt, daß wir frei sein können.“ „Neue Formen des Staatslebens machen sich dort geltend, wo bisher der Wille des Junkers regiert hatte.“ Es findet die Umwertung aller Werte statt. Wir sind Zeugen eines geschichtlichen Prozesses, wie er nicht seinesgleichen findet. Unsere Stimme kann nicht vom blinden Zufall abhängen.“ „Im vollen Bewußtsein der Mängel der polnischen Geistesnot wollen wir die Macht des Wortes erzieherisch ausnutzen. Die Gewohnheiten der Sklaverei, die Untwürdigkeit dem Stärkeren gegenüber sollen wir als schädliches Unkraut ausmerzen. Den Freiheitswillen wecken, uns von der fremden Hand unabhängig machen, das sind unsere Aufgaben. Unser Wahlspruch sei: Polen und das Volk.“

Daselbe Blatt Nr. 2 vom 25. 8. schreibt unter dem Titel „Abrechnungen“ u. a.: Sowohl beim Übergange Warschaus aus russischer in deutsche Hand, als auch bei der Entstehung des Staatsrates ist, die polnische Demokratie ungerecht behandelt worden, und sie befindet sich deshalb in einer Opposition, die aber keine Negation bedeutet. Die Opposition der polnischen demokratischen Massen ist nur eine natürliche Sprengung des Rahmens, in den eigene und fremde Wächter das Volk hineinpressen wollen. Die Opposition der polnischen Demokratie ist auch keine parlamentarische. Sie wird aufhören, wenn normale Verhältnisse eintreten, d. h., wenn das Volk die Herrschaft über seine Funktionen: den Soldaten, das Geld und das Amt, übernehmen wird. Ihr einziger politischer Grundsatz kann nur die Unabhängigkeit des Volkes sein.

Daselbe Blatt schreibt unter dem Titel „Polen ein Hiob“ zur Papstnote: Unsere Almosen Sammler haben die Regierungen dazu ermächtigt, Polen mit verächtlicher Barmherzigkeit zu behandeln. In der Papstnote finden wir nachstehenden Passus über Polen: „Derselbe Geist der Billigkeit und Gerechtigkeit wird die Prüfung der anderen territorialen und politischen Fragen leiten müssen, besonders derjenigen, die sich auf Armenien, auf die Balkanstaaten und auf die Gebiete beziehen, welche zum ehemaligen Königreich Polen gehörten, dem seine edlen geschichtlichen Überlieferungen und die von ihm insonderheit während des gegenwärtigen Krieges erduldeten Leiden gerechterweise das Mitleid der Nationen gewinnen müssen.“ — Dazu schreibt die „Unja“: „Rührend geradezu ist die alphabetische Rang-

ordnung: Armenien, Balkan, Polen. Fürwahr, das polnische Volk gewinnt nicht zum ersten Male die Überzeugung, daß es von der evangelischen Höhe herab höchstens als Hiob behandelt wird."

(Aus Nr. 187 des Warschauer Tagesberichts vom 4. September 1917.)

Nr. 225 des Głos (Warschau),
vom 4. September 1917

schreibt: „Aus einigen Dorfgemeinden der Kreise Kielce und Ostuß wird über die Ankunft von nichtweidigen Legionären berichtet, daß die Einwohnerschaft deren Haltung in dieser Sache mißliebig aufgenommen habe. Es wurden nach Anhörung des Berichtes der Heimgekehrten besondere Gemeindeversammlungen abgehalten und in denselben beschlossen, die Legionäre zur Rückkehr zum Heeresdienst und zur Ablegung des Eides zu bewegen. Das Hauptverbeamt in Kielce gibt im Anschluß daran bekannt, daß in den letzten Tagen sich 16 Legionäre zur Eidesleistung eingefunden haben."

(Aus Nr. 188 des Warschauer Tagesberichts vom 5. September 1917.)

Aus Nr. 245 der Godzina Polski (Łódź)
vom 6. September 1917

wiederholt eine Meldung des „Kurjer Wiedenski“ aus Radom über die Parteilichkeit der Poln. Heeresorganisation. Der wegen Eidesverweigerung entlassene Legionär G. S. in Wierzbniß, Gouv. Radom, hat, weil er der P. H. D. nicht beitreten wollte, ein Todesurteil erhalten. Als Entscheidungsgrund ist die „politische Betätigung der Beurteilten“ angegeben. Das mit „Poln. Heeresorganisation“ unterzeichnete „Urteil“ droht eine Vollstreckung an.

(Aus Nr. 191 des Warschauer Tagesberichts vom 8. September 1917.)

Nr. 435 der Ziemia Lubelska (Lublin)
vom 30. August 1917

berichtet nach dem Wiener „Kurjer Polski“ über die nachträgliche Eidesleistung der Legionäre folgendes: Am 24. d. M. sind 40 Legionäre aus Szczepiorn nach Warschau gekommen, um den Fahneid zu leisten. Bei verschiedenen Legionenkommandos melden sich fortwährend Legionäre aus dem Königreich, die anfangs die Leistung des Eides verweigert hatten und die ihn jetzt leisten wollen.

(Aus Nr. 189 des Warschauer Tagesberichts vom 6. September 1917.)

Nr. 244 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 4. September 1917

bringt eine Zuschrift von einer größeren Anzahl von Geistlichen, die sich darüber beklagt, daß in dem Diensteide der polnischen Gerichtsbeamten der Name Gottes nicht vorkommt. Die Formel entspreche nicht „den Traditionen des Volkes und des polnischen Gerichtswesens“, und die Einsender „protestieren gegen diese Nichtachtung“.

(Aus Nr. 187 des Warschauer Tagesberichts vom 4. September 1917.)

Aus Nr. 205 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 6. September 1917.

Am 1. September ist endlich die polnische Gerichtsbarkeit im Königreich Polen eingeführt worden.

Man weiß nur nicht, wer die Leitung übernehmen wird, denn bis dahin gibt es doch weder einen Justizminister, noch überhaupt eine polnische Regierung. Der Staatsrat ist nämlich aufgelöst worden, und er hat nur noch eine Übergangskommission, sowie Kandidaten für den künftigen Regentenschaftsrat hinterlassen, der nachher die höchste Verwaltungsbehörde im Königreich Polen bilden soll. Es ist aber fraglich, ob einerseits diese Kandidaten sich bereits endgültig entschlossen haben, das ihnen angetragene Amt anzunehmen, und ob andererseits die Okkupationsbehörden diese Übergangskommission sowie die Kandidaten für den künftigen Regentenschaftsrat bestätigen werden. In Berlin und in Wien hat man allerdings bereits angekündigt, daß der Aufbau des polnischen Staates in Kürze beendet werden soll. Dadurch würde auch die Bildung einer polnischen Regierung (eines Ministeriums), sowie die Einsetzung eines Regentenschaftsrates wohl zustandekommen. Statt des letzteren könnte eventuell jedoch ein Mitglied der regierenden Häuser — z. B. der Erzherzog Karl Stefan in Saybusch zum Regenten in Warschau und zugleich zum Kandidaten ernannt werden, der dann zugleich als Kandidat für den polnischen Thron betrachtet werden müßte. Das wäre aber fatal, denn ein aufgezwungener König würde in Polen nicht mehr Liebe und Achtung finden, als früher der Fürst Wied in Albanien.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 404 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 1. September 1917.

Beschlüsse des „Obersten Nationalkomitees“ vom 31. August 1917.

Gestern früh hielt der Ausführende Ausschuß des „Obersten Nationalkomitees“ eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, in der Vollsitzung des D. N. K. die beiden nachstehenden Anträge vorzulegen. Die Vollsitzung des D. N. K. fand gestern nachmittag unter Beteiligung von 30 Mitgliedern statt, die sieben politische Parteien vertraten. Nach einer Aussprache wurden in Abwesenheit der Sozialisten folgende Anträge einstimmig angenommen:

I.

In Sachen der Beibehaltung des Obersten Nationalkomitees.

Am 29. Januar 1917 faßte der Ausführende Ausschuß des D. N. K. einen Beschluß, in dem unter Bezugnahme auf eine Adresse des D. N. K. an den Staatsrat vom 14. Januar und dessen Antwort gesagt ist, daß „das D. N. K. im Augenblick der Übernahme der Regionen seitens des Staatsrates seine grundsätzliche Aufgabe erfüllt habe und zu bestehen aufhören werde“.

Da die in diesem Beschlusse vorgesehenen Bedingungen nicht in Erfüllung gegangen sind, der Staatsrat sich aufgelöst hat und der größte Teil der Regionen als polnisches Hilfskorps an die Front geschickt werden soll, ist der Ausführende Ausschuß der Ansicht, daß das D. N. K. im Sinne seines Beschlusses seine Aufgaben noch weiter erfüllen muß.

II.

In Sachen des polnischen Heeres.

Das D. N. K. beschließt, der Abgeordneten-Versammlung in Krakau am 2. September 1917 folgende Entschließung zur Annahme vorzulegen:

Da die Bildung der polnischen Regierung und des polnischen Heeres schon während der Kriegsdauer

auf der Grundlage des Aktes vom 5. November 1916 die erste Bedingung zur Erlangung einer besseren Zukunft für das polnische Volk ist, erhebt die am 2. September 1917 in Krakau zusammengetretene Abgeordneten-Versammlung gegen alle Versuche der Organisation polnischer Heere und der Bildung usurpatorischer Regierungen außerhalb der Grenzen Polens Einspruch und verurteilt gleichzeitig alle Handlungen, die zu einer Zersplitterung der Legionen geführt haben.

Die Abgeordneten-Versammlung drückt ihr Bedauern aus, daß von den Legionären, die sich der schädlichen Agitation in lobenswerter Weise widersetzt haben, nur ein Teil als Stamm des polnischen Heeres zurückbehalten worden ist, und erwartet eine baldige Besserung dieser Verhältnisse.

Die Abgeordneten-Versammlung drückt die Hoffnung aus, daß auch diejenigen Legionäre, die der Agitation unterlegen sind und deren Los allen am Herzen liegt, ihre Schädlichkeit erkennen und den Weg der militärischen Manneszucht wieder betreten werden.

Aus Nr. 405 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 1. September 1917.

Für die Beibehaltung des Obersten Nationalkomitees.

Die Erklärung einer Lemberger Abordnung.

Angesichts des Umstandes, daß am 2. September die Entscheidung über das Oberste Nationalkomitee fallen soll, hält die Lemberger Abordnung und die Unterzeichneten unter Hinweis auf den Beschluß vom Juli, der dem D. N. R. zur Kenntnismahme übermittelt worden ist, die Beibehaltung des D. N. R. und des militärischen Departements namentlich infolge der gegenwärtigen Lage für durchaus notwendig und bittet, dies dem Landtagsklub mitzuteilen.

Unterschriften.

Erklärung der „Volkvereinigung im Königreich Polen“.

Geehrte Herren! Wir sind hier aus dem Königreich Polen als Abgesandte zahlreicher Kreise unserer Landsleute erschienen, die der „Volkvereinigung“ angehören, um den Wunsch auszudrücken, das D. N. R. in Krakau beizubehalten, da wir diese Körperschaft namentlich in der gegenwärtigen Zeit für unseren Landesteil für außerordentlich wertvoll halten.

Das Königreich Polen ist nach Rücktritt des Staatsrats ohne Rat und Hilfe gegenüber den von verschiedenen Seiten kommenden Anschlägen auf die staatschöpferische Arbeit geblieben.

Wir sind der Ansicht, daß die bisherige Tätigkeit des D. N. R. eine sehr nützliche und fruchtbringende gewesen ist, und wir sehen keine andere Organisation, die an seine Stelle treten könnte.

In der Erwägung, daß das Bestehen des D. N. R. heute eine größere Bedeutung für das Königreich als für Galizien hat, bitten wir, daß Sie, geehrte Herren, bei ihrer Entscheidung unsere Stimme berücksichtigen möchten.

Die Volkvereinigung erklärt sich bei dieser Gelegenheit gegen jegliche zerstörende Arbeit derjenigen politischen Parteien, die aus dieser ihrer Tätigkeit eine Spezialität gemacht haben. Diese Aktion wird innerhalb der Grenzen des Königreichs leidenschaftlich geführt und sucht alles zu vernichten, was polnisch und nicht international ist. So hat man die Universität und das Polytechnikum, die Legionen und den Staatsrat vernichtet und sucht gegenwärtig das D. N. R. in Krakau zu vernichten. Indem wir diese verräterische Arbeit brandmarken, bitten wir Sie, geehrte

Herren, um vorherige sorgfältige Feststellung, von wem die Anregung ausgeht und wer die Auflösung des D. N. R. fordert. Wir bitten, sich dieser vernichtenden Tätigkeit energisch entgegenzustellen und das D. N. R. zum Nutzen des ganzen Volkes auch fernerhin beizubehalten.

Die Erklärung der Liga des polnischen Staatswesens.

Nach Aufzählung der Verdienste des D. N. R. heißt es darin:

Alle diese Verdienste und Vorzüge veranlassen unsere Organisation heute, da das weitere Schicksal des D. N. R. entschieden werden soll, unsere Stimme zu erheben, ob die Auflösung eines so erprobten Stützpunktes nicht mit großem Nachteil für die polnische Politik verknüpft sein wird. Das D. N. R., das dank seinem nichtamtlichen Charakter über eine bedeutende Bewegungsfreiheit verfügt, müßte, da es in dem polnischen Piemont residiert, bis zum Schluß seine Aufgabe dem Vaterlande gegenüber erfüllen, könnte noch so manchen Dienst der polnischen Sache leisten, manche Gefahr beseitigen, eine unschätzbare Reserve für den Fall einer unglücklichen Wendung der Dinge bilden, wenn es im Einverständnis mit dem Regentenschaftsrat seine Tätigkeit den veränderten Verhältnissen anpassen und fortentwickeln würde. Diese Rücksichten veranlassen uns, uns an die in Krakau tagende oberste Vertretung des brüderlichen Landesteils mit der ernststen Vorstellung zu wenden, daß wir die Beibehaltung des D. N. R. bis zur Zeit der Entstehung einer normalen, rechtmäßigen, ständigen Regierung in Warschau nach allen Richtungen hin für erwünscht und für die polnische Sache für nützlich halten.

Aus Nr. 407 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 3. September 1917.

Die Sitzung des Landtagsklubs.

Wenn man die unaufhörlichen Angriffe und Beleidigungen, mit denen man von Anfang an bis zum Ende inmitten von stürmischen Szenen in der gestrigen Sitzung des Landtagsklubs in Krakau umherwarf, überhaupt als „Beratungen“ bezeichnen kann, — so war das Ende dieser Beratungen des Anfangs würdig. Es fing an mit der Spaltung der Meinungen in unversöhnliche politische Richtungen und endete mit einem vorzeitigen Auseinandergehen und einem Schluß der Sitzung, ohne daß irgendwelche Beschlüsse gefaßt wurden.

Schon der erste, einleitende Teil der Sitzung kündigte einen ungewöhnlichen Sturm an. Alle Parteien hatten ihre Mitglieder mobilisiert. — In seltener Vollständigkeit erschienen die Konservativen aller Schattierungen. Es waren sowohl ihre Parlamentsmitglieder aus beiden Häusern des Reichsrats, wie auch die aus dem Landtage anwesend. Die auf der Tagesordnung stehende Frage der Beibehaltung des Obersten Nationalen Komitees spaltete den Landtagsklub, wie vorausszusehen war, in 2 Teile. Für die Beibehaltung des D. N. R. waren die Konservativen und Demokraten. Auf der Gegenseite befand sich der bekannte Block, der aus den Sozialdemokraten, Volksparteilern und Nationaldemokraten bestand. Die Gruppe der Anhänger des D. N. R. hatte eine gesicherte Mehrheit von 60—63 Stimmen gegen 50 Stimmen der entgegengesetzten Seite.

Die Minderheit sah offenbar das Ergebnis der Abstimmung voraus und erschien daher mit einem fertigen Feldzugsplan. Ihre Offensive begann sie damit, daß sie nicht einmal die Verlesung des Berichts des Vizepräsidenten des D. N. R. über die gesamte Tätigkeit dieser Körperschaft zuließ. Obwohl der Leiter

der Versammlung, der Vorsitzende des Polnischen Klubs Dr. Łazarzski, das Wort bereits Dr. Jaworski erteilt hatte, verlangte der Abg. Witos im Namen der polnischen Volkspartei, der nationaldemokratischen Partei und der nationalen Vereinigung zu einer „formalen Angelegenheit“ das Wort, indem er eine Liquidationskommission für das D. N. K. und die sofortige Abstimmung über diesen Antrag ohne Diskussion forderte. An der Aussprache über diese „formale Angelegenheit“ nahmen Redner aller Parteien teil und gingen sofort auf die Sache selbst ein. Es fielen Beleidigungen und Vorwürfe in unerhört leidenschaftlichem Tone. Ohne daß die „formale Angelegenheit“ erledigt wurde, wurde eine andere Frage angeknüpft, nämlich die, ob die Mitglieder des Herrenhauses, die keine Landtagsabgeordneten sind, das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen. Auch über diese Frage entstand eine endlose Aussprache. Als nach dem Antrage, eine Kommission zu wählen, die sich aus den Vorständen der Klubs zusammensetzen sollte, und dieser Kommission die Anträge zur Prüfung zu unterbreiten, damit sie am Nachmittag dieser Versammlung berichte, Graf Józef Tarnowski die Erklärung aller Konservativen vorzulesen begann, erreichte der Sturm seinen Höhepunkt. — Nur mit Mühe konnte der Redner die Erklärung zu Ende lesen. Es entstand eine Lage, in der weitere Beratungen unmöglich wurden. Der Vorsitzende unterbrach daher die Sitzung und kündigte ihre Fortsetzung auf 4 Uhr nachmittags an.

Zu dieser Sitzung sind die nationaldemokratischen Abgeordneten nicht mehr erschienen, obwohl der Landtagsklub auf ihr Verlangen einberufen worden war und ihr Antrag auf der Tagesordnung stand. Von der Volkspartei erschienen zwei Mitglieder, die sofort nach der Verlesung eine Erklärung durch Dr. Bardel den Saal verließen. Die Sozialisten erschienen zwar, verließen aber nach einer Erklärung des Abgeordneten Dąbrowski den Saal.

Die Versammlung des Landtagsklubs ging also unter unerhörter Zersplitterung auseinander, ohne die Angelegenheit zu erledigen, die auf der Tagesordnung stand.

Die Vollziehung des Landtagsklubs, der Beratungen des Präsidiums des Polnischen Klubs vorangingen, begann um 12 Uhr mittags im Saale des Rathauses. Es waren rund 100 Reichsrats- und Landtagsabgeordnete und Mitglieder des Herrenhauses erschienen. Außerdem waren die Mitglieder des D. N. K. mit ihrem Vizepräsidenten Dr. Jaworski an der Spitze anwesend. Als Gäste nahmen teil die Herren: Kamieniecki, Vizedirektor des politischen Departements des ehemaligen Staatsrats Raczkowski, Direktor des Arbeitsdepartements des Staatsrats Maj und Lempicki, Mitglieder des Staatsrats, ferner einige Herren aus dem Königreich Polen und der Redakteur der „Gazeta Grudzińska“ Herr Kulski, ehemaliges Mitglied des Deutschen Reichstages. Unter den Mitgliedern des D. N. K. bemerkten wir unter andern den Obersten Sikorski, Dr. Habicht aus Wien und Prof. Chłamczak aus Lemberg. In den Logen für die Presseberichterstatter erschienen u. a.: General Rozwadowski und die Mitglieder einer Delegation aus dem Kreise Kielce, die eine Denkschrift mitgebracht hatten, welche eine Reihe von Forderungen politischer und wirtschaftlicher Natur enthielt.

Abordnungen.

Vor der Sitzung erschienen im Sitzungssaal Vertreter von Ärzten, die von dem Abgeordneten Prof. Dr. Mars, dem ehemaligen Rektor der Lemberger Universität, eingeführt wurden. Sie legten vom ärztlichen Standpunkte aus die drohende Gefahr

des gegenwärtigen Versorgungszustandes dar und legten eine Denkschrift vor, in der hervorgehoben wurde, daß im Lande eine Ruhrepidemie mit großer Sterblichkeit ausgebrochen sei. Die Bevölkerung werde durch Krankheiten dezimiert werden, wenn sich die Versorgungsverhältnisse nicht ändern sollten. Die Ärzteschaft beschwören daher den Landtagsklub, zur Rettung der Bevölkerung unverzüglich mit aller Kraft alle möglichen Schritte zu unternehmen, ein sofortiges und absolutes Verbot der Requisitionen und der Ausfuhr von Lebensmitteln zu erwirken und die sofortige Zufuhr von Lebensmitteln und Kohle zu veranlassen.

Es erschien auch eine Abordnung des polnischen Volksschullehrerverbandes und überreichte eine Denkschrift mit Wünschen der Lehrerschaft bezüglich einer Erhöhung der Gehälter und des Wiederaufbaues der Schulen.

Am Sonnabend stellte sich dem Präsidium des Klubs eine Abordnung aus Vitauen vor, die eine Denkschrift in der Angelegenheit des Polentums in Vitauen überreichte.

Im Namen des Kreistrats in Lubartowo legte Herr Bienkowski dem Präsidium eine Denkschrift vor, die die Einberufung des Landtags in Warschau verlangte, gegen die Internierung der Legionäre in Szczygłowo protestierte, den Bau des polnischen Staates, die Abschaffung der Requisitionen, den freien Handel mit Vieh usw. forderte.

Die Beratungen.

Um 12 Uhr mittags eröffnete Herr Dr. Łazarzski die Sitzung durch eine kurze Ansprache. Er drückte den Wunsch aus, daß die Aussprache sachlich und ruhig sein und daß die Beschlüsse dem Lande und dem Volke zum Besten gereichen möchten. Hierauf erteilte er das Wort dem Vizepräsidenten des D. N. K. Abgeordneten Dr. Jaworski zur Berichterstattung über die Tätigkeit des D. N. K.

„In formaler Angelegenheit.“

Ehe jedoch der Abg. Jaworski seinen Bericht begann, nahm „in einer formalen Angelegenheit“ der Abg. Witos das Wort, der im Namen der polnischen Volkspartei, der Nationaldemokraten und der Nationalen Vereinigung folgenden Antrag einbrachte:

„Da das D. N. K., das nach dem Beschluß vom 16. August 1914 sich aus den Vertretern aller politischen Parteien zusammensetzen sollte, nicht länger fortbestehen kann, da eine Reihe von Parteien ihm nicht mehr angehören und auch in Zukunft nicht angehören wollen, beauftragt der Landtagsklub das Präsidium des Polnischen Klubs mit der Einsetzung einer Liquidationskommission für die Angelegenheiten des D. N. K.“

Der Landtagsklub tritt ohne Beratung über diesen Antrag an die Abstimmung heran. Die Abstimmung findet namentlich statt.

Dieser Antrag und die Art seiner Begründung rief einen großen Sturm im Saale hervor. Von vielen Seiten rief man: „Laßt ihn nicht weiterreden!“

Abg. Dąbrowski: Der Antrag des Abg. Witos hat den Zweck, den Prof. Jaworski von der Berichterstattung des nicht existierenden Komitees zu entbinden.“ Der Redner unterstützt den Antrag so warm als möglich.

Der Abg. Haller wendet sich gegen den Antrag des Abg. Witos. Der Redner stellt fest, daß das D. N. K. seit drei Jahren unter den größten Schwierigkeiten zum Nutzen des Volkes gewirkt hat, und heute wolle man ihm die Berichterstattung über seine Tätigkeit unmöglich machen. Es macht dies den Eindruck, als schäme man sich oder als fürchte man, daß dieser Bericht jemandem unangenehm werden könnte, der nach einer Politik strebt, die Gefahren in sich birgt.

Die Entschliebung vom 28. Mai ist nichts Neues. Die darin zum Ausdruck gebrachten Wünsche hegen wir seit 150 Jahren in unseren Herzen. Alle Kriege, von 1794 an bis 1863, stützten sich darauf. — Ein einziges nationales Programm haben wir alle in unserer Seele; es existiert schon seit 150 Jahren. Es ist nicht von Tetmajer am 28. Mai d. J. erdacht worden. Man dürfe jedoch den polnischen Staat nicht zerstören, der im Entstehen begriffen sei. Eine Spaltung herrsche bei uns schon seit der Zeit Napoleons. Kościuszko war i. Zt. ein Gegner der Legionen Dombrowskis, und trotzdem hat niemand behauptet, daß er ein Verräter gewesen sei. Wir haben jedoch schon wiederholt diesen Vorwurf hören müssen. Auch hat noch niemand behauptet, daß Poniatowski und Czartoryski Verräter gewesen seien. Sie alle haben dem Vaterlande gedient. Leider ist unsere Lage derartig, daß wir verschiedene Wege gehen müssen. — Die Geschichte wird erst erweisen, welcher Weg der richtige gewesen ist. Man dürfe nicht in der Weise kämpfen, daß man denjenigen als Verräter bezeichnet, der vor einem Wege warnt, den er für schädlich hält. Der Redner wendet sich entschieden gegen den Antrag Witos und verlangt die Vorlegung des Berichts über die Tätigkeit des D. N. R. und eine sachliche Beurteilung seitens der Anwesenden. Dieser Bericht bezieht sich nämlich auf die Tätigkeit der Legionen, dieses Stolz des ganzen Volkes.

Über die Beteiligung der Herrenhausmitglieder an der Abstimmung.

Der Abg. Dembski unterstützt den Antrag Witos, erhebt Vorwürfe gegen den Abg. Haller und behauptet, der Abg. Jaworski sei gegen die Freilassung der internierten Legionäre aufgetreten. In Anbetracht dessen dürfe eine Berichterstattung seinerseits nicht zugelassen werden. Schließlich wendet er sich entschieden gegen die Zulassung der Herrenhausmitglieder zur Abstimmung im Landtagsklub.

Der Abg. Glombinski erklärt, auf der Tagesordnung habe lediglich die Frage der Auflösung des D. N. R. gestanden. Der Bericht des Vorsitzenden des D. N. R. stehe nicht auf der Tagesordnung. Der Redner stellt fest, daß das D. N. R. diese Bezeichnung unrechtmäßig führte, nachdem einige der größten Parteien aus ihm ausgeschieden seien. Es sei nur eine Vertretung von einigen Parteien, demnach eine Parteiorganisation. Was die Herrenhausmitglieder anbelangt, so haben sie seiner Ansicht nach das Recht, sich an den Beratungen des Landtagsklubs zu beteiligen, dürfen aber an der Abstimmung nicht teilnehmen (Stürmischer Widerspruch).

Der Abg. Stapinski erklärt, daß die Beratungen, falls sie in einem solchen Zustand der Gemüter fortgeführt werden, zur Lösung der Frage nicht beitragen können, sondern Schaden bringen müssen. Die Versammlung dürfe nicht gesprengt werden, denn es handle sich nicht um eine zufällig zusammengesetzte Volksversammlung, sondern um eine Versammlung von Abgeordneten. Der Redner behauptet, die Herrenhausmitglieder hätten noch nie im Landtagsklub abgestimmt.

Über das Thema der Beteiligung der Herrenhausmitglieder an der Abstimmung wurde noch eine lange, leidenschaftliche Debatte geführt, die sich teilweise stürmisch gestaltete. (Es handelte sich um 3 Herrenhausmitglieder, die nicht zugleich Landtagsabgeordnete sind). Es beteiligten sich daran die Abg. Dąbrynski und Starowiejski. Der Abg. Abrahamowicz erinnert daran, daß die Herrenhausmitglieder immer zur nationalen Vertretung gehört hätten, ebenso wie die Reichsrats- und Landtagsabgeordneten. Eine andere Vertretung ferne weder die Gesetzgebung noch der tatsächliche Zustand. Nach den Abg. Wysocki,

Badeni, Moraczewski und Ptas ergriff der Abg. Geistlicher Odon das Wort, der sich lebhaft gegen die Beteiligung der Herrenhausmitglieder an der Abstimmung wandte. Der Redner griff alsdann den in der Sitzung anwesenden Dr. Bobrzynski persönlich an, indem er sich an ihn mit den Worten wandte: „Ich bitte Erz. Bobrzynski zu fragen, ob er national denkt und empfindet. — Sie haben als Statthalter das polnische nationale Interesse zu Gunsten der Ukrainer geschädigt.“

Diese Worte riefen einen unerhörten Sturm im Saale hervor. Dr. Bobrzynski wendet sich an den Vorsitzenden Łazarzski und protestiert in scharfen Worten gegen solche Angriffe.

Abg. Haller ruft dem Abg. Odon zu: „Das will ein Geistlicher sein! Eine Schande! Ein Skandal!“

Es kam zu unerhörten Szenen. Die konservativen Abgeordneten protestierten in äußerst scharfer Weise gegen das Verhalten des Geistlichen Odon. Der Lärm dauerte längere Zeit. Der Vorsitzende klingelt ohne Unterlaß, jedoch vergeblich. Erst nachdem Abg. Odon erklärt, daß er Erz. Bobrzynski nicht beleidigen wollte, legt sich die Unruhe, und die Beratungen werden fortgesetzt.

Der Abg. Marek schlägt vor, daß sich die Vorsitzenden aller Klubs, die an der Sitzung teilnehmen, zu einer besonderen Beratung versammeln, und daß man ihnen den Antrag des Abgeordneten Witos und den Antrag in der Angelegenheit der Beteiligung Herrenhausmitglieder an der Abstimmung vorlege. Die Vorsitzenden würden dann ihre Entscheidung dem Landtagsklub zur Beschlussfassung vorlegen.

Der Abgeordnete Dąbrynski unterstützt den Antrag des Abg. Marek und schlägt vor, die Sitzung bis nachmittags 4 Uhr zu unterbrechen.

Auch der Abg. Leo unterstützt den Antrag Marek und fügt hinzu, daß man dem Vorsitzenden außer den bereits eingegangenen Anträgen alle Anträge vorlegen solle, die noch im Laufe der Sitzung gestellt werden.

Der Abg. Wysocki erklärt sich für Beibehaltung des D. N. R. und bringt folgenden Antrag ein:

Da die Bildung der polnischen Regierung und des Heeres, das dieser Regierung schon während des Krieges auf Grund des Abtes vom 5. November 1916 unterstellt worden ist, eine wichtige Vorbedingung einer besseren Zukunft des polnischen Volkes ist, verlangt die in Krakau stattfindende Abgeordnetenversammlung die unverzügliche Bildung einer polnischen Regierung und eines polnischen Heeres und protestiert gegen alle Versuche der Organisation polnischer Heere und der Bildung usurpatorischer Regierungen außerhalb Polens.“

Erklärung der Konservativen.

Alsdann ergriff das Wort der Abg. Graf Józef Tarnowski, der im Namen der konservativen Partei folgende Erklärung vorlas.

Ich habe die Ehre zu erklären, daß die Konservativen für Aufrechterhaltung des D. N. R. in der Form stimmen werden, wie sie der Abg. Wysocki vorgeschlagen hat. Außerdem erlaube ich mir, dem Klub die Erklärung mitzuteilen, die unsere politische Stellung näher bezeichnet und von den Abgeordneten aller konservativen Parteien angenommen worden ist:

„In der Sitzung des Landtagsklubs am 28. Mai d. J. hatten die Konservativen ernste Bedenken bezüglich des Antrags, der zur Beschlussfassung vorlag. Sie verzichteten jedoch auf die angekündigte Abänderung, weil sie von der Voraussetzung ausgingen, daß der Antrag als Ausdruck der übereinstimmenden Gefühle des polnischen Volkes aufzufassen sei und daß die Annahme dieses Antrags nicht zur Zerstörung dessen benutzt werde, was durch die gegenwärtigen Verhält-

nisse geboten ist. In dieser Annahme haben sie sich getäuscht. Den Beschluß vom 28. Mai benutzten und benutzen manche Parteien dazu, um im Königreich den Staatsrat zu stürzen und die Bildung der polnischen Regierung und des Heeres nicht zuzulassen. In Galizien aber bedienen sie sich seiner, um mit der Politik zu brechen, an der die Polen seit einem halben Jahrhundert mit gutem Erfolge festhielten und auf der sie eine bessere Zukunft des Vaterlandes aufzubauen suchten.

Angeichts der Gefahr, die infolgedessen der nationalen Sache sowohl in Galizien als auch im Königreich droht, können sich die Konservativen damit nicht einverstanden erklären, daß man den Beschluß vom 28. Mai d. J. zur Zerstörung oder Verhinderung dessen benutze, was sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen erreichen läßt, und sie halten es für ihre patriotische Pflicht, die Verwirklichung der Proklamation vom 5. November 1916, demnach also die Entstehung der polnischen Regierung und des polnischen Heeres zu unterstützen, in Österreich aber die Politik beizubehalten, die, indem sie den Staat ehrlich unterstützt, heute die Bürgschaft für die politische Einheit Galiziens, für den polnischen Besitzstand in diesem Lande und den polnischen Einfluß in der Monarchie bietet. Nur eine solche Politik, die das polnische Element in beiden Landesteilen stärkt und organisiert, kann den Polen eine Stimme bei der Entscheidung der weltgeschichtlichen Ereignisse sichern und eine bessere Lösung der polnischen Frage erleichtern."

Die Erklärung des Grafen Tarnowski rief einen ungeheuren Tumult hervor. Bei dem Abschnitt über den Mißbrauch der Entschließung vom 28. Mai zum Sturze des Staatsrats hörte man Zurufe: „Laßt ihn nicht weiterreden! Wir wollen ihn nicht hören! Targowica!“ Die nationaldemokratischen Abgeordneten und Volksparteiler drohen mit Fäusten. Die konservativen Abgeordneten stehen dem Grafen Tarnowski bei. Der Tumult dauert längere Zeit.

Alsdann ergriff das Wort der Abgeordnete Witos, der erklärte, daß die Erklärung des Grafen Tarnowski „nicht aus der Seele des Volkes“ gekommen sei. Er wisse, von wem sie diktiert sei. Alsdann erhob der Redner Vorwürfe, daß Graf Tarnowski und seine Anhänger als polnisches Interesse das bezeichnen, was ihr eignes Interesse sei. Sie hätten Jahrzehnte lang absichtlich die breiten Massen des Volkes in der Dummheit erhalten.

„Ihr bildet Polen nicht und glaubt nicht an die Auferstehung des Volkes, so wie wir daran glauben. Das, was Ihr tut, ist nicht der Aufbau Polens, sondern seine Zerstörung. Ihr handelt tendenziös, und im Falle eines weiteren Vorgehens in diesem Geiste werden wir sehr energisch gegen Euch auftreten müssen. Angesichts Eurer Erklärung gibt es kein Kompromiß. Wir werden von jetzt an unseren eignen Weg gehen. Wir kennen Euch nicht und werden uns anders wo sprechen.“

Der Abgeordnete Glombinski erklärt, daß die Erklärung der Konservativen der Beweis eines vollständigen Bruchs mit dem Volke sei. Die Konservativen stellen den Beschluß vom 28. Mai in Frage und denunzieren. Das werden wir jedoch nicht zulassen. „Die Erklärung der Konservativen ist ein Verrat.“ An der weiteren Debatte werde die Partei des Redners nicht teilnehmen, da sie nicht zulassen kann, daß der Maibeschluß in Frage gestellt werde. Das D. N. R. bestehe nicht. Es sei aufgelöst worden. „Wir protestieren“, daß das D. N. R. — wenn es weiter bestehen will — unter der alten Bezeichnung weiter bestehe und im Namen des Volkes auftrete. Da unsere Parteien aus ihm ausgetreten und nur zwei in ihm geblieben sind, darf es diese Bezeichnung nicht tragen. Es hat nicht das Recht, die Volksgesamtheit

zu vertreten, diplomatische Agenturen zu unterhalten und über die gesammelten Gelder zu verfügen.“ Nach diesen Worten verläßt der Redner den Saal.

Der Abgeordnete Zahl stellte im Namen der demokratischen Partei fest, daß diese Partei an dem Maibeschluß festhalte.

Der Abgeordnete Daszynski stellt im Namen seiner Partei den Antrag, in dem er die Auflösung des D. N. R. und die Übernahme seiner Geldmittel durch den polnischen Klub fordert.

Der Abgeordnete Eliwinski schließt sich im Namen der demokratischen Fortschrittspartei (Zurufe: in eigenem Namen) den Ausführungen der Abg. Daszynski und Glombinski an. Eine ähnliche Erklärung gibt der Abg. Stapinski ab.

Unter Lärm und Tumult verlassen die Volksparteiler und Nationaldemokraten den Saal.

Fürst Andreas Lubomirski bringt folgenden Antrag ein:

„Angeichts der unerhörten Verwüstung, die durch die sich zurückziehenden russischen Heere angerichtet worden sind, wo infolgedessen und infolge der zahlreichen Requisitionen, die den Anordnungen der österreichischen Behörden nicht entsprechen, Hungersnot und das schrecklichste Elend drohen, wird die k. u. k. Regierung ersucht, der Bevölkerung sofort Hilfe zu bringen und den Wiederaufbau des Landes, die Versorgung mit Lebensmitteln und die landwirtschaftliche und industrielle Produktion in diesem Teile des Landes mit allen Kräften zu fördern. Schließlich wird die Regierung um eine erfolgreiche Ausbesserung der Verkehrsstraßen und Lieferung der notwendigen Heizungs- und Leuchtmaterialien, die zur Überwinterung durchaus nötig sind, ersucht.“

Nunmehr vertagte der Vorsitzende die Beratungen auf 4 Uhr nachmittags.

Die Nachmittagsberatungen.

Zu der Nachmittagsberatung, die statt um 4 Uhr erst um 5½ Uhr nachmittags begann, waren die Nationaldemokraten und die Mitglieder der nationalen Vereinigung nicht erschienen. Von den Volksparteilern kamen nur zwei. An den Beratungen nahm auch der Abg. Londzin teil.

Erklärungen.

Nach Eröffnung der Sitzung nahm der Abgeordnete Dr. Bardel das Wort, der im Namen der Polnischen Volkspartei, der Nationaldemokraten und der Nationalen Vereinigung eine Erklärung verlas, in der den Konservativen vorgeworfen wird, daß sie die heutige Sitzung zu dem Zwecke ausgenützt hätten, um „in unwürdiger und feiger Weise“ den Beschluß vom 28. Mai zu verleugnen. „Wir können nicht zulassen — heißt es in der Erklärung — daß die heutige Sitzung zu Zwecken mißbraucht werde, die mit der Tagesordnung der heutigen Sitzung nichts gemein haben, und daß eine politische Partei die Meinung des ganzen Volkes straflos verhöhnen darf. Daher werden wir an den weiteren Beratungen nicht teilnehmen. — Zugleich bitten wir den Vorsitzenden des polnischen Klubs, angesichts der Nichtanwesenheit der Mehrzahl der Mitglieder des Klubs weitere Beratungen nicht zuzulassen und die heutige Sitzung zu schließen. Auf jeden Fall protestieren wir dagegen, daß sich das D. N. R. als „national“ bezeichne, da nach dem Austritt der Vertreter des polnischen Volkes aus demselben dieses Komitee nichts Nationales an sich habe.“

Alsdann verließ der Redner mit dem zweiten Abgeordneten der Volkspartei den Saal.

Der Abg. Dr. Zahl gibt im Namen der polnischen Demokratie folgende Erklärung ab:

„Angeichts des Umstandes, daß nach einer längeren Aussprache formaler Natur 3 Parteien den Saal ver-

lassen und dadurch die weiteren Beratungen des Landtagsklubs unmöglich gemacht haben, so daß in diesem für das Volk so schwierigen Augenblick die Sitzung des Landtagsklubs unterbrochen wurde, erklären wir, daß wir dauernd auf dem Boden der früheren Beschlüsse des Klubs stehen, besonders aber auf dem Boden des Beschlusses vom 28. Mai. Wir drücken unser Bedauern aus, daß die heutige Spaltung die Beratung über die Anträge in der Angelegenheit der Hilfeleistung für die Bevölkerung unseres Landes unmöglich gemacht hat."

Der Abgeordnete Daszynski gibt im Namen seiner Partei die Erklärung ab, daß seine Partei an den weiteren Beratungen nicht teilnehmen wird. Er verlangt vom Vorsitzenden, daß er weitere Beratungen nicht zulasse.

Nach dieser Erklärung verließen die sozialistischen Abgeordneten den Saal.

Der Abgeordnete Fürst Andreas Lubomirski gibt folgende Erklärung ab:

"Im Namen der Autonomisten und des Zentrums, die sich joeben zu einem Klub vereinigt und mir den Vorsitz übertragen haben, weise ich den den Konservativen gemachten Vorwurf der Feigheit mit Entschiedenheit zurück. Unsere Parteien, die keinen Gegensatz zwischen dem Manifest vom 5. November und dem Beschluß vom 28. Mai 1917 erblicken und keineswegs auf die Ideale verzichten, die seit 150 Jahren in dem Herzen eines jeden guten Polen gehegt werden, halten es für ihre Pflicht, mit allen Kräften zum Wiederaufbau des polnischen Staates unter Ausnutzung der gegenwärtigen Verhältnisse beizutragen. Sie sind überzeugt, daß der von ihnen gewählte Weg taktisch der richtige und der einzige ist, der dem polnischen Volke eine Stimme für die Zeit sichern kann, wo sein Schicksal endgültig entschieden wird, damit unser Volk, wenn der wichtige Augenblick kommt, dort vertreten wäre, wo man über uns entscheiden wird. Nach dieser Richtung hin erlaube ich mir, mich auf die Erklärung unseres verehrten. Vorsitzenden im Reichsrat zu beziehen.

Im Namen unserer Parteien drücke ich unser lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Parteien, die — so weit mir bekannt ist — nicht die Mehrheit des Landtagsklubs bilden, durch Verlassen des Saales in einem so wichtigen Augenblick die weiteren Beratungen und die in politischer und wirtschaftlicher Beziehung so wichtige Beschlußfassung unmöglich gemacht haben."

Schluß der Sitzung.

Schließlich nahm der Vorsitzende Dr. Lazarzski das Wort und erklärte: Infolge des Umstandes, daß einige starke Parteien den Sitzungssaal verlassen haben, ferner, daß einige Parteien den Wunsch geäußert haben, die Beratungen abubrechen, daß die Antragsteller in der gegenwärtigen Sitzung nicht erschienen sind, wodurch die allseitige Aussprache über die von ihnen gestellten Anträge unmöglich geworden ist, und schließlich in der Erwägung, daß es im Interesse des Friedens und der Einigkeit liegen wird, die — wie ich hoffe — trotz der heutigen Vorgänge sich wiederfinden werden, glaube ich, daß die Fortführung der Beratungen zwecklos ist, und schließe daher die Versammlung.

In Vervollständigung des Berichts bemerken wir, daß sich in der Vormittagsitzung der Abg. Dr. Jahl im Namen der polnischen Demokratischen Partei für Beibehaltung des D. N. K. noch für die Zeit erklärt hat, bis die polnische Regierung im Königreich entstanden sein wird:

"Wir, Abgeordnete der Poln. Demokr. Partei, halten das Bestehen des D. N. K. bis zur Entstehung

der polnischen Regierung im Interesse der polnischen Legionen für notwendig. Die Legionen sind dem Vorläufigen Staatsrat übergeben worden. Gegenwärtig besteht der Staatsrat nicht, und an seiner Stelle soll in Kürze die polnische Regierung treten, die die Fürsorge für die Legionen als ihre rechtmäßige Behörde übernehmen wird. So lange es diese Behörde nicht gibt, muß die Fürsorge für die Legionen das D. N. K. ausüben.

Wir fordern daher die unverzügliche Bildung einer polnischen Regierung und die möglichst baldige Organisierung eines polnischen Heeres.

Diese Angelegenheit steht jedoch weder in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Akte vom 5. November 1916, noch mit dem Beschluß vom 28. Mai 1917 und kann nicht durch sie kompliziert werden.

Zwecks Beseitigung aller möglichen Zweifel stellen wir erneut fest, daß wir ständig und unerschütterlich auf dem Boden des Beschlusses vom 28. Mai 1917 stehen und an diesem Beschlusse auch fernerhin festhalten werden."

Aus Nr. 406 des Czas (Kraukau)

vom 3. September 1917.

Das Oberste Nationalkomitee.

Geschäftsbericht des stellvertr. Vorsitzenden Jaworski.

Da die Abgeordneten-Versammlung mit einer Tagesordnung einberufen worden ist, auf der die Sache des Obersten Nationalkomitees steht, halte ich es für meine Pflicht, über die dreijährige Tätigkeit dieses Komitees Bericht zu erstatten.

Eine Erleichterung für die Erkenntnis der Wirksamkeit des Obersten Nationalkomitees ist das vom Präsidium unter dem Titel: „Dokumente des D. N. K. 1914—1917“ herausgegebene Buch, woraus bereits ein bibliographisches Verzeichnis der vom D. N. K. herausgegebenen Schriften, sowie die Berichte des wirtschaftlichen Büros des D. N. K. und des Büros für die Gefangenen-Fürsorge in Druck veröffentlicht worden sind. Alle Abteilungen und Körperschaften des D. N. K. werden über ihre Tätigkeit ebenfalls besondere gedruckte Berichte erstatten. Diese sind größtenteils schon fertig, nur die gegenwärtigen, überaus schwierigen Druckverhältnisse haben es nicht gestattet, sie der hohen Versammlung schon heute vorzulegen.

In allgemeinen Umrissen stellt sich die Tätigkeit des Obersten Nationalkomitees in folgender Weise dar:

Die Erfüllung der Aufgaben der nationalen Politik fiel dem D. N. K. auf diesem Gebiete in ihrem ganzen Umfange zu, weil der polnische Klub infolge der Kriegslage außer Tätigkeit war. Nach der Wahl des Vorsitzenden des polnischen Klubs, des Herrenhausmitgliedes Leo Bilinski mit Wissen des politischen Ausschusses des polnischen Klubs und des Vollstreckungsausschusses des D. N. K. sollte in politischen Angelegenheiten der Vorsitzende des D. N. K. im Einverständnis mit dem Vorsitzenden des polnischen Klubs handeln. Schließlich genehmigte der Landtags-Klub am 29. April 1916 eine zwischen dem D. N. K. und dem polnischen Klub getroffene Vereinbarung, nach der alle Angelegenheiten der nationalen Politik, mit Ausnahme der der Legionen, zur Zuständigkeit des polnischen Klubs gehören. Seit dem 29. April 1916 trägt daher das D. N. K. für die Fragen der polnischen nationalen Politik, mit Ausnahme der Legionenfrage, keinerlei Verantwortung, und seit Januar d. Js., d. h. von dem Augenblick an, als die Legionen der Stamm des polnischen Heeres wurden und zur Zuständigkeit des Staatsrates gehören, trägt es auch in Sachen der Legionen keine Verantwortung. Dieser Rechtslage entsprechend gestaltete sich die weitere Tätigkeit des D. N. K.

Der Zeitabschnitt, in dem das D. N. K. die einzige tätige national-polnische Vertretung war, war für dieses am schwierigsten. Die Anerkennung und Wertschätzung der Legionen und ihre Idee mußten unter Umständen erworben werden, die einerseits durch die Besetzung beinahe des ganzen Landes (Galizien) seitens der Russen, andererseits durch die von unseren Gegnern verbreitete Meinung, daß alle Polen Verräter seien, gekennzeichnet werden. Das Ausland wußte nur von denjenigen Polen etwas, die im Lager der Entente steckten. Bei dieser Sachlage fiel dem D. N. K. die Aufgabe zu, die eigene Volksgesamtheit zu stärken und gegen die uns schädigende öffentliche Meinung zu kämpfen. Diese Aufgabe erfüllten wir mit allen uns zugänglichen Mitteln. Ich sage deshalb mit „zugänglichen“ Mitteln, weil das Verhalten der Behörden, insbesondere das der Militärbehörde dem D. N. K. gegenüber besonders streng war. Einst wird die Geschichte alle unsere Bemühungen verzeichnen, die den fremden Völkern und den entscheidenden Faktoren dartun werden, was die Polen sind und wonach sie streben. Die wichtigsten Schriften des D. N. K. müssen einstweilen noch im Archiv verbleiben. Ich erwähne nur einige Einzelheiten: Das D. N. K. trat gegen diejenigen auf, die die polnischen Beamten des Verrats beschuldigten. Das D. N. K. verteidigte die Polen auch gegen die Angriffe eines Brandes, Luzzatti u. a. und berichtigte sowohl selbst als auch durch seine ausländischen Vorposten zahlreiche Denkschriften, Broschüren und in zwei deutsch redigierten Zeitschriften die gegen unser Volk gerichteten verleumderischen Fälschungen und Lügen.

Zwei andere Aktionen darf ich nicht unerwähnt lassen. Eine besondere Abordnung des D. N. K. prüfte mehrere Wochen lang im Königreiche an Ort und Stelle die Vernichtung des Landes und die Not des Volkes. Die von ihr ausgearbeitete und von dem D. N. K. dem Ministerium des Außern übersandte Denkschrift wird ein Beweis für die Arbeit der Mitglieder dieser Abordnung bleiben. Von Anfang an bis zum gegenwärtigen Augenblicke erforscht das D. N. K. die nationalen Verhältnisse in Polen, insbesondere die Beziehungen der Polen zu den Ruthenen, und zwei Veröffentlichungen des Professors Smolka in französischer und deutscher Sprache bestätigen die Tätigkeit des D. N. K. nach dieser Richtung hin. Seit der ersten Zeit seines Bestehens bereitet das D. N. K. auch Material zur Einrichtung des polnischen Staates in rechtlicher, wirtschaftlicher und militärischer Beziehung vor. Zahlreiche Beweise für diese Arbeit findet man in dem bibliographischen Verzeichnis der vom D. N. K. herausgegebenen Schriften.

Das D. N. K. kämpft für den polnischen Staat. Wenn Sie ein Bild der Veränderungen haben wollen, die dieser Kampf durchgemacht hat, dann sehen Sie irgendwelche von dem D. N. K. herausgegebenen periodischen Schriften durch. Die weißen Stellen — sind der erste Zeitabschnitt; die polnische Staatlichkeit — der zweite Zeitabschnitt, endlich sind die zum ersten Mal ohne nähere Umschreibung laut ausgesprochenen Worte „polnischer Staat“ — der Aufruf des D. N. K. nach der Befreiung Warschaus am 8. August 1916. Die Schwierigkeiten, die hier zu überwinden waren, versteht nur, wer sich der langen Zeit erinnert, in der die herrschenden Anschauungen sich in folgendes Programm zusammenfassen ließen: „Polen ist ein erobertes Land; wir geben euch, was wir wollen; ihr sollt schweigen; der Höhepunkt eurer Bestrebungen sollte die Vergrößerung der polnischen Provinz sein.“ Und wenn wir an allen Wahnsinn und alle Verzweiflungen zurückdenken, von denen die Menschen in dem Maße der Änderungen auf dem Kriegsgebiete ergriffen wurden, dann werden wir das Bild aller Verhältnisse vervollständigen, unter

denen das D. N. K. arbeiten und an seinem Programm festhalten mußte. Deshalb machen wir uns auch Anspruch auf das Hauptverdienst, daß unsere Treue für die Idee niemals eine Erschütterung erlitten hat, für die Idee, die uns ins Leben gerufen, uns Kraft gegeben und unsere Hoffnung auf den Sieg aufrecht erhalten hat.

Naturgemäß teilte sich die Wirksamkeit des D. N. K. in eine militärische, finanzielle, die Volksgesamtheit organisierende Tätigkeit, in die Fürsorge für die Invaliden und die Witwen und Waisen der Legionäre. Die Bedürfnisse unseres Lebens riefen noch andere Einrichtungen hervor, über die ich gern sprechen möchte. Ich bemerke aber, daß neben diesen Gebieten die Verteidigung unseres Landes, die Aufklärung unseres Volkes und der Fremden über die Bedeutung der Legionen, die Berichtigung falscher Anschauungen über uns und eine Information im vollsten Sinne des Wortes ebenso wichtig waren. Heute sind nicht Mittel genug vorhanden, die für diesen Zweck hingegeben werden müßten. Das hat man nicht überall verstanden, und die Verwendung der Mittel zu diesem wichtigsten Bedürfnis wurde eine Vergeudung öffentlicher Gelder genannt.

Die ausländischen Vorposten des D. N. K.

Dem Charakter unserer Institution entsprechend und wegen Mangels an Mitteln und an geeigneten Personen hat das D. N. K. im Auslande keine diplomatische Tätigkeit entwickeln können, statt dessen aber hat es für eine ausgedehnte informatorische Aktion gesorgt. Zu diesem Zwecke wurden gleich nach Beginn des Krieges nach Maßgabe der Mittel und Umstände ausländische Vorposten geschaffen — und zwar durch die Entsendung hervorragender Persönlichkeiten, die dazu eine besondere Befähigung haben, und durch die Einrichtung ständiger Nachrichtenbüros, um beide Seiten zu unterrichten. Derartige Büros sind entstanden:

In Wien das Pressebüro mit der Zeitschrift „Polen“.

In Budapest die Abordnung des D. N. K. (I. Stamirowski, Frh. Syntinis und zeitweise Dr. Dombrowski).

In Berlin das polnische Informationsbüro unter der Leitung von W. Feldmann mit der Zeitschrift „Polnische Blätter“.

In Sofia das polnische Pressebüro unter dem Voritze des dortigen Universitätsprofessors Penew und unter Leitung von W. Zembrzuska, später Dr. I. B. Grabowski.

In Konstantinopel die Informations-Agentur. In Stockholm im Jahre 1915 Dr. M. Szarota und von der Mitte des Jahres 1916 ab Dr. St. Wędkiewicz.

In Haag Dr. Johann Wlodek.

In Bukarest im Jahre 1915 Dr. St. Wędkiewicz.

In Italien waren bis Mai 1915 Professor Dr. St. Smolka in Rom und dann das Büro von W. Baranowski in Mailand tätig.

In der Schweiz in den Jahren 1914 und 1915 das polnische Pressebüro in Rapperswil unter der Leitung von St. Zielinski, das späterhin in Bern erweitert wurde, unter Leitung Dr. A. Baders stand und vor einem Jahre der dort eingerichteten polnischen Mission zugeteilt wurde, die unter der Leitung des Professors M. Kostworowski steht.

In den Vereinigten Staaten in Nord-Amerika wirkte in den Jahren 1915/16 eine besondere Abordnung des D. N. K., bestehend aus den Herren A. Hausner und Dr. F. Mlynarski.

Das Gebiet der Tätigkeit dieser Vorposten war sehr verschiedenartig und überall im Verhältnis zu

der Unterstützung, die sie im Lande fanden, erfolgreich. Die ausländischen Vertreter entwickelten überall eine publizistische und Pressetätigkeit. Eine Nachweisung der durch sie in der angesehensten ausländischen Presse angebrachten Artikel zählt ihrer Tausende auf. In Broschüren und ausführlichen Rundgebungen haben geliefert: Berlin 7, Sofia 5, Budapest 2, die Schweiz und Amerika je einige; zwecks Informierung der politischen Kreise wurden ebenfalls Nachrichtenstellen eingerichtet (in der Schweiz im Jahre 1914, in Mailand 1915, in Berlin 1914—17, in Sofia 1917). Ganz besonders müssen die Verdienste der Berliner „Polnischen Blätter“ hervorgehoben werden, die trotz des Mangels einer ausreichenden Unterstützung im Lande sich in Deutschland eine angesehene Stellung verschafft haben, indem man dort für unsere Sache erstklassige Federn gewonnen hatte, wie z. B. die Herren Delbrück, Naumann, Jastrow, Wendl, Wilamowiz, Duden, Lijst, Bachem, Rohrbach usw. Daß sich so viele hervorragende ungarische, deutsche, bulgarische, schwedische, schweizerische, italienische und französische Schriftsteller und Politiker für die polnische Sache interessieren, ist im allgemeinen ein Verdienst der Vorposten des D. N. R., wobei die zu diesem Zwecke in fremden Sprachen herausgegebenen Rundgebungen der Herren Prof. Smolka, Balcer, Halecki, Wasilewski, Battaglia, Lempicki und die periodischen Organe eine große Rolle gespielt haben. Zwecks Popularisierung der Bestrebungen und Tätigkeit der polnischen Legionen hat man sich nicht nur der Feder bedient, sondern auch einiger artistischer Ausstellungen in verschiedenen Hauptstädten Europas.

Die Vorposten des D. N. R. haben sich bei fremden Volksgemeinschaften und vielfach auch in Regierungskreisen ein Ansehen verschafft, daß die Sache der polnischen Staatsbestrebungen außerhalb unserer Grenzen verständlicher geworden ist, manche Vorurteile beseitigt und Angriffe unserer Gegner geschwächt wurden. Hier muß hinzugefügt werden, daß der im Ausland von der ukrainischen (Deutschland, Bulgarien, Ungarn, Schweiz, Schweden), der litwomianischen (Deutschland, Schweiz, Schweden), der nationalistisch-jüdischen (Deutschland, Türkei, Amerika) gegen die Polen geführte Kampf nur in den Vorposten des D. N. R. Zurückweisung fand. Die Sympathieen für unser Volk, von denen unsere Sendlinge geschickt Gebrauch machten, fanden Ausdruck bald in der Form massenhafter Erklärungen fremder Volksgemeinschaften (Aktion der Komitate in Ungarn, Enquete in Bulgarien), sowie in der Form der sich in vielen Ländern vorbereitenden Verbände der Freunde Polens.

Die Sendlinge des D. N. R. nahmen sich in vielen Fällen unserer zwangsweise in der Emigration weilenden Landesleute an; ihr Verdienst ist die Erleichterung des Loses der polnischen Zivil- und Kriegsgefangenen in der Türkei und in Bulgarien. Auch bei der gegenseitigen Annäherung des durch den Kriegsfordon von uns getrennten polnischen Volkes und bei der gegenseitigen Verständigung (das Verhältnis der Emigration in Rußland zu den staatlichen Arbeiten in Vaterlande) hat unsere Abordnung eine hervorragende Rolle gespielt. Das Volk wird es ihnen als ein Verdienst anrechnen, daß sie die innere Zersplitterungen und Zermürbungen unserer Volksgemeinschaft nicht vor das fremde Forum gebracht haben.

Aus Nr. 408 des Czas (Kraakau)
vom 4. September 1917.

Nach der Sonntagsversammlung.

Man kann sich leicht die Verwunderung vorstellen, mit der das ganze Land die Kunde von den Ärgernissen

erregenden Vorgängen in der Sonntagsversammlung des Landtagsklubs aufgenommen hat. Anstatt klarer Beschlüsse, die mit Ungeduld erwartet wurden und über die Richtung unserer nationalen Politik entscheiden sollten, erhält das Land den Bericht über brutale Vorgänge, mit deren Hilfe die Minderheit (50 gegen 65) der Teilnehmer versuchte, nicht nur eine Beschlussfassung der Mehrheit, sondern auch jegliche ernstere Aussprache über nationale Politik zu verhindern. Und schließlich griff diese Minderheit zu einer Taktik, nach der nur der Schwache greift, indem sie zwecks Sprengung der Versammlung und Verschleierung des Übergewichts der zahlenmäßigen Gegner den Saal verließen.

Die Aufregung und Leidenschaftlichkeit, die im Saale herrschte, steht mit der Tatsache im Zusammenhang, daß am Sonntag zwei grundsätzlich entgegengesetzte Auffassungen der polnischen Sache aufeinander prallten, deren Unterschiede von Tag zu Tag sogar für das breitere Publikum deutlich werden, daß sich zunächst weder über die Voraussetzungen, noch über die Konsequenzen gewisser allgemeiner Lösungen und Programme Rechenschaft ablegen konnte. Dieser Gegensatz der zwei Richtungen, die während der ganzen Zeit des gegenwärtigen Krieges, ja eigentlich auch schon längere Zeit vor ihm gegeneinander kämpfen, ist seit kurzem auf dem Hintergrunde der Maibeschlüsse sehr scharf hervorgetreten, die als Ausdruck des Kompromisses zwischen den Parteien nur allgemein formuliert, infolgedessen aber auch von der einen und der andern Seite direkt entgegengesetzt ausgelegt wurden. Der Kampf um die Aufrechterhaltung des D. N. R., der scheinbar im Vordergrund stand, war nur eine Episode in dem Kampfe um die Auslegung der Maibeschlüsse und um die realen und praktischen Schlussfolgerungen aus ihnen in der Politik.

Man kann nämlich aus den Maibeschlüssen eine zweifache Konsequenz ziehen, ohne ihren Text zu verletzen. Für die einen war der eigentliche Leitgedanke die Notwendigkeit des Ausbaus Polens entgegen den Interessen der Mittelmächte, weshalb sie sich in ihrer Tätigkeit auf die Entente stützen. So wurden die Maibeschlüsse von der Emigration kommentiert, die sich um die Lausanner Agentur gruppiert. So wurden sie auch von den offiziellen Organen der Nationaldemokratie im Königreich aufgefaßt. So erklärte sie sich die polnische Versammlung in Moskau, indem sie sich auf die einmütige Haltung des Polnischen Klubs mit seinem Streben nach einer Lösung der polnischen Frage im Zusammenhang mit der Entente und Rußland berief.

Für die andern lassen sich die Maibeschlüsse mit unserem bisherigen Verhalten völlig in Einklang bringen, da das darin ausgesprochene Ideal der Vereinigung und des Zutritts zum Meere nicht gegen die Mittelmächte gerichtet ist, sondern nur die Feststellung des allgemeinen Strebens unseres Volkes bedeutet, das unter den gegenwärtigen Verhältnissen zwar nicht vollständig, aber wenigstens zum großen Teil mit Hilfe der Mittelmächte verwirklicht werden kann. So wurden die Beschlüsse von den konservativen und demokratischen Parteien aufgefaßt, als diese dafür stimmten; so wurden sie von ihren Organen ausgelegt, und eine solche Bedeutung verlieh ihnen schließlich in seiner Rede im Parlament der Vorsitzende des Polnischen Klubs.

Zwischen diesen grundsätzlich verschiedenen Auffassungen obiger Beschlüsse befindet sich die Auffassung eines bedeutenden Teils der öffentlichen Meinung des Landes, die diese Auslegungen modifizierte und vor allem das Ziel verfolgte, gegen die beiden Mittelmächte verschiedenartige Stellungen einzunehmen, wobei sie sich am häufigsten auf die Wendung über die erwartete Hilfe seitens des österreichischen Monarchen berief. Es ist möglich, daß diese Modifikationen nicht genügend begründet sind. Sie haben jedoch einem

bedeutenden Teil des Landes die Erklärung für die Beschlüsse ohne das Gefühl ermöglicht, daß man damit den Boden der Entschließung vom 16. August 1914 verläßt.

Die Anhänger der ersten Auffassung der Maibeschlüsse zogen natürlich daraus Schlußfolgerungen für die praktische Tätigkeit, die einen Widerspruch der Anhänger der andern Auffassung hervorrief. Im Sinne der Maibeschlüsse fing man an, zur Nichtanerkennung des Aktes vom 5. November, zum Widerstand gegen den Staatsrat, weil dieser durch die Mittelmächte ins Leben gerufen sei, zur Zertrümmerung oder zur Zurückziehung der Legionen aus dem Königreich aufzufordern, da die Bildung des polnischen Heeres sich mit der erwarteten Hilfe von seiten der Entente nicht vereinigen lasse. Die Anhänger der zweiten Auffassung hingegen erblickten keinen Gegensatz zwischen der Anerkennung des Aktes vom 5. November und dem Streben nach der Bildung des Heeres und des Staates auf dieser Grundlage einerseits, und der Feststellung der nationalen Ideale, die natürlich praktisch nicht auf einmal verwirklicht werden können, andererseits. Daher halten sie die Berufung auf die Maibeschlüsse bei der Vernichtung der Anfänge des Heeres und der Regierung für einen Mißbrauch.

Auch auf dem politischen Gebiete unseres Landes teils legten die Anhänger der ersten Auffassung obige Beschlüsse als Ankündigung einer rücksichtslosen Opposition gegen den Staat aus (Ablehnung des Budgets und der Kredite), als Ablehnung der Sonderstellung, die sie für nicht aktuell und schädlich halten, als Aufhebung des Beschlusses vom 16. August, woraus sie die Auflösung des D. N. R. folgerten. Hingegen wurde von der anderen Seite die Notwendigkeit und Möglichkeit der Vereinbarkeit dieser Beschlüsse mit den Traditionen einer 40 jährigen realen Politik des Klubs betont, so daß man die polnische Sache auf die Habsburger Monarchie stützen wolle, und zwar unter Verzicht auf die rücksichtslose Opposition gegen den Staat, mit dem Streben nach der Sonderstellung, die keiner einzigen günstigen Lösung unserer Sache widerstreitet und einer ungünstigen schon während des Krieges wirksam vorbeugt und schließlich mit der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Beschlusses vom August und des D. N. R.

Der Sonntag war der Tag des schärfsten Zusammenpralls dieser beiden entgegengesetzten Richtungen. Die Mehrheit des Landtagsklubs stellte sich klar und entschieden auf den zweiten Standpunkt, den wir für den einzig richtigen halten. Ob die Minderheit des Landtagsklubs, die sich aus den Nationaldemokraten, Volksparteilern und Sozialisten zusammensetzt, sich in allen ihren Schattierungen klar gemacht hat, daß dies ein Kampf um die Art der praktischen Verwirklichung der Maibeschlüsse ist und die Erklärung für oder gegen das D. N. R. nur die Konsequenz der einen oder andern Auffassung ist, wissen wir nicht. Das wird ihr weiteres Verhalten namentlich auf dem Wiener Boden nach Eröffnung der parlamentarischen Session zeigen. Auf jeden Fall hat die Sonntagsversammlung — bei aller Brutalität der äußeren Ereignisse — die öffentliche Meinung des Landes aufgerüttelt, hat die ungeheure Bedeutung der Auslegung der Maibeschlüsse zum Bewußtsein gebracht und zur Beseitigung der Zweideutigkeit und Unklarheit aus dem öffentlichen Leben und der absichtlichen Irreführung der öffentlichen Meinung beigetragen. Die Bedeutung der Sonntagsversammlung liegt also nicht nur in der Tatsache, daß sich die Mehrheit für die zweite Auffassung unsrer politischen Aufgaben erklärt hat, sondern auch darin, daß alle Parteien und alle politischen Faktoren von jetzt an eine klare Stellung gegenüber der wichtigsten nationalen Frage einnehmen müssen.

Aus Nr. 408 des Czas (Kraukau)

vom 4. September 1917.

Nach der Sprengung des Landtagsklubs.

Die Parteien, die in der Versammlung des Landtagsklubs die Sezession veranlaßt haben, um einen Beschluß im Geiste der Mehrheit nicht zuzulassen, bemühen sich gegenwärtig, den Kampf auf den Boden des Polnischen Klubs zu übertragen in der Meinung, daß sie dort das Übergewicht erlangen werden. Natürlich hat der Polnische Klub andere Aufgaben als der Landtagsklub, zu dem ausschließlich sowohl die die Angelegenheit des Obersten Nationalkomitees, als auch die Entscheidung der wichtigsten nationalen Angelegenheiten, die über das Interesse unseres Landes teils hinausgehen, gehören, wie dies übrigens in der letzten Zeit immer gehandhabt worden ist. Hat doch nicht der Polnische Klub, sondern der Landtagsklub, nachdem er sich durch die Vertreter einiger Parteien ergänzt hat, die weder im Landtage, noch im Parlamente Sitz haben, die Entschließung vom 16. August und die Maibeschlüsse gefaßt, dieser ist daher ausschließlich zu deren Auslegung berufen, und die Verlegung der Angelegenheit in den Polnischen Klub würde der Auslegung den Charakter der Authentizität nehmen.

Die Parteien der Minderheit scheinen jedoch nach dieser Richtung hin einer durchaus anderen, aber falschen Ansicht zu sein. Wie der „Kurjer Illustrowany“ mitteilt, haben sie sich am Sonntag zu einer gemeinsamen Konferenz im Lokal des Zwischenparteilichen Klubs versammelt.

„An dieser Versammlung — schreibt der „Kurjer“ nahmen alle Abgeordneten der Nationaldemokratischen Partei, der Nationalen Vereinigung, wie auch die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei und der einzelnen allein dastehenden Gruppen teil. Nach einer längeren erschöpfenden Aussprache faßte man eine Reihe von Beschlüssen, die für die Schaffung einer ungeheuren (?) Mehrheit der Vertreter des Landes auf dem Boden des Wiener Parlaments und damit auf dem Boden des Polnischen Klubs eine weittragende Bedeutung haben werden. Zu diesem Zwecke wurde ein besonderer Verständigungsausschuß gewählt, der die polnische Politik auf dem Wiener Boden einheitlich gestalten soll.“

Der „Głos Narodu“, der die Reden des Abg. Głabinski und anderer nationaldemokratischer Abgeordneten im Wortlaut gebracht hat und ihnen anscheinend eine große Bedeutung beimißt, schreibt über diese Beratungen mit Sympathie, übergeht aber die Tatsache, daß an ihnen, wie der „Naprzód“ bemerkt, die sozialistischen Abgeordneten „nicht offiziell“ teilgenommen haben. Das Blatt schreibt: „Nach der Sonntagsitzung haben sich die Abgeordneten der Parteien, die zum Zwischenparteilichen Verband gehören, im Lokal des Verbandes versammelt. 5 Stunden lang haben unter Beteiligung von über 40 Abgeordneten Beratungen über das zukünftige Verhalten im Polnischen Klub und im Lande stattgefunden. Die Beratungen, die durch ihren Ernst und ihre Sachlichkeit (!) die stürmischen Eindrücke des Vormittags verwischt haben, haben zu einmütig gefaßten Beschlüssen geführt.“

Da die stürmischen Vorgänge in der Vormittagsitzung, die den Zweck hatten, eine Beschlusfassung unmöglich zu machen, gerade von den dort versammelten Gruppen hervorgerufen wurden, wird dadurch die obige Bemerkung des Głos Narodu tendenziös und hat den Zweck, die Verantwortung von den wirklichen Urhebern der Sprengung des Landtagsklubs abzuwälzen.

Was die Stellung der Sozialisten anbelangt, so haben sie diese in ihrer eigenen Sitzung festgelegt. In ihren Beschlüssen versuchten sie zunächst festzustellen, daß „die bedauerlichen Vorgänge in der letzten Sitzung des Landtagsklubs die Folge des Verhaltens der Kon-

servativen gewesen seien, die seit dem 28. Mai d. J., ohne mit dem nationalen Interesse zu rechnen, den Kampf gegen die Beschlüsse vom 28. Mai d. J. zu führen versuchen. Anstatt sich mit den Parteien zu verständigen, hat man den Weg des Kampfes mit der Mehrheit gewählt, was zur Sprengung des Landtagsklubs geführt hat."

Darauf ist zu antworten, daß die Konservativen im Gegensatz zu den unterhörten Herausforderungen der Volksparteiler, der Allpolen, der Herren Ciencki, Prof. Stronski, Geisil. Ofon und anderer völlige Ruhe und kaltes Blut bewahrt haben, daß nicht sie die Versammlung gesprengt haben, da sie zusammen mit den Demokraten die Mehrheit hatten. Die Mehrheit veranstaltet nie Sezessionen. Das ist doch wohl klar!

Schließlich ist mit aller Entschiedenheit zu bemerken, daß die Konservativen nicht nach der Ungültigmachung der Beschlüsse vom 28. Mai streben, wie man dies nach den Worten des „Naprzód“ annehmen könnte, sondern nach einer solchen Auffassung derselben, wie sie von Anfang an ihrer Stellungnahme entsprach und wie sie vom Vorsitzenden des Polnischen Klubs, Dr. Lazariski, in seiner Rede im Parlament hervorgehoben wurde. Diese Frage behandeln wir übrigens in einem besonderen Artikel.

Ein weiterer Teil des sozialistischen Beschlusses verlangt den Rücktritt der Vertreter ihrer Partei aus dem D. N. K. und macht den Vorsitzenden des D. N. K. Dr. Jaworski, „persönlich für jeden öffentlichen Groschen des D. N. K. verantwortlich, der unrechtmäßigerweise für die Bedürfnisse der konservativen Partei und die privaten Bedürfnisse der Angestellten dieser Partei ausgegeben wird.“ Ohne auf die Unterstellung einzugehen, die in diesem Beschlusse enthalten sind, müssen wir feststellen, daß er nicht nur unanständig, sondern auch gegenstandslos ist. Kein Groschen des D. N. K. ist jemals zu privaten Zwecken ausgegeben worden. Die Kassenverhältnisse des D. N. K. sind von einem Prüfungsausschuß sorgfältig geprüft und zur Mitteilung an den Landtagsklub vorbereitet worden. Nicht die Konservativen auch nicht die Demokraten hatten ein Interesse daran, diesen Bericht nicht zuzulassen.

Wenn die Sozialisten mit Rücksicht auf ihr heutiges Bündnis keine Lust haben, sich dessen zu erinnern, so werden gewiß andere Parteien keine Veranlassung haben, nicht hervorzuheben, daß die Kassenabteilung des D. N. K. musterhaft geführt worden ist und die volle Anerkennung der Kontrollkommission erlangt hat. Die Unterstellung, die in dem Beschluß der Sozialisten und vom Glos Narodu ohne Kommentar wiedergegeben wird, wird daher zweifellos von allen ersten Faktoren unserer öffentlichen Meinung zurückgewiesen werden.

Aus Nr. 412 des Czas (Krakau)
vom 6. September 1917.

Die Bedeutung des 2. September.

Die Presse, die mit dem Block der Volksparteiler, Allpolen und Sozialisten sympathisiert, nimmt in ihren Artikeln, in welchen sie die Ergebnisse des 2. September bespricht, eine falsche Stellung ein, indem sie absichtlich den allgemeinen Hintergrund verändert oder übergeht, auf dem man einzig und allein die Vorgänge dieses Tages beurteilen kann. Die dort zum Ausdruck gekommenen Gegensätze haben einen grundsätzlichen Charakter, und alle Streitfragen, die in den Vordergrund geschoben wurden, wie die Frage des Stimmrechts der 5 Herrenhausmitglieder, die nicht Abgeordnete sind, ja sogar die Frage der Auflösung des D. N. K., sind nur von untergeordneter Bedeutung. Dieser Umstand muß sich jeder vergegenwärtigen, wenn er die Tatsache richtig beurteilen will, daß sich auf der einen Seite die Mehrheit von 65, auf der andern Seite die

Minderheit von 50 Mitgliedern befand, und daß die Minderheit um eine Beschlussfassung nicht zuzulassen, den Antrag auf Nichtzulassung jeglicher Besprechung stellte, alsdann durch lärmende Szenen jegliche Beschlussfassung verhinderte und schließlich durch Verlassen des Saales die Versammlung sprengte. Warum hat sie nach einem so brutalen Mittel gegriffen?

Die Antwort liegt, wie gesagt, in der Berücksichtigung der allgemeinen Lage.

Außerhalb der Grenzen der polnischen Gebiete, also einerseits in der Schweiz, in Frankreich und in England und andererseits in Rußland, sucht die Nationaldemokratie nach dem Muster von Venizelos eine polnische Regierung und ein polnisches Heer zu schaffen. Der Zweck, zu dem dies geschieht, kann nur dann erreicht werden, wenn auf den polnischen Gebieten weder eine Regierung, noch ein Heer entsteht. Daher kommen die Bestrebungen, die Bildung einer Regierung im Königreich nicht zuzulassen und alles zu zerstören, was zu einer solchen Regierung und zu einem solchen Heere führt, also das Bestreben, den Staatsrat und die Legionen zu vernichten. In Galizien, wo der Vertreter der Politik, die nach der Verwirklichung des Aktes vom 5. November strebt, das D. N. K. ist, muß also auch dieses zertrümmert werden.

Auf dem Hintergrunde solcher Bestrebungen läßt sich die Bedeutung des 2. September in folgender Weise skizzieren: die von dem Grafen Tarnowski im Namen der Konservativen abgegebene Erklärung betont die Notwendigkeit einer Politik, die mit der Wirklichkeit rechnet, und der Antrag des Abgeordneten Whyocki ist ein Protest gegen die Bildung von Regierungen und polnischen Heeren außerhalb der polnischen Gebiete. Um eine Beschlussfassung in einem solchen Geiste nicht zuzulassen, hat die Minderheit die Versammlung gesprengt. Die Bedeutung des 2. September besteht also nicht nur in der Beibehaltung des Obersten Nationalen Komitees, sondern auch in der Kundgebung, daß die Parteien, die sich gegen die Ausnutzung des Aktes vom 5. November wenden, innerhalb unserer höchsten nationalen Vertretung, die ausschließlich dazu berufen ist, Fingerzeige in den Fragen nationaler Politik zu geben, in der Minderheit sind, und zwar in keiner zufälligen Minderheit.

Die Tatsache, daß die Sprengung der Sonntagsversammlung eine so große Bedeutung hat, tritt, wie gesagt, in den Blättern der Parteien, die an dieser Sprengung teilgenommen haben, nicht deutlich genug hervor. Wir sind sogar zu der Annahme geneigt, daß vielleicht nicht nur die Blätter, sondern auch manche Parteien, die sich daran beteiligten, sich der Folgen ihrer Handlungsweise nicht bewußt waren. Einen Beweis dafür sehen wir in dem Artikel des „Naprzód“ vom Mittwoch (Nr. 204), der nachzuweisen sucht, daß alle Parteien, die den Saal verlassen haben, sich auf Österreich stützen wollen und für den Bau des Staates sind. Als Beweis führt der „Naprzód“ die vielfachen erzloyalen Reden des Abg. Glabinski an (namentlich beim Grafen Czernin), der am 16. Mai angeblich „den polnischen Thron der Habsburgischen Dynastie angeboten und diese verherrlicht haben soll“.

Gegenüber solchen Argumenten müssen wir noch einmal feststellen, daß der Kern des Problems die konkrete und unmittelbare Tatsache des Baues des polnischen Staates ist. In bezug darauf hat jedoch der Abgeordnete Glabinski mit seiner ganzen Partei — und zwar sowohl in Galizien als auch im Königreich — eine vollständig negative Haltung eingenommen. Wir erinnern uns doch alle, daß er in der Sitzung am 6. August im Namen der Partei erklärt hat, daß die Nationaldemokratie die Anerkennung des Aktes vom 5. November mit einem Verzicht auf nationale Bestrebungen für gleichbedeutend hält und daß sie deshalb für die Konsequenzen des Aktes nicht stimmen wird. Die Versicherung der Loyalität und andere

derartige Erklärungen können an der Tatsache nichts ändern. Der Kampf wird nämlich direkt um das nationale Interesse geführt, über dessen Auffassung die Anerkennung oder Nichtanerkennung des Aktes vom 5. November und der Bau oder die Zerstörung der darauf begründeten Anfänge des Staates entscheidet. Artikel nach Art des oben angeführten Artikels des „Naprzód“ beweisen, daß die sozialistische Partei, deren Organ er ist, darüber nicht orientiert ist, um was es den Konservativen und den Demokraten geht und wozu die Sozialisten den Allpolen behilflich sind.

Seine Stimme trägt auch durchaus nicht dazu bei, die Bedeutung der Beschlüsse vom 28. Mai gehörig aufzuklären. Die Konservativen und Demokraten treten doch gegen diese Beschlüsse nicht als solche auf, was übrigens die Erklärung des Grafen Tarnowski und die damit übereinstimmende Entschliebung der Demokraten festgestellt hat. Beide Parteien, die in der Versammlung die Mehrheit hatten, bekämpfen nur den Mißbrauch dieser Beschlüsse zum Kampfe gegen den Akt vom 5. November, gegen die Bildung der Regionen, den Staatsrat und andere Körperschaften. Unter dem Einfluß der durch unsere Emigration verbreiteten Kommentare hat sich doch sowohl bei uns als auch im Auslande die Auffassung verbreitet, daß die Beschlüsse vom 28. Mai den Übertritt der Polen in Galizien in das Lager der Entente bedeuten. Einen deutlichen Beweis einer solchen Auffassung lieferte in den letzten Wochen die Versammlung in Moskau, die in ihren Beschlüssen feststellte, daß die Entschliebung vom 28. Mai mit der Stellung der Polen gleichbedeutend sei, die sich auf Rußland stützen wollen. Man mußte daher von der legalen Tribüne aus dieser Auffassung öffentlich widersprechen. Dies geschah auch von konservativer Seite durch die Erklärung des Grafen Tarnowski und den Antrag des Abgeordneten Wysocki. Die Erklärung des Abgeordneten Jahl ist eine analoge Feststellung von seiten der demokratischen Partei, daß die Beschlüsse vom 28. Mai ihrer Auffassung nach zu dem Akte vom 5. November nicht im Gegensatz stehen, und daß die Partei deshalb, obwohl sie das weitere Bestehen des D. N. R. für notwendig hält, auf dem Boden der Beschlüsse vom 28. Mai steht und stehen wird. In diesen Erklärungen von konservativer und demokratischer Seite, die miteinander übereinstimmen, liegt — wir wiederholen es — die Bedeutung der Sonntagsversammlung, in der diese Parteien die Mehrheit hatten. Die Beibehaltung des Obersten National-Komitees, das durch den Landtagsklub, das einzig dazu berechnete Organ, nicht aufgelöst worden ist, ist nur eine Konsequenz dieser grundsätzlichen Tatsache.

Aus Nr. 412 des Czas (Krakau)
vom 6. September 1917.

Beischimpfungen.

Es ist schon manchmal vorgekommen, daß Minderheitsparteien, um eine Beschlusfassung in der Versammlung unmöglich zu machen, Beratungen abgebrochen haben. Dies geschah aber gewöhnlich nach einer längeren Aussprache, nach warmer Verteidigung des eigenen Standpunktes, nach Erschöpfung aller Argumente. In der letzten Sitzung des Landtagsklubs hatte jedoch die Sezession, die von den Nationaldemokraten, Volksparteilern und Sozialisten veranstaltet wurde, einen anderen Zweck. Es handelte sich nicht um die Verhinderung einer Abstimmung, sondern um die Verhinderung der öffentlichen Aussprache. Die Parteien, die den Saal verließen, fühlten sich nicht nur bezüglich der Stimmzahl, sondern auch bezüglich der Gründe schwächer als die Gegner. Der Vorsitzende der Volkspartei, Herr Witos, stellte im Einverständnis mit der Nationaldemokratie, zu Anfang

der Sitzung den Antrag auf Nichtzulassung jeglicher Aussprache. Die Brutalität dieses Antrags war jedoch so offenkundig, daß die Sozialisten es nicht über sich bringen konnten, ihn in vollem Umfange zu unterstützen. Sie wollten ihn daher zunächst begrenzen und schlugen alsdann vor, die Aussprache aus der öffentlichen Sitzung in die vertrauliche Sitzung der Vorstände der Parteien zu verlegen. Sie begründeten dies mit der Befürchtung, die von sozialistischer Seite recht sonderbar anmutet, daß die Aussprache einen allzu gereizten Charakter annehmen könnte.

Ganz anders verhielten sich diesmal die Konservativen. Sie stellten nicht nur durch den Abg. Wysocki einen sachlichen Antrag im Einverständnis mit der Polnischen Demokratie, bezeichneten ihre Stellung nicht nur genau in der Erklärung des Grafen Tarnowski, sondern sie erklärten sich zu einer offenen und öffentlichen Aussprache bereit, und als die Nationaldemokraten drohten, daß sie in einer solchen Aussprache mit einer Anklage gegen das D. N. R. hervortreten müßten, erklärten sie laut, daß ihnen das erwünscht sei. Auf diese Bereitschaft der Konservativen zu einer öffentlichen Aussprache hin verließen die Nationaldemokraten und Volksparteiler den Kampfsplatz und schleuderten den Konservativen nur einseitige Argumente entgegen wie „Feigheit“, „Schande“, „Denunziation“ und „Targowice“. Sie kündigten an, daß sie ein anderes Kampffeld suchen würden, und gaben zu erkennen, daß dieses Kampffeld nicht nur der Polnische Klub in Wien, sondern auch die Volksmenge und demagogische Losungen sein werden. Da aber solche Losungen bei der heutigen Zusammensetzung unserer Volksgemeinschaft eine ungewöhnliche Rolle spielen, müssen wir ihnen einige Worte widmen.

Der Wortführer der Volksparteiler, Herr Bardel, der ihren Rückzug deckte, warf den Konservativen „Feigheit“ vor, indem er offenbar nicht in Betracht zog, daß er selbst vom Schauplatz des Kampfes und der Aussprache flüchtete. Ist etwa seine Flucht ein Beweis ganz besonderen Mutes und Heldentums gewesen?

Herr Glabinski nannte die Erklärung des Grafen Tarnowski „nationalen Verrat“, ohne überhaupt den Nachweis zu versuchen, worin dieser Verrat bestehen soll. Denn ein Verrat liegt doch noch nicht darin, daß die Konservativen die praktische Bedeutung des Beschlusses vom 28. Mai anders einschätzen, als die Nationaldemokraten. Wer kann es übrigens erraten, wie die Bedeutung dieses Beschlusses Herr Glabinski auffaßt, dieser Meister im Verleugnen dessen, was er gestern gesagt hat! Wenn Herr Glabinski sich gegen die Erklärung des Grafen Tarnowski verwahrt, gegen die Moskauer Erklärung und die Ausführung der Lausanner Agentur aber kein einziges Wort findet, so mußte man daraus entnehmen, daß er den Beschluß vom 28. Mai als einen Protest gegen den Akt vom 5. November auffaßt, vor allem gegen die Annahme des Staates, der Regierung und des polnischen Heeres aus der Hand der Mittelmächte. Das spricht jedoch Herr Glabinski nicht deutlich aus, indem er sich wahrscheinlich auf jeden Fall irgend eine erzloyale Erklärung für Österreich vorbehält, die er schon oft, wenn es angebracht schien, abgab. Wenn aber jemand die Vermutung aussprechen würde, daß Herr Glabinski gemeinsam mit der Nationaldemokratie den Beschluß vom 28. Mai ebenso auffaßt, wie sein Freund und Gesinnungsgenosse Stanislaus Grabski in Moskau, dann würde er daraufhin den Vorwurf hören: „Denunziation“.

Mit diesem beleidigenden Vorwurf tritt seit längerer Zeit die Nationaldemokratie hervor, als wenn die Konservativen den Regierungen der Mittelmächte irgend welche Handlungen ihrer Landsleute verrieten, die von ihnen geheim gehalten werden. Dieselbe Nationaldemokratie aber legt sich nicht den geringsten

Zwang auf und beichtet in ihren Blättern im Auslande und sogar in ihren nichtzensierten Blättern im Königreich „Zjednoczenie“ und „Wiadomości polskie“ mit voller Offenheit, ja mit Zynismus ihre russen- oder ententefreundlichen Tendenzen. Der Vorwurf des „Verrats“ soll also nur dazu dienen, den Gegnern den Mund zu schließen, um durch den Terrorismus beleidigender Vorwürfe eine Kritik der Nationaldemokratie zu verhindern. Das Spiel ist allzu durchsichtig!

Zu welcher Absurdität dieser Vorwurf des „Verrats“ führt, hat in der Sitzung des Landtagsklubs diejenige Gruppe der Anhänger der Nationaldemokratie gezeigt, die von den Herren Stronski und Rasznica zusammen mit Herrn Th. Ciencki gebildet wird und sich als „Vereinigung“ bezeichnet. Als Graf Tarnowski die Entschließung der Konservativen vorlas, teilten die Herrn Ciencki und Stronski ihre Rollen unter einander. Der erstere rief: „Schande“, während der andere wie ein Besessener schrie: „Denunziation“. Eine Denunziation sollte die Behauptung sein, die die Erklärung der Konservativen enthielt, daß einzelne Parteien den Beschluß vom 28. Mai zur Zerstörung des Aktes vom 5. November benutzen, der den Polen den Staat, die Regierung und das Heer gibt.

Von dieser Tatsache, die notorisch ist, die wir alle Tage sehen, mit der die Regierungen der Weltmächte dauernd zu tun haben, sollen diese erst durch die Erklärung des Grafen Tarnowski Kenntnis erhalten haben! Das ist nicht nur ein Terrorismus, sondern schon eine Aberration, die von der Parteileidenschaft der „Vereinigung“ diktiert ist.

Von den Zursen, die sich gegen die Konservativen richteten, bleibt noch „Targowica“ übrig. Die Nationaldemokratie, die diese Beleidigung aus dem Arsenal der Geschichte hervorholte, rechnete offenbar mit einer großen Unkenntnis der Geschichte. Hat sich doch die Konföderation von Targowica für Rußland erklärt, um das Bündnis des polnischen Freistaates mit Preußen zu vernichten und das Werk des „vierjährigen Reichstages“, das unter der Losung: „Regierung und Heer“ unternommen wurde, zu vernichten. Wer ist bei der gegenwärtigen Krise dem Beispiel von Targowica gefolgt? Die Konservativen und Polnischen Demokraten, das D. N. R. und die aktivistischen Parteien im Königreich, oder die Nationaldemokratie, die vor kurzem die Volkspartei aufgewiegelt und unverhofft in den Sozialisten einen Bundesgenossen gefunden hat, die durch den Ausbruch der russischen Revolution verblendet worden sind?

Wir sind Anhänger einer sachlichen Aussprache, des Kampfes um Grundsätze und Gründe, haben einen Widerwillen gegen Beleidigungen und wollen solche nicht einmal in dem Arsenal unserer Geschichte suchen.

Wenn die eine Seite aber nach dem Ausdruck: „Targowica“ greift, dann kann es nicht zweifelhaft sein, auf wen diese Bezeichnung heute paßt. Damit der Vergleich vollständig wird, wollen sich unsere Gegner vergegenwärtigen, daß die Konföderation von Targowica die Wiedereinführung des „liberum veto“ verlangte, so daß die Minderheit, die die Beschlussfassung in der Landtagsitzung unmöglich gemacht hat, ihrem Beispiel gefolgt ist. Sie hat die Verhandlungen grundsätzlich zerrissen, da ihre Sezession gleichbedeutend mit der Zurückziehung ihres Antrags auf Auflösung des D. N. R. war. Die im Saale verbliebene Mehrheit hatte aber keine Veranlassung, die Beratungen fortzusetzen, wenn das D. N. R. erhalten blieb.

Aus Nr. 207 des Naprzód (Kraſau)
vom 8. September 1917.

Das künstliche Chaos.

Wenn man die alltäglichen Artikel in den beiden Geschwisterorganen „Czas“ und „Nowa Reforma“ liest, in denen es heißt, daß die polnische Volksgesamtheit in Galizien in zwei feindliche Lager gespalten ist, daß sich schreckliche feindliche Mächte aus Lausanne und Moskau breit machen und Herr Jaworski mit dem ganzen Apparat seiner Agenturen sich zum Kampfe mit ihnen stellt, um die niederträchtige Arbeit, die nach der Berliner „staatschöpferischen Arbeit in Polen“ strebt, aufzudecken, — dann könnte der Leser, der die Verhältnisse bei uns nicht kennt, folgendes denken: Es gibt in Polen zwei Parteien, von denen die eine sich auf das mächtige und siegreiche Deutschland stützt, ihm vertraut und mit ihm den polnischen Staat aufbauen will, während die andere auf die Entente mit England an der Spitze, vor allem aber auf Rußland rechnet.

Eine solche Darstellung der Sache stimmt nicht mit der Wirklichkeit überein. Es gibt heute in Polen (Zensurlücke) keine Partei, die auf Rußland rechnet. — Davon, was England nach dem Kriege mit Polen machen will, weiß niemand etwas, mit Ausnahme der Tageszeitungen, deren Mitteilungen ebenso wertlos sind, wie die Mitteilungen der Presse des Obersten Nationalkomitees.

Die ungeheure Mehrheit der polnischen Volksgesamtheit will eine polnische Politik führen! Sie will sich niemandem hingeben, der ihr nicht in irgendeiner deutlichen Form zusichert, daß er mit dem Lebensinteresse Polens rechnen will. Die Polen lassen sich einreden, daß z. B. (Zensurlücke) Sie lassen sich nicht alles das einreden, was ihnen die Presse des D. N. R. täglich einreden will. Wir können über diese Angelegenheit nicht schreiben, aber das Volk weiß, was geschieht, und glaubt weder dem D. N. R., noch seiner Presse.

Die Polen sind von Natur aus leichtgläubig. Da sie außerdem seit 100 Jahren nicht mehr an eine wirkliche aktive Politik gewöhnt sind, sind sie bereit, vieles ernst zu nehmen, was andere Leute nicht ernst nehmen. Wenn also gegenwärtig die Polen nicht allen den scheinbaren Tatsachen glauben, von denen das D. N. R. und sein Pendant, der vorläufige Staatsrat im Königreich, lebt, so muß der Prozeß des Bewußtwerdens riesige Fortschritte gemacht haben.

Es ist dies ein sehr nützlich Prozeß, da er den verschiedenen Urrpatoren die Vollmacht entreißt, die polnischen Massen die Tatsachen sehen lehrt und für jeden Staat, der beweisen will, daß er ein Freund des polnischen Volkes ist, die Arbeit leichter macht. Die Polen verlangen heute nichts Unmögliches; aber sie sehen, wie man mit ihnen umgeht.

Es ist dies vielleicht keine weitfichtige Politik, aber sie stützt sich auf Tatsachen des täglichen Lebens, auf wichtige Tatsachen, da sie die Kraft des Volkes entweder nähren oder immer mehr vernichten.

(Zensurlücke)

Die Polen erinnern sich daran, daß die Vertreter des Zaren im Königreich ihnen sagten, daß sie nur das Wohl der Polen erstreben. Sie erinnern sich all der Moralpredigten, Versprechungen und „Wohltaten“, mit denen man die Klagen der Eingekerkerten, Enteigneten und Entnationalisierten in Polen unterdrückte. Sie denken daran und glauben nicht eher, bis man den Beweis geliefert hat, daß man das Recht der Polen achtet.

Daß die Kraſauer Konservativen daran glauben, geht das polnische Volk nichts an. Herr Witos hat mit Recht gesagt, daß alle diese Herren bequem in einem nicht allzu großen Saale des Rathauses in Kraſau Platz finden würden.

Daß sie schreiben und Zeitungen herausgeben, geschieht nur für Gelder, die zu dem bewaffneten Kampfe gesammelt worden sind und von ihnen — gegenwärtig unrechtmäßig — verwaltet werden. Daß eine gewisse Zahl junger Leute ihnen dient, geschieht aus Gründen, auf die es sich nicht einzugehen lohnt.

Die Parteien und die Menschen haben sie verlassen, und zwar ebenso in Galizien wie im Königreich. Gerade durch ihre unwürdige Arbeit haben sie das ganze polnische Volk gegen sich vereinigt.

Der Umstand, daß sie in einem Gebäude sitzen, das einst unter andern Verhältnissen dem Obersten Nationalkomitee von der Universität zur Verfügung gestellt wurde, wird niemanden irreführen. — Das Volk hat sie aus dem einzigen Gebäude entfernt, in dem das D. R. K. wohnen könnte, nämlich aus dem polnischen Herzen. Ihre Usurpation kann sich nicht gegen das ganze Volk behaupten.

Aus Nr. 203 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 7. September 1917.

Nachklänge der Krakauer Beratungen.

Der Verlauf der Beratungen des galizischen Landtagsklubs in Krakau war ein trauriges Bild der bis zum höchsten Grade erhitzten inneren Gegensätze im politischen Leben Galiziens. Gleichzeitig kann man diesen Verlauf jedoch für ein schmerzliches, aber unerlässliches Durchschneiden des Geschwürs ansehen, welches den Organismus der dortigen Volksgesamtheit vergiftet. Als am 28. Mai die denkwürdigen Beratungen desselben Landtagsklubs in Krakau mit einem einmütig angenommenen Beschluß endeten, welcher den nationalen Aspirationen der Polen vollen Ausdruck verlieh, da herrschte allgemeine Freude über die Kraft, Lebensfähigkeit und Einmütigkeit, mit welcher der bisher schwache und trübe Strom der galizischen Politik in ein breites Bett einlenkte, wie es den tiefsten Lebensinstinkten der Nation entspricht. Aber nicht lange währte diese Freude. Fast am folgenden Tage nach der Krakauer Manifestation begannen geheime Zettelungen und Intrigen, deren offener Zweck war, jene Beschlüsse zu schwächen und zu entwerten und die ganze polnische Aktion wieder in das enge Bett einer kleinmütigen Verzichtspolitik zu leiten, wie sie mit der Erinnerung an das galizische oberste Nationalkomitee, mit den Namen der Herren Jaworski, Leo, Bilinski usw. verknüpft ist. Die ihrer früheren Einflüsse beraubten Krakauer Konservativen, welche verstärkt wurden durch die sogenannten eigenschaftslosen Demokraten, die die ärgsten Fehler der Politiker vom Krakauer-Wiener Typus repräsentieren, begannen einen systematischen Feldzug, der zum Zweck hat, das zu disqualifizieren, was mit solcher Begeisterung von der ganzen Nation als Wiedergeburt des polnischen Gedankens begrüßt worden war. Bald wurde das Echo dieses Feldzuges auch im Wiener Reichsrat laut, besonders aber im Herrenhause, wo die von dem Monarchen freierten konservativen Volontäre in öffentlichen Ansprachen geradezu ein demonstratives Geringschätzen des in den Wahlbeschlüssen niedergelegten Willens der Nation an den Tag legten. Am klassischsten war bestimmt jenes Auftreten des geistigen Führers der Stanczyken, des Herrn Stanislaus Kozmian, der „als Pole und Österreicher“ mit größter Zeremoniösigkeit alle von der höchsten Volksvertretung in Krakau beschlossenen Richtlinien durchstrich.

Die Situation wurde immer gespannter und immer unmöglicher. Eine letzte Krasprobe sollte schließlich die Angelegenheit der Auflösung des obersten Nationalkomitees werden, dieses Symbols längst verklungener Lösungen und zu gleicher Zeit politischer Methoden, die auf allgemeine Verdammung gestößen

waren. Aus dem Komitee hatten sich bekanntlich schon lange die Nationaldemokraten und die ostgalizischen Konservativen zurückgezogen; in letzter Zeit waren die Volksparteiler und Sozialdemokraten ihrem Beispiel gefolgt. Im Komitee verblieben waren nur noch die Krakauer Konservativen und Demokraten. Es mochte scheinen, es bedürfe keiner Worte darüber, daß dieses verfehlte und unvollständig gewordene politische Gebilde die Rolle einer obersten politischen Vertretung der Nation nicht weiter spielen könne und daß seine Liquidation die einfache logische Folge der tatsächlichen Gestaltung der Verhältnisse sein müsse. Die riesige Mehrheit der Volksgemeinschaft wollte den unnormalen und ungesunden Stand der Dinge beseitigen, daß eine Handvoll ehrgeiziger Politiker unter der Firma des obersten Nationalkomitees als oberste polnische Behörde firmieren durfte. Die in ihrem Widerstreben verblendeten Konservativen nahmen den Kampf für die Beibehaltung des obersten Nationalkomitees auf. Sie ließen in der Sitzung des Klubs das Visier fallen und verleugneten in ihrer vom Grafen Józef Tarnowski verlesenen Erklärung offen die Beschlüsse vom 28. Mai. Diese in der politischen Geschichte noch nicht dagewesene Wendung, welche vor kaum wenigen Monaten einmütig sanktionierte Grundsätze durchstrich, mußte zum Bruch führen. Die Konservativen blieben vollständig isoliert. Auf sie fällt die Verantwortung für alle Folgen. Der lebendige Strom des nationalen Lebens aber wird siegreich über die Leute hinweggehen, die in ihrer verblendeten Hartnäckigkeit sich für stärker hielten, als er es ist.

Aus Nr. 414 des Czas (Krakau)
vom 7. September 1917.

„Keine Träume“.

Die russische Orientation hat uns schon an verschiedene Erscheinungen gewöhnt, an solche Erscheinungen, die wir einst vermuten und die wir nicht für möglich halten konnten. Am wenigsten möglich wäre den Polen im XIX. Jahrhundert erschienen, daß auf dem Schauplatz unseres öffentlichen Lebens im XX. Jahrhundert eine Partei auftauchen werde, die auf Litauen und Weißrußland in einem Augenblicke verzichtet wird, in dem ihre Wiedererlangung möglich geworden ist.

Im Laufe des ganzen XIX. Jahrhunderts würde sich das Verhältnis zwischen den Polen und Rußland unzweifelhaft geregelt haben, es wäre nicht zu den Aufständen in den Jahren 1830 und 1863 gekommen, wenn sich die Polen entschlossen hätten, auf die „eroberten Provinzen“ Litauen und Neußen zu verzichten. Dazu konnten sie sich nicht entschließen. Eine Verzichtleistung dieser Art wäre eine Durchstreichung der ganzen polnischen Geschichte seit dem XIV. Jahrhundert, ein Herausreißen ihrer ruhmvollsten Blätter, ein Verlust des im Litauen und Neußen im Laufe von fünf Jahrhunderten hineingelegten nationalen Kapitals. Die vollständige Unterbindung des Dranges des polnischen Geistes und der polnischen Arbeit nach Osten und ihre Einschließung in die engen ethnographischen Grenzen Polens schien gleichbedeutend einer Erdrosselung der polnischen Volksgesamtheit, einer Entziehung von Luft und Licht für diese. Lieber erhoben sich die Polen zu Aufständen.

Ihre Folgen waren traurig und schmerzlich. Die Abschaffung der Autonomie der eroberten Provinzen und ihre Vereinigung mit Rußland, die Abschaffung der kirchlichen Union und die Einführung der russifizierenden Orthodogie, die gewaltsame Vernichtung des polnischen Elements durch Kontributionen, die Beschlagnahmen des Vermögens, Verbannungen und — der Galgen. Über die Polen kamen Zeiten der Verzweiflung, in denen sie zwar die Aussichten auf

die Wiedererlangung Polens nicht aufgaben, wohl aber die Hoffnung verloren, daß dieses Polen die entrissenen Provinzen umfassen könnte. Und dennoch hat es der unvorhergesehene Gang der geschichtlichen Ereignisse anders gefügt.

Es kam zu einem blutigen Kriege zwischen den Schöpfern der polnischen Teilgebiete, und im Laufe dieses Krieges erlag das mächtige Rußland auf dem Kampfplatze, die deutschen Kriegsscharen aber entrissen ihm das polnische Land und drängten es tief ins Innere Litauens zurück. Im Falle des Wiederaufbaues des polnischen Staates durch das siegreiche Deutschland und Österreich ist die Angliederung des Rußland entrissenen Litauens an diese in den Kreis der möglichen Dinge eingetreten.

Bei den Polen würde auch sofort der Wunsch nach einer Vereinigung Polens mit Litauen so kräftig laut, daß er im Königreich Polen gegen den Plan der Vereinigung des Königreichs Polen mit Galizien vorgebracht wurde. Als wir diesen Plan vorbrachten, wurde uns im Königreich Polen gesagt, daß die Vereinigung mit Litauen für die Sache Polens weit wichtiger sei, weil Litauen sonst verloren gehen würde. Das allein dastehende Galizien aber werde auch weiter ein zweiter starker Mittelpunkt des polnischen Lebens sein. Die eifrigen Anhänger der Vereinigung des Königreichs mit Galizien zögerten mit ihrer Antwort auf dieses Argument.

Der Verlauf des Krieges im polnischen Land hat indessen bewirkt, daß der Gedanke der Vereinigung Litauens mit Polen der Verwirklichung näher gerückt ist. In der Proklamation vom 5. November haben Deutschland und Österreich aus dem den Russen entrissenen polnischen Lande einen unabhängigen Staat geschaffen, ohne jedoch seine östliche Grenze festzusetzen, sie gaben aber damit zu verstehen, daß dieser Staat seine östliche Grenze ins Innere Litauens verschieben könne.

Es trat noch ein zweiter, noch weniger erwarteter Fall ein: daß die Verwirklichung der Idee der Vereinigung Litauens mit Polen in den Händen der Polen lag, deren Kräfte den Mächten gegenüber, die über Millionenheere und über Milliardenmittel verfügen, doch nur verschwindend gering waren. Es geschah indessen etwas Unerhörtes, das man nur mit der geschichtlichen Gerechtigkeit erklären kann. Nach dem Akte vom 5. November,

(Zensurlücke.)

wandte sich der Preuze — unter dem Einflusse der gegen ihn verbundenen Entente — mit der Bereitwilligkeit an die Polen, ihnen ein nationales polnisches Heer von einigen Hunderttausenden zu bilden und diesem alles zu liefern, was solch ein Heer heute braucht. Ein solches auf dem Stamme der Legionen entstandene Heer könnte heute schon an den östlichen Grenzen Litauens stehen, und diese geschichtliche Tatsache würde unbedingt entscheiden, wohin Litauen gehören soll.

Ein mit eigener Mühe und Arbeit gebildetes Heer von einigen Hunderttausend hätte in Litauen die Grenzen für den polnischen Pflug gezeichnet.

Man könnte darüber, daß das nicht geschehen ist, seine Kleider zerreißen. Die im Königreiche einflußreiche Nationaldemokratie stellte sich, von ihrem unfehlbaren Siege im Verein mit den westlichen Staaten überzeugt und die Überzeugung hiervon verbreitend, auf die Seite Rußlands. So lange die russischen Heere vorwärts drangen, stand die Nationaldemokratie laut und demonstrativ auf der Seite Rußlands; als aber die Russen aus dem polnischen Lande zurückgedrängt wurden, erfannt die Nationaldemokratie für ihre Orientierung die Lösung des neutralen Polens, d. h. eines Polens, das sich um keinen Preis gegen Rußland erklärt, geschweige denn gegen dieses in den Kampf ziehen, von seiten der Mittelmächte aber nichts annehmen werde, weder die Regierung, noch die Schulen,

vor allem kein Heer. Und sie hat es auch nicht angenommen, obgleich sie zur Ausdehnung seines Stammes, der Legionen, bereitwillig ihre Hand reichte.

An dieser russen- oder ententefreundlichen Orientierung hält die Nationaldemokratie fest, wie wohl nicht der geringste Zweifel besteht, daß im Falle des Sieges dieser Orientierung ein mit Hilfe Rußlands geschaffenes Polen weder Litauen, noch Neuzen, noch das Chelmer Land haben würde. Erhob sich doch in Rußland auch nicht eine einzige Stimme, die den Polen in dieser Beziehung die geringste Illusion gemacht hätte. Aber die Nationaldemokratie hat sich schon längst mit den Worten vertraut gemacht: „Meine Herren, nur keine Träume!“

Nr. 247 der Godzina Polski (Lodz)

vom 9. September 1917

bringt an erster Stelle folgendes Wat-Telegramm: „Das neue polnische Informationsbureau „Polonia“ in Stockholm teilt mit: Die Konferenz, die im August in Moskau stattfand, wurde ausschließlich von den Nationaldemokraten und von ihnen abhängigen Organisationen einberufen, die den Provisorischen Staatsrat als Faktor der entstehenden polnischen Staatlichkeit bekämpfen. An der Konferenz nahmen nicht teil: das polnische demokratische Komitee, der nationale Arbeiterbund, der Volksbund, die christlich-soziale Partei, die Sozialdemokraten und die Konservativen. Der neue politische Block versammelt sich auf einer Konferenz in Petersburg am 27. d. M. Die ausländische Presse hat die falsche Nachricht verbreitet, daß in Stockholm eine polnische Konferenz stattfand.“

(Aus Nr. 192 des Warschauer Tagesberichts vom 10. September 1917.)

Aus Nr. 203 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 7. September 1917.

Graf Rostworowski gegen die Moskauer Beschlüsse.

Wien, den 4. September. Das Korrespondenzbüro bringt folgende Meldung:

Anlässlich der Entschlüssen, die von dem polnischen Kongreß in Rußland anfangs August angenommen worden sind, veröffentlicht das Stockholmer „Dagblad“ einen Artikel des Mitgliedes des polnischen Staatsrates, Grafen Rostworowski, der gegenwärtig in Stockholm sich aufhält. Graf Rostworowski tritt in seinem Artikel diesen Beschlüssen entgegen, indem er darauf hinweist, daß an den Beratungen des Kongresses nur gewisse polnische Parteien sich beteiligt haben, deren Standpunkt Rußland gegenüber schon allgemein bekannt ist.

Der polnische Kongreß in Moskau, — so schreibt Graf Rostworowski, hat sich ohne jeden Vorbehalt auf die Seite der Koalition gestellt. Er berief sich hierbei auf die Stimmung, die angeblich unter den Polen der drei Teilgebiete Polens herrschen soll. In gleicher Weise berief sich der Kongreß auf die Beschlüsse der galizischen polnischen Fraktion, welche sie im Monat Mai in Krakau gefaßt hat. Das ist aber ein Mißbrauch, der nur zu Agitationszwecken dienen soll. Denn die Beschlüsse der erwähnten polnischen Fraktion haben nur von neuem bewiesen, daß das nationale Programm dieser Fraktion, die doch nur Galizien allein vertritt, sich lediglich auf Österreich-Ungarn und auf die habsburgische Monarchie beschränkt. Deswegen hatte auch der Kongreß kein Recht, im Namen des ganzen polnischen Volkes jetzt einen Feldzug gegen die habsburgische Dynastie anzukündigen.

Ebenso wenig war der Kongreß berechtigt, sich im Namen des polnischen Volkes kategorisch gegen

einen vorzeitigen Friedensschluß und zugleich für die Fortsetzung des Krieges zu erklären. Dem widersprechen sowohl die Friedensresolution der polnischen Fraktion in Wien, die von dem Abgeordneten Dajnyński in dem österreichischen Reichsrat eingebracht wurde, als auch die Billigung der Friedensbestrebungen von Seiten der polnischen Fraktion im Deutschen Reichstage, sowie schließlich der Aufruf des polnischen Staatsrates vom 15. Juli. Alles das hat aber den polnischen Kongreß nicht gehindert, im Namen aller Teile Polens etwas anderes zu beschließen. Graf Rostworowski drückt bei dieser Gelegenheit seine wärmste Sympathie für die Friedensaktion des heiligen Vaters aus.

Der polnische Kongreß in Rußland, — so schreibt Graf Rostworowski weiter — bringt aber andere Anschauungen zum Ausdruck. Seine Entschlüsse lassen sich zumteil auch nur damit entschuldigen, daß diejenigen, die das Zusammentreten des Kongresses in Moskau organisiert haben, fern von ihrem Vaterlande leben und deswegen die Stimmung der polnischen Bevölkerung nicht mehr zu verstehen imstande sind. Man braucht jedoch in dieser Hinsicht nur an das Leiden der Hunderttausende unserer Landsleute zu erinnern, welche die Russen bei ihrem Rückzug im Jahre 1915 aus Polen fortgeschleppt haben.

So bilden die Beschlüsse des Moskauer Kongresses einen förmlichen Gegensatz zu der öffentlichen Meinung in Polen, wo kein Mensch sich nach einer Wiederkehr der Russen zurückseht. Das beweist am besten das Verhalten der polnischen Bevölkerung in Ostgalizien, die neulich durch die letzte Offensive befreit wurde. Die Erfahrungen, die man mit der Politik unserer Emigranten gemacht hat, mahnen überhaupt zur Vorsicht. Deswegen muß auch die Leitung der polnischen Politik im Lande selbst verbleiben, wo auch einzig und allein eine richtige Kontrolle über diese Politik geübt werden kann. Denn die Politik unserer Emigranten kann, wenn sie auch im guten Glauben betrieben wird, dem Lande großen Schaden zufügen und erzielte Erfolge vernichten.

So können die Moskauer Beschlüsse die unmittelbar vor der Bildung einer mit wirklicher Exekutivgewalt ausgestatteten Regierung gefaßt wurden, von den polenfeindlichen Elementen dazu benutzt werden, um die Verwirklichung des polnischen Staates wiederum zu verzögern. Der Verfasser des erwähnten Artikels gibt sich jedoch der Hoffnung hin, daß die maßgebenden Kreise unter den Mittelmächten für die Haltung eines Teils der polnischen Emigranten nicht das ganze polnische Volk verantwortlich machen werden. Am besten wird man jedoch dieser Agitation, die, weil im Auslande begonnen, jeder realen Grundlage entbehrt, dadurch entgegenwirken können, daß man die staatlichen Einrichtungen in Polen möglichst bald tatsächlich einführt. Das schwer heimgesuchte polnische Volk läßt sich heute durch die Versprechungen, die den Polen von den Rednerbühnen der ganzen Welt herab gemacht werden, von dem Wege seiner realen Politik nicht mehr ablenken. Denn Polen will jetzt positiv arbeiten, und deswegen läßt es sich durch abstrakte politische Programme nicht mehr irreführen.

Aus Nr. 201 der Gazeta Poznańska (Posen)
vom 5. September 1917.

Die Polen in Rußland.

„Die polnische Division“. Das Preszbüro des polnischen Nationalkomitees in Petersburg teilt mit, daß das russische Oberkommando angeordnet hat, die polnische Division zunächst „von allen schädlichen Elementen sorgfältig zu reinigen“ und dann an die Westfront zu schicken. Hier soll sie organisiert und als polnische Jägerdivision einem polnisch-nationalen

Armee Korps einverleibt werden. Diesem Armee Korps soll auch noch eine andere Jägerdivision angegliedert werden, die gegenwärtig aus den Mannschaften verschiedener russischer Divisionen gebildet wird. Gleichzeitig mit der polnischen Division sollen an die Westfront auch die polnischen sanitären Organisationen geschickt werden. Alle Offiziere und Mannschaften aber, die in der polnischen Division verbleiben wollen, müssen eine Erklärung abgeben, die von dem Obersten Polnischen Wehrkomitee bestätigt wird.

Im Anschluß an diese Nachricht teilen wir noch mit, in welcher Weise sich die polnische Division um die Erhaltung von Hab und Gut sowie des Lebens unserer Landsleute beim Rückzug der Russen aus Galizien verdient gemacht hat, wo die unkultivierte, revolutionäre russische Soldateska an den Landesbewohnern viele Greuel verübte. Czortkow hat verhältnismäßig weniger gelitten, als die anderen Städte. Es wurde nur zumteil ausgeplündert und durch den Brand hat es beinahe gar nicht gelitten. Das hat es aber nur den Mannschaften und Offizieren der polnischen Division zu verdanken, die mit eigener Lebensgefahr Hab und Gut ihrer Landsleute vor Ausplünderung schützten. Manche von ihnen haben dabei ihr eigenes Leben verloren; sie wurden von ihren wilden Kameraden ermordet. So hat an der oberen Wagnanka ein Tischeresse einen polnischen Mann erschossen, der Hab und Gut eines Bauern zu schützen suchte. Er hat dann den Leichnam im Garten des Lehrers mit den Worten verscharrt: „Da habt ihr euren polnischen Bruder! Möge er euch jetzt verteidigen!“

Aus Nr. 206 des Ogródownik (Posen)
vom 11. September 1917.

Um die Entfernung polnischer Blätter aus Petersburg.

Die Bemühungen beim Ministerium des Inneren in Petersburg, das Redigieren der polnischen Blätter, die aus Petersburg evakuiert werden sollten, an Ort und Stelle weiter zu gestatten, hatten Erfolg. Alle polnischen Blätter und alle polnischen Redaktionen dürfen also jetzt in Petersburg weiter verbleiben. Ladislaus Rabski, Kasimir Ehrenberg und viele andere Mitarbeiter der polnischen Blätter haben vom Ministerium bereits die Mitteilung erhalten, daß die Vorschriften, die sich in dieser Hinsicht auf fremde Untertanen beziehen, ihnen gegenüber keine Anwendung finden und daß sie deshalb ihre bisherigen Posten nicht zu verlassen brauchen.

Aus Nr. 200 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 4. September 1917.

Von dem Hauptkomitee für die Kriegsoffer in Polen, das seinen Sitz in Vevey in der Schweiz hat, haben wir folgende Mitteilung erhalten:

Der heilige Vater hat in seiner unendlichen Barmherzigkeit, nachdem er früher schon einen Betrag und kirchliche Sammlungen für Polen gnädigst angeordnet hat, bestimmt, daß am 20. Mai d. J. auch für unser Brudervolk in Litauen, das unter den Schrecknissen des Krieges nicht weniger gelitten hat, besondere Gebete verrichtet und kirchliche Sammlungen veranstaltet werden.

Unser Komitee, das bis dahin stets einen beträchtlichen Teil seiner Fonds für die Kriegsoffer in Litauen bestimmt hat, wandte sich an den heiligen Vater mit der Bitte, er möchte gnädigst seine Absichten betreffend die Verteilung der Sammlungen vom 20. Mai kundgeben. Das Komitee wurde mit folgender Antwort beehrt:

Herr Vorsitzender!

Ich habe nicht unterlassen, Ihre Bitte vom 9. Mai d. J. betreffend die Verteilung der am 20. Mai d. J. auf Anordnung des heiligen Vaters in den katholischen Kirchen der ganzen Welt veranstalteten Sammlungen für die unglücklichen Kriegsoffer in Litauen dem heiligen Vater zur gnädigen Entscheidung zu unterbreiten.

Der heilige Vater hat mich daraufhin beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß es sein Wunsch ist, daß diese Sammlungen unter alle Bewohner Litauens verteilt werden, wobei nicht nach sprachlichen Unterschieden verfahren, sondern die ganze Bevölkerung in Betracht gezogen werden soll.

Ich benutze eifrigst diese Gelegenheit, um Sie, geehrter Herr Vorsitzender, von neuem meiner Hochachtung zu versichern.

(gez.) Peter Gasparri, Kardinal.

An den Vorsitzenden des ausführenden Ausschusses des Hauptkomitees zur Unterstützung der Kriegsoffer in Polen.
Herrn Anton Dsichowski in Bevey.

Aus Nr. 408 des Czas (Krakau)
vom 4. September 1917.

Gegen das polnische Heer in Frankreich.

Unter dem Titel „Der Bluff mit dem polnischen Heere in Frankreich“ erhalten die „Wiadomości polskie“ auf dem Wege über Holland folgende Nachrichten über den Verlauf der Bildung des polnischen Heeres in Frankreich:

Die Unabhängigkeitskreise und die ganze polnische Kolonie in Paris sind durch die Nachricht überrascht worden, daß der Präsident der Republik ein Dekret über die Bildung eines polnischen Heeres in Frankreich erlassen wolle. Die erste Mitteilung darüber kam unvorsichtigerweise aus dem Munde des Herrn Gajorowski, der bei Gelegenheit der alljährlichen Maisfeier in Montmorency mit geheimnisvoller und sentimentaler Miene sagte, daß man ihn bald in polnischer Uniform erblicken werde. Die Gerüchte und Mutmaßungen haben sich bald bestätigt; denn schon Anfang Juni erschien ein Dekret des Präsidenten der Republik, durch das ein polnisches Heer in Frankreich für die Dauer des Krieges gebildet wird.

Die Sache selbst ist von Herrn Pilz und seinen Anhänger in aller Stille inszeniert worden. Am meisten hat zur Verwirklichung des Vorschlags Ignatiem, der frühere Chef der russischen Geheimpolizei in Paris, beigetragen; noch sonderbarer ist es, daß der Plan auch die Unterstützung des Botschafters Iswolsky gefunden hat. Iswolsky, der sich durch die Revolution in seiner Stellung mächtig bedroht sah, suchte im Bewußtsein seiner Unpopularität Leute für sich zu gewinnen. Als daher einige Polen bei ihm erschienen und die Bildung eines polnischen Heeres vorschlugen, griff er diesen Gedanken fieberhaft auf und förderte ihn durch seinen Einfluß, indem er darin ein Mittel sah, die Sympathie der Polen für sich zu gewinnen. An der Sache nahm auch ein gewisser Moskiewski, ein Pole aus Warschau, teil, der angeblich der Sohn eines Likörfabrikanten ist und sich einige Jahre untätig in Paris umhergetrieben hat. Dieser Herr, der vor kurzem in den Staatsdienst eingetreten ist, und zwar in die niedrige Stellung eines Registrators, hat aus unbekannter Veranlassung während des Krieges den Rang eines Oberstleutnants erworben.

Die Hoffnung der Franzosen auf die Zahl der polnischen Rekruten war sehr groß. Man rechnete auf mindestens 20000 in Frankreich ansässige Polen und auf mindestens 80000 amerikanischen Sokols.

Dem entstehenden polnischen Heere wurden die Baracken in Le Mans (Sarthe) zur Verfügung gestellt hat, die kurz vorher von den Engländern verlassen wurden. Wie weit der französische Optimismus ging, kann man aus der Tatsache ersehen, daß man anfang, die Baracken zu erweitern, neue aufzubauen, die Einrichtungen zu ergänzen und zur Aufnahme eines größeren Heeres vorzubereiten. Nun sind aber bisher kaum 90 Mann in dieses Barackenlager eingezogen, und das Maximum, das sich erreichen läßt, kann höchstens auf 500 steigen, und zwar nur aus dem Grunde, weil die Argumente gegen die Bildung dieses Heeres, die von den Unabhängigkeitskreisen verbreitet werden, nicht bis in die Provinz gedrungen sind, von wo noch immer Meldungen eingehen. Ein weiterer Zustrom kann noch aus dem russischen Heere erwartet werden, das an der französischen Front kämpft. Die Kommandanten fürchten jedoch vor allem diejenigen Elemente, die die zahlreichen Institutionen des russischen Heeres, wie die Soldatenräte, die Wahlen usw. mit einführen könnten.

Die Zwangseinstellung, die vor kurzem von dem französischen Parlament beschlossen wurde, wird anscheinend auf die Polen keine Anwendung finden, so daß also die Reihen des „polnischen Heeres“ dadurch nicht verstärkt werden. Es ist nämlich darin der Vorbehalt enthalten, daß die Einstellung nur mit Genehmigung der eigenen Regierung erfolgen dürfe. Da nun die Polen nach französischer Auffassung keine rechtmäßige Regierung besitzen, wird die zwangsweise Einstellung nicht möglich sein. Die wichtigste Quelle, aus der dieses Heer Zugang erhalten wird, werden diejenigen polnischen Soldaten sein, die im französischen Heere dienen und gern auf einige Monate hinter die Front in die Übungslager kommen möchten. Diese sind wahrscheinlich auch die eifrigsten Anhänger der Bildung eines polnischen Heeres in Frankreich.

Die Absichten unserer Entente Freunde kann man schon jetzt als mißlungen bezeichnen. Die Enttäuschung ist allgemein. Auf die französische Bevölkerung wirkt der Mangel an Begeisterung und der völlige Mangel an Rekruten verhängnisvoll ein. Unter den Bewohnern von Le Mans, wo sich jene polnische Baracken befinden, waren die Hoffnungen auf den feierlichen Einmarsch der amerikanischen Sokols, nicht minder auch auf den damit verbundenen Verdienst riesig, so daß die Enttäuschung jetzt um so größer ist. Auch in den maßgebenden Kreisen gibt man sich nunmehr über den Fehler Rechenschaft, den man begangen hat. Man wirft Herrn Pilz vor, daß er durch einseitige Informationen die Regierung irregeführt habe, wodurch sie sich zu einer falschen Maßnahme verleiten ließ und bloßgestellt wurde. Das Bewußtsein dieser Erbitterung der Franzosen besteht auch schon auf Seiten unserer Entente Freunde. Es kommt hauptsächlich zum Ausdruck in der Geringschätzung Frankreichs als internationalen Faktors. Das Schwergewicht wird, wie einst von Petersburg nach Paris, so jetzt von Paris nach London verlegt. Man klagt über die schwierige und undankbare Lage in Paris. Herr Pilz ist schon nach der Schweiz abgereist, wo er sich wahrscheinlich niederzulassen gedenkt.

Der Berichterstatte des „Kurjer Lwowski“ schreibt unter dem Titel: „Das polnische Heer in Frankreich“ aus Genf:

„Wir erwähnten schon jenes mißglückte Unternehmen. Heute ist es bekannt, daß eine Abordnung, die aus den Herren: Plater, Mauritius Zamowski, E. Pilz und W. Gajorowski bestand, den französischen Behörden eine Denkschrift überreicht hat, ehe das Dekret des Präsidenten über die Bildung des polnischen Heeres erschienen ist. Die polnische Emigration an der Seine, die durch diese unerwartete Nachricht überrascht wurde (alles war im Geheimen geschehen),

versammelte sich und protestierte. Es fand eine Versammlung statt, die das bekannte Mitglied des russischen Staatsrats Hippolit Milewski unter Beteiligung des Barons Taube, des Grafen Jamoycki und der Vertreter verschiedener Körperschaften und Parteien leitete. Es wurde der Beschluß gefaßt, den eigenmächtigen Urhebern des Gedankens Mißbilligung auszusprechen und alles zu tun, um die Ausführung des Dekrets zu verhindern. Die ganze Absicht ist phantastisch; einer der Teilnehmer an der Versammlung berechnete, daß Paris und Frankreich höchstens 1½ tausend polnische Soldaten aufstellen können.

Der Leichtsinns eines solchen Pils und seiner Anhänger hat die Lage der Polen in Frankreich verschlechtert. Man schreibt ihnen infolge der Gegenüberstellung einen falschen Charakter zu. Solche Fälle sind nur bei den Meinungsverschiedenheiten möglich. Ein jeder hält sich hier für den beglaubigten „Gesandten“ der polnischen Republik. Es genügt, sich auf irgend eine Weise das Gehör der Regierung zu verschaffen, und die Sache ist fertig. Später aber sagen die Franzosen: „Ach, diese Polen! Man weiß nicht, was sie wollen. Das sind ja Anarchisten. Auf niemanden wollen sie hören!“ . . . Wie man ferner aus Paris berichtet, hat der Kriegsminister zur Bildung des polnischen Heeres eine gemischte französisch-polnische Kommission berufen. Chef dieser Kommission wurde Ludwig Archinard, Führer der Kolonialtruppen. Sein Gehilfe ist der Oberstleutnant des französischen Heeres Herr Adam Motkiewski, ein Warschauer.

Aus Nr. 206 des Kraj (Lissa)
vom 11. September 1917.

Der Feldzug des Wenzel Gasiorowski.

Zürich, den 4. September 1917.

Herr Wenzel Gasiorowski mit dem Schriftstellernamen „Sclavus“ hat sich vor einigen Wochen in die Vereinigten Staaten aufgemacht, um die Armee Paderewskis zu sammeln und nach Europa zu bringen zum Beistand für die Entente. Der in Paris erscheinende „Głos Polski“ warnt in einem Artikel mit dem Titel „Ein Gast im Hause, Gott im Hause“ mit witzigen Worten die Polen in Amerika vor der Agitation des Herrn Gasiorowski. „Ein Gast im Hause, Gott im Hause“ — schreibt das Pariser Blatt — aber manchmal ist es anders. Bestimmt werdet Ihr Landsleute in Amerika Euch von der Wahrheit des Gesagten überzeugen, wenn unter Euch der — wie Ihr selbst sagt — „berühmte“ Redakteur der Pariser „Polonia“ erscheinen und mit Rüffen und Weinen und patriotischer Rührung in verschiedenen Versammlungen zu stottern beginnen wird.

Nicht durch Beredsamkeit wird er Euch hinreißen, sondern mittelst seines polnischen Rocks, und wenn ihn die Mäse im Stich lassen wird, mittelst Weinens, denn zu weinen versteht er wie ein Biber. Fehlt es ihm an Beweisgründen, dann wird er anfangen zu rufen: „Hoch lebe der erste Sokol und der Präses der Präsesse!“ Und er wird Euch einige polnische Knöpfe zeigen. Und er wird es fertigbringen, Euch klar wie auf der Hand zu beweisen, daß es hinreiche, polnische Knöpfe zu besitzen, um Polen zu befreien. Schließlich wird jedoch die Absicht an den Tag kommen, und der Kelch bei dem Mahle wird sich röhen.

Wollt Ihr Euern Gast besser kennen, dann besorgt Euch die vollständigen Jahrgänge der „Polonia“ aus der Zeit des Krieges. Diese Jahrgänge werden ein Anklageakt sein, wenn er wird in die Heimat zurückkehren wollen. Beim Lesen dieser Jahrgänge werdet Ihr Euch überzeugen, was für eine Sorte „Politik“ er betrieben hat, sofern man gewöhnliches Lataientum so nennen kann. Sein Grundsatz war stets, sich an die

Rockschöße der Herren zu hängen und sich vor jedem zu verbeugen, der Macht und Einfluß hat. Die Grundlage und das Evangelium seiner Philosophie waren das Manifest des Dufels des Zaren. Sein höchster Traum waren Autonomieabfälle aus den Händen des Zaren Nikolaus. Sein Kandidat für den polnischen Thron war — Ihr könnt es in der „Polonia“ lesen — der Großfürst Nikolaus Nikolajewicz.

Von Unabhängigkeit wagte er nicht zu schreiben, solange das russische Zarentum dies nicht gestattete. Dafür verlangt er heute aber dreist ein Polen von Meer zu Meer. Er bringt es, um Euch zu gefallen, fertig, sogar Berlin zu verlangen, und einen „Freund der Boches“ wird er jeden nennen, der daran zweifeln sollte, daß es gelingen werde, Berlin zu nehmen.

In freien Augenblicken hat er der Regierung vor zwei Jahren eingeflüstert, man solle den „permis de séjour“ der Tschechen, Polen, Serben und Kroaten beurkunden.

Vor einem Augenblick schmähte und verunglimpft er die Legionen und deren Schöpfer Pilsudski, heut spricht er von letzterem mit Entzücken. Das ist Euer Gast! Das ist Euer schluchzender Redner und Patriot. Nehmt ihn mit dem allpolnischen: „Geh deiner Wege!“ auf.

Aus Nr. 206 des Kraj (Lissa) in Posen
vom 11. September 1917.

Die polnischen Villas.

In den Chicagoer „Wici“ vom 19. Juli 1917 lesen wir unter obigem Titel:

„Aus dem Lager, welchem der Teil des Auswanderertums angehört, der unter dem Einfluß des als erstklassiger Pianist bekannten Herrn Paderewski steht, begann man in letzter Zeit verschiedenes Geschwätz zu kolportieren, mittelst dessen angekündigt wurde, es stehe irgend ein internationaler Akt über Polen bevor. In den Blättern dieses Lagers schreibt man, um die Neugier der Massen gespannt zu erhalten, unausgesetzt von einer „Rosciusko-Armee“, die angeblich in kurzem die gesetzliche Sanktion erhalten soll; man schreibt von einer polnischen Armee, die in Frankreich, in Rußland, in Kanada in der Bildung begriffen sei. Man gibt zu verstehen, daß außerhalb der Grenzen Polens eine rechtmäßige Regierung des „vereinigten und unabhängigen Polens“ entstehen soll, und der „Dziennik Zwionskowy“, das Organ des polnischen Nationalbundes in Amerika, vom 1. Juni kündigt an, daß diese noch nicht geborene Regierung im Namen Polens Deutschland den Krieg erklären werde. An einem und demselben Tage brachten die Blätter des Paderewski-Lagers die Ankündigung von großen Änderungen in der polnischen Sache, indem sie den ganzen Einfall in eine Operette verwandelten, die überaus lächerlich wäre, wenn es sich nicht um die Verringerung des Ansehens des polnischen Volkes handelte, was leider das Ergebnis aller Unternehmungen Paderewskis und seiner Anhänger ist. Von der Einladung des verbissenen Feindes und Verleumders Polens, des russischen Gesandten in Frankreich, Jzwolski, zum Vorsitzenden des Pariser polnischen Rettungskomitees war jeder Schritt dieses Mannes (Paderewskis), der von seinem Beruf her daran gewöhnt ist, sich „wohlwollende Erwähnungen“ in der Presse zu erobern, durch den Mangel an nationaler Würde gekennzeichnet. Sein berücktigter Auspruch in London, daß die polnischen Herzen erobert worden seien durch das „göttliche Gefühl des Mitleides“, welches das Zaren-Rußland angeblich den Polen gegenüber an den Tag gelegt haben soll, hat jeden polnischen Patrioten bis ins Innerste entrüstet. In Amerika hat er uns erniedrigt, indem er Polen als einen kraftlosen Bettler hinstellte, der unfähig sei zu einem selbständigen Kampfe und zum

Denken seiner eigenen Geschichte. Die Gleichgültigkeit der amerikanischen Presse gegenüber den polnischen Angelegenheiten ist eben diesem Charakter der Tätigkeit des Herrn Paderewski zuzuschreiben. Die tüchtige, gesunde, nur auf ihre eigenen Kräfte bauende amerikanische Nation kannte keine anderen Gefühle, als verächtliches Mitleid haben für ein Volk, das nach der Auffassung der Amerikaner und dank Paderewski sich überwiegend aus herumziehenden Künstlern zusammensetzt, die, statt um Polen zu kämpfen, einzig Tränen zu vergießen und Puppen zu verkaufen wissen.

Die gegenwärtige Phase der Tätigkeit Paderewskis ist bedeutend ärger als die vorhergehende. Es droht uns nicht mehr bloß der Ruf, daß wir unfähige Menschen seien, ein Ruf, der schnell vergehen würde, wenn die Amerikaner von dem mannhaften Heldennut der polnischen Legionen und von der Klugheit der Staatsmänner erfahren, die gegenwärtig um den Warschauer Staatsrat gechart sind. Es droht uns der Ruf, daß wir eine uneinige, der Ziele und Mittel uns nicht bewußte Nation seien, die, wie in einem mexikanischen Kaleidoskop, die Stimmungen und die politischen Gruppierungen wechsle. Es droht uns der Ruf, daß wir ein Volk von Lügnern und Verleumdern seien. Der Washingtoner Regierung liegt gegenwärtig schon die Angelegenheit der Verleumdungen zur Prüfung vor, die gegen das Unabhängigkeitslager geschleudert worden sind. Die Rotsche Mission wird sich bald davon überzeugen, daß alle Berichte über die politische Richtung der als Auswanderer in Rußland weilenden Polen eine bewußte Verdrehung der wirklichen Tatsachen sind. Herr Root wird Gelegenheit haben, sich bei dem Vertreter der Polen in Rußland, Herrn Alexander Lednicki, persönlich davon zu überzeugen. Lednicki ist der Mann, den die provisorische russische Regierung zum Vorsitzenden der Liquidationskommission ernannt hat, welche sich mit der Angelegenheit der Grenzen zwischen Polen und Rußland sowie mit der Liquidation der von der Zarenregierung den Polen geraubten Güter befassen soll.

Lügen haben kurze Beine — sagt das Sprichwort.

Erwägt genau! Der Staatsrat in Warschau ist von dem ganzen Königreich Polen als die rechtmäßige polnische Regierung anerkannt worden. Der Warschauer Erzbischof hat der ganzen katholischen Bevölkerung in Polen geboten, dieser Regierung gehorchen zu sein. Auch Galizien hat den Staatsrat als die polnische Regierung anerkannt, und gerade deshalb hat sich vor einigen Wochen das Oberste Nationalkomitee aufgelöst, welches die Aufgabe hatte, die polnische Politik bis zur Bildung einer legalen polnischen Regierung zu leiten. Auch die Polen in Rußland mit Ausnahme einer Handvoll Anhänger Dmowskis haben den Staatsrat als die polnische Regierung anerkannt, ebenso der ganze bewußte und aufgeklärte Teil des polnischen Auswanderertums in Amerika.

Was für eine Regierung ist es denn, die sich dem Staatsrat entgegenstellen will? Was für eine Sorte polnische Villas verlangen von der Washingtoner Regierung, daß man sie als kriegführende Seite anerkenne?

Was sind das für Johannis ohne Land? Am 18. und 19. Dezember 1915 fand der Kongreß einer für die polnische Nation geheimen, der russischen Regierung hingegen bekannten Organisation — der nationalen Vereinigung statt, an deren Spitze u. a. Siegmund Balicki gestanden hat. Dieser hat Unterstützungen aus der Kasse der russischen Geheimpolizei erhalten. Diese Tatsache ist von der gegenwärtigen russischen Regierung offiziell bekanntgegeben worden. Auf dem Kongreß der nationalen Vereinigung wurde eine Reihe neuer Gesetze und Anträge beschlossen, u. a. wurde der Beschluß durchgeführt, daß die Mitglieder der Vereinigung sich durch feierlich gegebenes Wort zu absolutem Gehorsam gegenüber den Behörden der Organisation verpflichteten. An der Spitze steht der Haupttrat, an der Spitze desselben der Rat der Drei, der gegenwärtig Versuche macht, daß man ihn als die polnische Regierung anerkenne, obgleich er ebensoviel Recht dazu hat, wie der Brith Abraham.

Jener Rat der Drei ist die Quelle aller Verleumdungen, aller Gemeinheiten, die sich gegen das Lager des Kampfes richten. Der Rat der Drei hat das Zarenregiment anerkannt. Als ein Mitglied dieses Rats der Drei, Dmowski, nach London kam, da hat der russische Gesandte ein diplomatisches Essen gegeben und Dmowski den englischen Staatsmännern als eine bei der Zarenregierung gut angeschriebene Persönlichkeit bezeichnet. Während des Verweilens eines anderen Mitgliedes des Rats der Drei in Amerika wurde auf dessen Verfügung hin ein Denunziantenfeldzug gegen das Komitee der Nationalwehr in Amerika ins Werk gesetzt. Das erste diplomatische Auftreten jenes lieberlichen Kleeblatts war jene an den Präsidenten Wilson gerichtete Dreiteilgebietsadresse, die gegen die Unabhängigkeit des Königreichs Polen protestierte, da es ein Werkzeug Deutschlands sein werde. Diese Adresse wurde am 2. Februar im Büro von Erasmus Pils in Lausanne, eines Agenten der russischen Regierung, von den Herren Roman Dmowski, Johann Rozwadowski und Marian Seyda unterschrieben.

Jeder Mensch hat auf Grund der französischen Erklärung der Menschenrechte das Recht, sich selbst lächerlich zu machen. Hingegen hat er dies hinsichtlich der ganzen Nation zu unterlassen.

Darum protestieren wir öffentlich und offen gegen die Frechheit der geheimen und nicht zahlreichen Organisation der früheren Freunde der einstigen Zarenregierung; denn diese Organisation will ihre Mitglieder als das Polenvolk in seiner Gesamtheit hinstellen und von der Koalition verlangen, daß sie die Vorsitzenden dieser Organisation als die polnische Regierung anerkenne.

Wir können jedoch dreist behaupten, daß Herr Dmowski das gleiche Los treffen wird, wie es ihn s. Z. schmerzlich und verdient getroffen hat, als er dem Grafen Witte einzureden suchte, daß nur er, Dmowski, auf Grund seiner Geburt und seiner Selbstwahl Polen repräsentieren könne.

Die Lächerlichkeit tötet ein für alle Mal. Für Lächerlich gemachte gibt es keine Auferstehung.